

Informationen für Energieverbraucher



Strompreiserhöhung

Anbieter wechseln oder Preise kürzen?

Strombörse

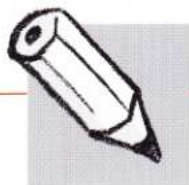
Die Preistreiberei der Versorger

Erneuerbare

Bereits in acht Jahren 100 Prozent?

Stromwirtschaft

Der Schwindel mit dem Ökostrom



Liebe Leserinnen und Leser,

ein Thema beschäftigt derzeit fast alle Verbraucher: Soll ich meinen Stromversorger wechseln? Und wenn ja, wie finde ich einen günstigen Anbieter, und wie kündige ich meinem Versorger? Zwar ist der Anbieterwechsel kinderleicht – eine Unterschrift genügt. Auch die Stromversorgung bleibt gewährleistet. Wer sich aber auf die Suche nach einem neuen Anbieter begibt, wird geradezu erschlagen von der Fülle der Informationen, die er kaum bewerten und verarbeiten kann: Welcher Tarifrechner ist der Richtige? Welche Faktoren spielen neben dem Preis eine Rolle? Welchen Anbietern kann ich vertrauen? Wir helfen Ihnen mit Hinweisen dazu auf Seite 23. Selbstverständlich empfehlen wir keine Anbieter. Doch diesen Tipp dürfen wir Ihnen geben: Beim energieverbraucherportal.de finden Sie pausbible Bewertungen, die Ihnen sicher weiterhelfen.

Auch wer den Stromanbieter wechselt, muss die Beschaffungspreise zahlen, die an der Strombörse gelten. Wie die Energieriesen diese Preise manipulieren, das können Sie auf Seite 31 nachlesen. Der gesetzliche Rahmen für den Stromhandel muss diesem Schummeln endlich einen Riegel vorschieben! Strom ist keine Ware wie jede andere. Deshalb brauchen wir zum Schutz der Verbraucher für den „Handel“ mit Strom besondere Regeln. Jährlich zahlen die Verbraucher mindestens zwölf Milliarden Euro zuviel, weil diese Gesetze fehlen.

Energie sparen senkt auch die Stromkosten. Wer Lust hat, nicht nur die eigene Rechnung zu senken, sondern eine hübsche Stromspar-Prämie zu kassieren, sollte sich unbedingt an unserem diesjährigen Stromwettbewerb beteiligen. Alles, was Sie darüber wissen müssen, erfahren Sie auf Seite 38. Den Gewinnern winken zwei Euro je eingesparter Kilowattstunde!

Wer die Preisdiskussion satt hat, der kann seinen Strom auch gleich selbst erzeugen. Ein Blockheizkraftwerk im Keller ersetzt die Heizung und den Strombezug zugleich. Wie es dabei mit der Wirtschaftlichkeit aussieht, erfährt man auf Seite 14.

Eine andere Möglichkeit, wohlige Wärme zu erzeugen, sind die viel gepriesenen



Wärmepumpen. Doch leider klaffen bezüglich ihrer Wirtschaftlichkeit werbewirksame Versprechen und Wirklichkeit weit auseinander: In der Praxis erreichen die meisten Wärmepumpen nicht einmal die Qualität, die der Gesetzgeber festgelegt hat, damit Fördergelder fließen. Die Erdreichwärmepumpen schneiden dabei noch am besten ab, die Luftwärmepumpen fallen durchweg durch. Lesen Sie die Details auf Seite 28.

Seit Jahresbeginn gibt es neue Fördermöglichkeiten für Haussanierungen und erneuerbare Energien. Wer die komplizierten Details kennt und sie bei seiner Planung berücksichtigt, kann bares Geld sparen. Wir geben einen aktuellen Überblick auf Seite 18.

Wenn der Anteil der erneuerbaren Energien weiterhin so rasant wächst, erreichen wir die Energiewende: Schon 2016 könnte dann die regenerative Stromerzeugung den gesamten Bedarf decken. Das hat der Freisinger Ingenieur Andreas Henze ausgerechnet. Die Details seiner Szenarien stellen wir auf Seite 36 vor.

Grünes Engagement macht sympathisch – das gilt auch für Stromkonzerne. Eine ganze Reihe Versorger hat dieses Prinzip entdeckt und nutzt werbewirksame Ökostrom-Offerten, um ihre Gewinne oder ihren Marktanteil weiter auszubauen. Doch es bleibt bei den grünen Versprechungen, hinter denen nichts steckt, entlarven Dieter Seifried und Wolfgang Irrek auf Seite 26.

Zahlreiche Verbraucher pochen auf ihre Rechte und zahlen erhöhte Strom- und Gaspreise nur, wenn der Versorger überhaupt zur Preisanhebung berechtigt war und die Erhöhung der Billigkeit ent-

spricht. Dieses Recht durchzusetzen, kostet Mut und Nerven. Die neuesten Hintergründe und Informationen finden Sie auf den Seiten 8 bis 10 und auf Seite 32. Ein äußerst erfreuliches Urteil zum Preisprotest bei Fernwärme kommt aus Lübeck (Seite 24).

Ganz ohne Energiebezug auskommen wollte Familie Franke aus Ruhla, langjährig als Berater im Phönix-Projekt des Vereins tätig. Wie die Thüringer das bewerkstelligten, verrät Oliver Stens auf Seite 12.

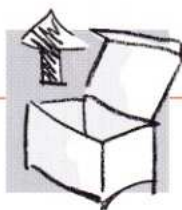
Deutschlands Gas- und Strompreise haben astronomische Höhen erreicht. Für viele liegen die Tarife so hoch, dass sie die Rechnung nicht mehr bezahlen können. Die Folge: Der Versorger dreht den Strom ab, Betroffene sitzen im wahren Sinne des Wortes im Dunkeln. Doch es gibt Hoffnung: Langsam, aber sicher beginnen Politiker zu begreifen, dass eine Millionen solcher Fälle jährlich nicht akzeptabel sind (Seite 35). Und die Betroffenen sollten ihre Notlage nicht mehr als persönliches Versagen sehen, sondern als Schuld des politischen System, dass ihnen ein menschenwürdiges Leben verweigert.

Dass die Gewinne der Stromkonzerne weit überhöht sind, kann man auf Seite 25 nachlesen. Kein Wunder, dass die Konzerne satte Gewinne einfahren, denn sie investieren kaum in das Stromnetz. Das Gros der 220-kV-Leitungen ist mittlerweile am Ende ihrer Lebensdauer angelangt. Dabei haben die Verbraucher jahrzehntelang brav für die Erneuerung dieser Netze bezahlt. Doch dieses Geld haben sich die Konzerne lieber in die Tasche gesteckt (Seite 33).

Sie sind also nach der Lektüre dieses Heftes garantiert schlauer als vorher. Auch wenn Sie nicht mit allen Darlegungen übereinstimmen, freut es uns doch, wenn wir sie zum Nachdenken anregen durften. Viel Spaß beim Lesen, und vergessen Sie nicht, uns Ihre Meinung mitzuteilen, Danke!

Ihr

Oliver Stens



Nr 1 März 2008

www.energiedepesche.de

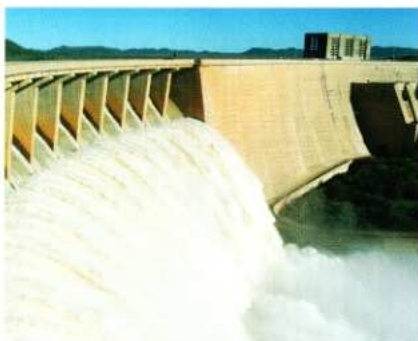
22. Jahrgang



Seite 12: Familie Franke aus Ruhla baute ein Passivenergiehaus



Seite 24: Moderiert den Protest in Lübeck: Gunhild Duske



Seite 26: Verbraucher werden mit Ökostrom getäuscht

Editorial	2
Aktuelles	4
Preisprotest: Optimaler Schutz	8
Preisprotest: Neue Nachrichten	9
Preisprotest: Falsch zitiertes BGH-Urteil	9
Preisprotest: Von der Mahnung bis zum Vollstreckungsbescheid	10
Neubau: Tausche Keller gegen Energie zum Nulltarif	12
BHKW: Energie im Doppelpack	14
Impressum	15
Leserforum	16
Fördergelder: Damit können Sie rechnen	18
Flüssiggas: Das dreiste Abzocker-Kartell	21
Anbieterwechsel: Wechseln oder Protestieren?	22
Anbieterwechsel: Wechseln – aber richtig!	23
Fernwärme: Kunden müssen nicht nachzahlen	24
Energieversorger: Des Guten zuviel!	25
Ökostrom: Der grüne Schein	26
Erdreich-Wärmepumpen zahlen sich aus	28
EEX: Schummel beim Stromhandel	31
Neues von Justitia	32
Strom: Morsche Masten bundesweit	33
Atomkraftwerke: Riskante Strahlen	34
Stromsperren: Das Ende des großen Schweigens?	35
Bis 2016 100 Prozent Ökostrom?	36
Stromspar-Meisterschaft: Auf die Plätze-fertig-sparen!	38
Intern	40
Service	41
Beraterliste	42
Literatur/Veranstaltungen	43



Klimaschutz

Hamburg legt Standards fest

Der Hamburger Senat hat am 11. Dezember 2007 eine Klimaschutzverordnung beschlossen, die am 1. Juli 2008 in Kraft treten wird. Damit legt Hamburg als erstes Bundesland energetische Standards für Baumaßnahmen flächendeckend fest, die über die bundeseinheitliche Energieeinsparverordnung hinausgehen.

Weitere Kurzmeldungen finden Sie auf der Seite 33

Die Klimaschutzverordnung setzt dabei auf eine Kombination von Energieeinsparung, effizienter Energieumwandlung und der Nutzung erneuerbarer Energie. Ziel des Senats ist es, zukunftsgerichtete Standards bei Neubauten zu etablieren. Ein neu gebautes Haus kommt heute mit etwa einem Drittel der Energiemenge eines durchschnittlichen Altbaus aus. Im Rahmen der Bauplanung heißt das vor allem, die Wärmeverluste durch die Gebäudehülle und die Lüftung zu minimieren. Der vom Bundesgesetzgeber durch die Energieeinsparverordnung geforderte energetische Standard ist dabei durch die Energiepreisentwicklung der letzten Jahre überholt.

Leipzig

Stadtwerke bleiben öffentlich

Die Leipziger Bevölkerung hat mit großer Mehrheit eine Teilprivatisierung der Stadtwerke Leipzig GmbH abgelehnt. Beim Bürgerentscheid votierten knapp 150.000 Ein-

wohner – also 87,4 Prozent der Wähler – gegen einen Verkauf. Die Wahlbeteiligung lag bei 41 Prozent.

Nach dem Willen der Stadtverwaltung sowie der CDU, SPD und FDP sollte die französische Gaz de France für 520 Millionen Euro 49,9 Prozent an den SWL erwerben.

Bereits 1998 waren 40 Prozent der Stadtwerke an die RWE-Tochter MEAG verkauft worden. Die eniwaM hatte die Anteile im Jahr 2003 an die Stadt zurückverkauft – für einen um 16 Millionen Euro höheren Betrag als den Kaufpreis. Die Bürger haben offenbar aus dieser schlechten Erfahrung die richtigen Konsequenzen gezogen.

Kühlschränke

Vorsicht, Energiefresser!

Die Stiftung Warentest hat Kühlschränke getestet und verglichen (test 11/2007). Er-

gebnis: Modelle, die auf den ersten Blick preiswert erscheinen, können ihre Besitzer teuer zu stehen kommen.

Der Testsieger ohne Gefrierfach (Liebherr KTP 1750-20) kostet 465 Euro, der ebenfalls sehr gute Privileg ist schon



Stromverbrauch zwischen jährlich 90 kWh und 245 kWh

für 350 Euro zu haben. Mit einem Vier-Sterne-Gefrierfach siegte Miele (K 239 S) mit einem Preis von 485 Euro. Der Aktionskühlschrank von Aldi kostet zwar nur 139 Euro, seine Qualität lässt jedoch zu wünschen übrig (Note: „Ausreichend“). Die Stromkosten für 15 Jahre schwanken zwischen 260 Euro beim Testsieger (Jahresverbrauch: 90 kWh) und 700 Euro beim Billigkühlschrank (Jahresverbrauch: 245 kWh). Das vermeintliche Schnäppchen ist also nicht nur ein Energiefresser, sondern auch noch teuer, wenn man den Verbrauch mit berücksichtigt. Das Vier-Sterne-Gefrierfach führt zu einem Mehrverbrauch von jährlich 30 bis 100 kWh je nach Hersteller.

Bundestag

Verschärftes Kartellrecht

Der Bundestag hat eine Verschärfung des Kartellrechts beschlossen, die bis 31. Dezember 2012 gilt. Der neue Para-

Bali-Konferenz: Die Quadratur des Kreises

Ein Kommentar von Hermann Scheer

1992 wurde auf der Rio-Konferenz eine Klimarahmenkonvention unterzeichnet. Sie galt als großer Erfolg. Aber es geschah in den meisten Ländern nichts. Bereits damals hieß es, es sei wenige Minuten vor zwölf. Inzwischen sind die weltweiten Emissionen um 50 Prozent gestiegen. Dann begannen ab 1995 die Weltklimakonferenzen in Berlin, die sich in Abständen von weniger als einem Jahr regelmäßig darauf verständigten, dass man sich beim nächsten Mal besser verständigen wolle. Diese Konferenzen sind darauf angelegt, eine Quadratur des Kreises zu versuchen. Sie sollen einerseits eine real zwingende Beschleunigung umfassender Gegenmaßnahmen erreichen, andererseits müssen sie dafür einen Konsens anstreben. Doch Beschleunigung und Konsens stehen zueinander in einem nicht überbrückbaren Gegensatz. Die Beschleunigung muss auf anderen Wegen und Mitteln unabhängig von diesen Konferenzen erfolgen.

(aus: Solarzeitalter 4/2007)

graph 29 verbietet es einem Unternehmen, als Anbieter von Elektrizität oder leitungsgebundenem Gas auf einem Markt, auf dem es allein oder zusammen mit anderen Versorgungsunternehmen eine marktbeherrschende Stellung hat, diese Stellung missbräuchlich auszunutzen. Als Missbrauch gilt dabei, Entgelte oder sonstige Geschäftsbedingungen zu fordern, die ungünstiger sind als diejenigen anderer Versorgungsunternehmen oder von Unternehmen auf vergleichbaren Märkten, oder Entgelte zu fordern, die die Kosten in unangemessener Weise überschreiten.

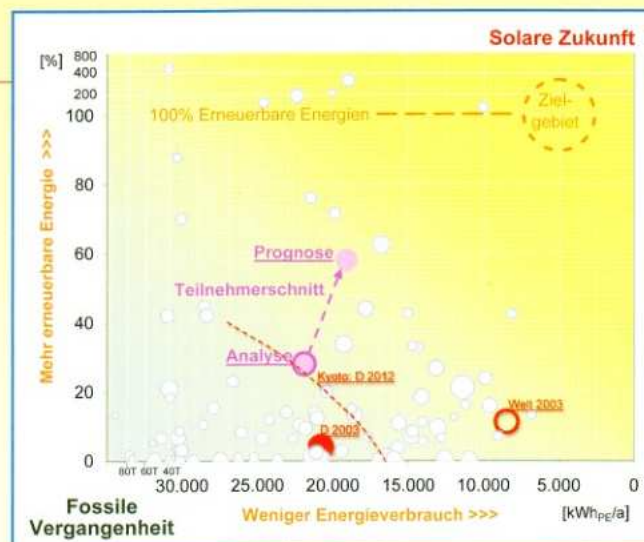
Einzige Ausnahme: Der Versorger kann nachweisen, dass die Abweichung sachlich gerechtfertigt ist.

Das Bundeskartellamt hat eine neue Abteilung eingerichtet, um Verstöße gegen diese Vorschrift zu ahnden. Der Bund der Energieverbraucher hat die Verschärfung begrüßt. Er bedauert jedoch, dass auf Betreiben der Versorgungswirtschaft der ursprüngliche Gesetzesentwurf wesentlich entschärft wurde: „Offenbar ist der Bundestag wieder einmal vor den wahren Gesetzgebern im Land eingeknickt“, kritisierte der Vereinsvorsitzende Aribert Peters.

Umweltstiftung

Kostenlose Energie-Checks

Eigentümer zur energetischen Sanierung ihrer Immobilien motivieren, das will die auf fünf Jahre angelegte Klimakampagne „Haus sanieren – profitieren“ der Deutschen Bundesstiftung Umwelt in Kooperation mit dem Handwerk. Die Pilotphase in den zwei Handwerkskammerbezir-



Energieprofil: Die zentrale Grafik stellt eine Art Spielfeld dar. In Längsrichtung ist der Deckungsanteil aus erneuerbaren Energien aufgetragen, in Querrichtung der Primär-Energieverbrauch. Das Energiewende-Ziel ist markiert und die Position der anderen Teilnehmer und der deutsche Durchschnitt.

ken Osnabrück-Emsland und Münster war erfolgreich. Ab März werden geschulte Handwerker den kostenlosen Energie-Check für Ein- und Zweifamilienhausbesitzer auch in Niedersachsen, Bremen und Hamburg anbieten. Im Juni soll Nordrhein-Westfalen folgen. In den restlichen Bundesländern gibt es ab September monatlich Auftaktveranstaltungen. Die Umweltstiftung rechnet bundesweit mit mindestens 20.000 kooperierenden Handwerksbetrieben.

Unter www.sanieren-profitieren.de gibt es weitere Infos.

Energiewende

Spielerisch in die Zukunft

Der Solarenergie-Förderverein hat einen „Energiewende-Rechner“ vorgestellt (www.sfv.de/energie/Energierrechner.html). Dieses interaktive Programm demonstriert die vielfältigen Möglichkeiten, wie der Energiebedarf in Deutschland aus einem Mix heimischer Erneuerbarer Energien zu 100 Prozent gedeckt werden kann. Eine mögliche Lösungsvariante, die vom Solarenergie-Förderverein Deutschland vorgeschlagen wird, ist als Standardvariante eingestellt.

Diese Einstellungen kann man beliebig variieren und so seinen eigenen Energiemix zusammenstellen.

Die eingesetzten Techniken sind bereits in der Praxis erprobt, die vorgegebenen Wirkungsgrade sind Stand der Technik.

Die Tatsache, dass sogar in Deutschland – einem Staat mit einem extrem ungünstigen Verhältnis von hohem Energieverbrauch zu relativ geringen Bodenflächen – eine Umstellung auf Erneuerbare Energien möglich ist, ist ein Hinweis darauf, dass es in den übrigen Staaten der Welt noch besser möglich sein muss. Nur Japan und die Niederlande haben ein noch etwas ungünstigeres Verhältnis von Bodenfläche zu Energieverbrauch.

Wattweg

Energieprofil im Blick

Jeder kann dazu beitragen, den Energieverbrauch zu senken – Bürger davon zu überzeugen, ist das Ziel des Projekts Wattweg. Hans-Heinrich Schmidt-Kanefendt hat das Konzept entwickelt und bereits in verschiedenen Gemeinden getestet. Berater analysieren dazu den individuel-

len Energieverbrauch, beraten und helfen dabei, eine Prognose und Ziele zu formulieren. Ein Aktions-Ratgeber, Rundbriefe und Treffen vor Ort runden das Programm ab. Weitere Informationen unter: <http://wattweg.net>

Autos

5-Liter-Modelle nehmen Fahrt auf

Das Angebot an Fünf-Liter-Autos (Kohlendioxid ausstoß maximal 120 g/km) ist Anfang 2008 auf rund 60 Modelle gestiegen. Die Bandbreite ist sehr groß. Sie reicht vom Kleinstwagen mit 45 PS bis zum leistungsstarken Kompaktfahrzeug mit 143 PS. Eine monatlich aktualisierte Internetseite informiert über diese Fahrzeuge: www.5-liter-autos.de

Contracting

Kostenloser Ratgeber

Die Anschaffung und Installation von moderner Energiespartentechnik erfordern zunächst oft hohe Investitionen, die sich erst nach und nach durch die verringerten Energiekosten amortisieren.

Contracting ist eine vereinbarte Dienstleistung zwischen dem Gebäudeeigentümer und einem Energiedienstleistungsunternehmen (Contractor). Das kann ein Anlagenbauer, ein Dienstleister der Energietechnik oder ein örtliches Energieversorgungsunternehmen sein. Der Contractor übernimmt zum Beispiel den Kauf, die Wartung und den Betrieb der Energieversorgungsanlagen eines Gebäudes. Vorteil für den Contracting-Kunden: Er muss weder die



Investitionsmittel für die neue Anlage aufbringen, noch trägt er das Investitions- und Betriebsrisiko. Der Contractor hat hingegen ein betriebswirtschaftliches Interesse am Einsatz der neuesten Technologie für mehr Energieeffizienz, bei denen die Betriebskosten geringer ausfallen als bei älteren Anlagen. Im Idealfall lassen sich aus dieser Kosteneinsparung nicht nur die Aufwendungen des Contractors decken, sondern auch der Kunde profitiert von dauerhaft geringeren Neben- beziehungsweise Energiekosten.

Ein Leitfaden zum Contracting will Unternehmen und Kommunen umfassend zum Thema informieren. Praxisbeispiele runden das Angebot ab.

Der Ratgeber umfasst 48 Seiten und kann von Kommunen und Unternehmen in NRW kostenfrei bei der EnergieAgentur.NRW unter 01803/190000 bestellt oder im Internet heruntergeladen werden:

www.energieagentur.nrw.de/contracting

Gewerbe

Fördergelder für's Sparen

Das Bundeswirtschaftsministerium und die KfW-Förderbank haben den „Sonderfonds Energieeffizienz in KMU“ aufgelegt. Mit dem Programm wird die Energieeffizienz von kleinen und mittleren Unternehmen gefördert. Es gibt Zuschüsse von bis zu 80 Prozent der Kosten für fachkundige und unabhängige Energieberatung. Berater, die daran teilnehmen wollen, können sich im Internet in der KfW-Beraterbörse unter www.kfw-beraterboerse.de registrieren lassen.

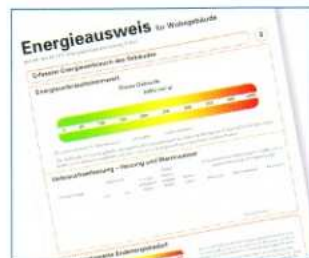
Damit die Einsparpotenziale auch realisiert werden, stellt die KfW den Unternehmen zinsgünstige Darlehen für Investitionen zur Verfügung. Gefördert werden Maßnahmen, mit denen eine Energieeinsparung von mindestens 15 Prozent beziehungsweise 20 Prozent erzielt wird. Mitfinanziert werden bis zu 100 Prozent der förderfähigen Investitionskosten, maximal zehn Millionen Euro.

Experten schätzen, dass sich mit heute verfügbaren Techniken etwa 20 Prozent des derzeitigen Energieverbrauchs in diesen Unternehmen wirtschaftlich einsparen lassen.

Energiepass

Günstige Online-Angebote

Wie kommt man möglichst einfach und günstig an einen Energieausweis? Diese Frage stellen sich viele Haus- und Wohnungsbesitzer nach der Verabschiedung der neuen



Der Energieausweis günstig übers Internet

Energiesparverordnung. Denn ab dem 1. August 2008 braucht man dieses Papier, wenn man eine Wohnung vermieten oder ein Haus zum Verkauf anbieten möchte.

Im Internet bekommt man einen Verbrauchsausweis bei Techem mittlerweile schon für 49 Euro (www.techem.de). Wer einen Bedarfsausweis haben will, der muss 89 Euro da-

für ausgeben (www.calcon.de). Die Firma CalCon bietet diesen gemeinsam mit Techem im Internet an. Wöchentlich stellen die Unternehmen rund 500 Verbrauchsausweise aus. Bis Oktober 2008 kann man noch frei zwischen den beiden Ausweisarten wählen.

Einen schnellen Überblick über die Verbrauchsbewertung liefert der kostenlose Energiespar-Rechner des Bund der Energieverbraucher (<http://energiepasskostenlos.energieverbraucher.de>). Wer es genauer wissen will, sollte einen Energieberater mit der Erstellung des Energieausweises beauftragen (vgl. Seite 42).

Sparlampen

Leuchten ohne Quecksilber

Energiesparlampen belasten die Umwelt mit weniger Quecksilber als Glühlampen. Das hat die Stiftung Waren-test errechnet (test 1/08). Zwar enthält jede Sparlampe drei bis vier Milligramm Quecksilber, Glühlampen dagegen keines. Da bei der Stromerzeugung aber Quecksilber freigesetzt wird und die Sparlampen wesentlich weniger Strom verbrauchen, ist per Saldo die Quecksilberbelastung durch Sparlampen nur halb so groß wie bei Glühlampen.

Betriebskosten

Teure „zweite Miete“

Mieter zahlen in Deutschland durchschnittlich 2,13 Euro pro Quadratmeter im Monat für Betriebskosten. Rechnet man alle 17 denkbaren Betriebskostenarten zusammen, kann die sogenannte zweite Miete bis zu 2,82 Euro

pro Quadratmeter und Monat betragen. Für eine 80 Quadratmeter große Wohnung müssten dann im Jahr 2.707,20 Euro aufgebracht werden. Nach Berechnungen des Deutschen Mieterbundes entfallen damit rund 37 Prozent der Gesamtwohnkosten auf die Betriebskosten.

Der Deutsche Mieterbund hat Vergleichswerte des Betriebskostenspiegels 2007 genannt. Das sind durchschnittliche Kosten in Euro pro Quadratmeter und Monat aus dem Abrechnungsjahr 2006.

Heizkosten 0,85 Euro

Sobald eine Heizungsanlage mindestens zwei Wohnungen versorgt, müssen die Heizkosten verbrauchsabhängig abgerechnet werden. Bei der Heizkostenabrechnung müssen Mieter nicht nur die reinen Brennstoffkosten für Gas, Öl oder Fernwärme zahlen, sondern auch sogenannte Heizungsnebenkosten, wie Betriebsstrom, Heizungswartung und Kosten für Wärmemessdienstfirmen.

Warmwasser 0,22 Euro

Die Kosten für die Warmwasserversorgung werden in aller Regel ebenfalls verbrauchsabhängig abgerechnet. Es gelten die gleichen Grundsätze wie bei der Heizkostenabrechnung.

Wasser und Abwasser 0,39 Euro

In den meisten Fällen erfolgt die Abrechnung der Wasserkosten nach dem Verteilerschlüssel „Kopfzahl“ oder „Wohnfläche“. Nur in Neubauten muss der Vermieter den Verbrauch anhand von Wasseruhren in den Wohnungen abrechnen. Zu den Entwässerungskosten gehören die städtischen Kanalgebühren.

Hierzu können aber auch die Kosten für eine private Anlage beziehungsweise die Kosten für Abfuhr und Reinigung einer eigenen Klär- und Sickergrube gezählt werden. Auch von der Gemeinde per Abgabenbescheid erhobene Kosten, wie Siedelgebühren, Oberflächenentwässerung, Regenwasser oder Niederschlagswasser, gehören zu den Entwässerungskosten.

Allgemeinstrom 0,04 Euro

Das sind die Stromkosten für die Außenbeleuchtung und die Beleuchtung der gemeinsam genutzten Gebäudeteile, wie Zugänge, Flur, Treppen, Keller, Bodenräume und Waschküche.

Weitere Nebenkosten

- Grundsteuer 0,20 Euro,
- Hauswart 0,20 Euro,
- Müllbeseitigung 0,18 Euro,
- Aufzug 0,16 Euro,
- Gebäudereinigung 0,14 Euro,
- Sach- und Haftpflichtversicherungen 0,12 Euro,
- Gartenpflege 0,09 Euro,
- Gemeinschaftsantenne und Kabelfernsehen 0,10 Euro,
- Straßenreinigung 0,05 Euro,
- Schornsteinreinigung 0,03 Euro,
- Sonstige Kosten 0,05 Euro.

Demonstrationen

Zwei Zeichen fürs Klima

„Licht Aus! Für unser Klima“, dazu hatten „Bild“, Google, ProSieben und die Umweltverbände BUND, Greenpeace und WWF aufgerufen. Millionen Haushalte haben sich an der Lichtabschalt-Aktion am 8. Dezember 2007 zwischen 20.00 und 20.05 Uhr beteiligt. Sie wollen da-



Tausende gingen am 8. Dezember 2007 fürs Klima auf die Straße.

mit ein deutliches Signal an die Weltklima-Konferenz auf Bali senden. An über 250 bekannten Gebäuden, vom Brandenburger Tor über den Kölner Dom bis zum Schloss Neuschwanstein und dem Dresdener Zwinger gingen die Lichter aus. Die Stromnachfrage in Deutschland sank um etwa 1.000 Megawatt.

Es dürfe aber nicht bei symbolischen Zeichen bleiben, betonten die Initiatoren. Um den drohenden Klimawandel in den Griff zu bekommen, müsse auf allen Ebenen, sowohl in Wirtschaft und Politik als auch beim Verhalten jedes Einzelnen, noch mehr passieren.

Am selben 8. Dezember 2007, dem Weltklimatag, haben bundesweit etwa 10.000 Menschen für den Klimaschutz demonstriert. In Berlin gingen etwa 5.000 Menschen bei einem Marsch zum Brandenburger Tor auf die Straße. Auch in weiteren Städten wie

München, Freiburg, Mainz, Hannover, Nürnberg und Saarbrücken demonstrierten hunderte Menschen. Eine der größten Aktionen fand in Neurath bei Düsseldorf statt, wo mehr als 3.000 Menschen gegen den Bau eines neuen Braunkohlekraftwerks protestierten.

Aufgerufen dazu hatte die Klima-Allianz, der mehr als 80 Organisationen aus den Bereichen Umwelt, Entwicklung, Verbraucher und Kirche angehören. Sie forderten die Politik auf, endlich konsequent eine klimaschonende Energiepolitik umzusetzen und neue Kohlekraftwerke zu verbieten.

Gaspreise

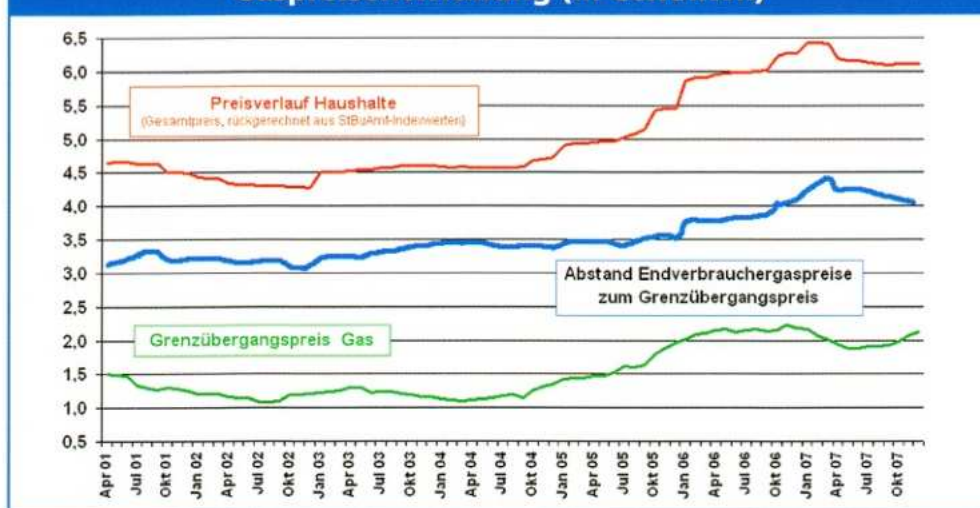
Erhöhungen unbegründet

Während die Gasimportpreise im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 Prozent gesunken sind, heben die Gasversorger

erneut dreist ihre Preise an. Dagegen hat der Bund der Energieverbraucher entschieden protestiert. Es ist unerfindlich, warum Verbraucher mehr bezahlen sollen für Gas, dessen Bezugspreis aus dem Ausland zurückgeht. Die angebliche Ölpreisbindung dient dazu, den riesigen Reibach zu vertuschen. Die örtlichen Gasversorger hätten schon lange die Pflicht und auch die Möglichkeit gehabt, sich aus den kartellrechtswidrigen langfristigen Bezugsverträgen mit ihren Vorlieferanten zu verabschieden, um günstigere Bezugsmöglichkeiten zu erschließen.

Die Spanne, die im Inland am Erdgas verdient wird, ist in den vergangenen sechs Jahren um fast einen Cent je Kilowattstunde gestiegen (November 2007 gegenüber November 2002, Importpreise lt. BAFA, Verbraucherpreise laut Stat. Bundesamt). In diesem Zeitraum gab einen zusätzlichen Produktivitätsfortschritt von 16 Prozent und die Netzentgelte sanken deutlich. Steuererhöhungen (Erdgas- und Mehrwertsteuer) in diesem Zeitraum summieren sich nur auf rund 0,35 Cent je Kilowattstunde.

Gaspreisentwicklung (in Cent/kWh)



Optimaler Schutz

Einige Energieversorger gehen in letzter Zeit immer schärfer gegen Verbraucher vor, die von ihrem gesetzlich verankerten Recht auf einen Billigkeitsnachweis Gebrauch machen. Zu Unrecht berufen sie sich dabei auf die jüngsten Urteile des Bundesgerichtshofs. Denn der BGH hat das Recht auf den Billigkeitseinwand eindeutig bestätigt. Der Bund der Energieverbraucher empfiehlt allen Verbrauchern: Bleiben Sie bei Ihrem einmal eingelegten Protest und lassen Sie sich nicht einschüchtern. Die Versorgungseinstellung ist gesetzlich verboten.

Sichern Sie sich für den Fall einer gerichtlichen Auseinandersetzung durch eine Mitgliedschaft im Bund der Energieverbraucher sowie durch einen Energieschutzbrief und durch den Prozesskostenfonds.

Kürzen Sie die Strom- oder Gasrechnung nur, wenn Sie die Kraft haben, sich notfalls auch auf eine gerichtliche Ausein-

Kurze Darstellung des Preisprotests auf Seite 22

andersetzung mit Ihrem Versorger einzulassen. Niemand kann Ihnen garantieren, dass Sie vor Gericht auch obsiegen werden. Durch eine Absicherung über den Prozesskostenfonds reduzieren Sie die

dadurch entstehenden Kosten auf ein Minimum.

Die Kosten für den Prozesskostenfonds betragen 30 Euro, ermäßigt 20 Euro jährlich, einzuzahlen auf das Konto 105 813 772, BLZ 574 601 17. Falls der Versorger auf Zahlung des vollen Rechnungsbetrags klagt, übernimmt der Fonds gemäß seinen Konditionen alle Kosten. ■

Der Service des Bundes der Energieverbraucher

Prozesskostenfonds

Der Bund der Energieverbraucher hat ein Sonderkonto (Prozesskostenfonds) eingerichtet, um im Fall eines Gerichtsverfahrens oder einer drohenden Versorgungseinstellung den betroffenen Vereinsmitgliedern die Gerichts- und Anwaltskosten zu erstatten. Auf diesem Konto sind derzeit rund 65.000 Euro hinterlegt. Es wurde bereits für zahlreiche Prozesse die Unterstützung zugesagt. Der Prozesskostenfonds hat nicht den Charakter einer Rechtsschutzversicherung, sondern es handelt sich um eine vom Bund der Energieverbraucher für seine Mitglieder organisierte Solidargemeinschaft. Der Fonds steht nur für die Mitglieder zur Verfügung, die jährlich einzahlen. Der Mitgliedsbeitrag enthält keine Einzahlung in den Fonds.

Der Prozesskostenfonds übernimmt die Gerichts- und Anwaltskosten, wenn ein Mitglied in den Fonds eingezahlt hat, vom Versorger verklagt wird und im Fonds genügend Geld ist. Das gilt auch und gerade dann, wenn der Versorger vor Gericht siegt. Die genauen Bedingungen stehen im Internet (<http://prozesskostenfonds.energieverbraucher.de>).

Prüfung der gekürzten Jahresabrechnung

Wer den verlangten Energiepreis nicht akzeptiert und die Abschlagszahlungen kürzt, der bekommt auch eine falsche Jahresabrechnung. Denn der vom Versorger in Rechnung gestellte Betrag ist zu hoch. Wieviel ist nun eigentlich zu zahlen?

Der Bund der Energieverbraucher bietet seinen Mitgliedern für 20 Euro eine Kontrollrechnung an. Das entsprechende Formular findet man im Internet unter <http://kuerzungspruefung.energieverbraucher.de>. Dort findet man auch ein kostenloses Rechenprogramm, das eine eigenständige Prüfung unterstützt.

Energie-Schutzbrief: Beistand vom Anwalt

Alle Vereinsmitglieder können sich einen „Energie-Schutzbrief“ ausstellen lassen. Privatverbraucher erhalten damit bei einem kooperierenden Rechtsanwalt eine außergerichtliche Komplettbetreuung zu einem günstigen Preis.

Der Anwalt berät den Verbraucher und übernimmt den kompletten Schriftverkehr mit dem Energieversorger. Er

Neu: Rechtsberatung

Für die Rechtsberatung von Mitgliedern des Bundes der Energieverbraucher zu Fragen des Preisprotestes stehen zwei erfahrene Rechtsanwälte zur Verfügung: unter der Telefonnummer 0800-2333-800, Montags 16.00 - 19.00 Uhr und Donnerstags 18.00 - 21.00 Uhr.

berät den Verbraucher über Kürzungsmöglichkeiten bei unbillig überhöhten Preisen, den zu zahlenden Rechnungsbetrag und erledigt den gesamten Schriftverkehr mit dem Versorger.

Dieser Anwalt berät den Verbraucher in eigener Verantwortung. Das Honorar und der Leistungsumfang sind einheitlich festgelegt: Der Anwalt wird tätig, sobald er vom Verbraucher 69 Euro erhalten hat und ihm die kompletten Rechnungsunterlagen, der bisherige Schriftverkehr und die Zahlungsbelege über die geleisteten Abschlagszahlungen vorliegen.

Weitere Hilfe im moderierten Internetforum unter <http://forum.energienetz.de> und bei zahlreichen örtlichen Protestgruppen unter <http://protestgruppen.energieverbraucher.de>

Gasprotest

RWE muss zurückzahlen

Das Landgericht Dortmund hat einer von der Verbraucherzentrale NRW initiierten Sammelklage gegen RWE-Weser-Ems stattgegeben und den Energieriesen verurteilt (Urteil vom 18. Januar 2008, AZ: 6 O 341/06). RWE muss nun 25 Verbrauchern insgesamt rund 16.000 Euro aus überhöhten Gasrechnungen zurückzahlen. Es sei keine wirksame Rechtsgrundlage für die diversen Preiserhöhungen gegeben. Weder könne die damals geltende Rechtsverordnung dafür herangezogen werden, noch enthielten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Gasversorgers wirksame Preisanpassungsklauseln. Kunden müssten daher Gaspreiserhöhungen mangels vertraglicher Grundlage nicht zahlen. Aus Gründen der Gleichbehandlung können nicht nur die 25 Kunden in den vermeintlichen Genuss der Unwirksamkeit ihrer Preisanpassungsklauseln kommen. Auch alle übrigen RWE-Haushaltskunden können Geld zurückverlangen. Alle Haushaltskunden von RWE Westfalen-Weser-Ems sollten ihre Ansprüche vorsorglich anmelden. Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig.

Gelnhausen und Rostock

Sieg gegen Stadtwerke

Der Bund der Energieverbraucher hat auch in zweiter Instanz den Prozess gegen die Preisgleitklausel in den Vario-Verträgen der Stadtwerke Gelnhausen (Main-Kinzig-Kreis) gewonnen. Das Ober-



Informationsstand zum Preisprotest in Hamburg

landesgericht Frankfurt hat mit Urteil vom 13. Dezember 2007 die Berufung gegen das

Urteil des Landgerichts Frankfurt vom 19. Januar 2007 zurückgewiesen. Damit bleibt

den Stadtwerken, einer Tochter des Konzerns E.ON Mitte, nur noch die Revision vor dem Bundesgerichtshof. Es handelt sich um das erste Verfahren bundesweit gegen unzulässige Preisgleitklauseln in Stromlieferverträgen.

Der Bund der Energieverbraucher hat auch in zweiter Instanz gegen die Stadtwerke Rostock voll obsiegt. Vor dem Oberlandesgericht Rostock erklärten die Stadtwerke, dass sie die vom Landgericht für rechtswidrig erklärten Preisgleitklauseln nicht mehr verwenden werden. Damit ist der Streit beendet. Die Stadtwerke müssen sämtliche Gerichts- und Anwaltskosten tragen.

BGH-Urteil: Vorsicht vor falschen Zitaten

Energieversorger berufen sich gern auf das Urteil des Bundesgerichtshof vom 13. Juni 2007 (VIII ZR 36/06) und zitieren dabei falsch. Nachfolgende Zusammenstellung gibt einen Überblick.

Positive Punkte für Verbraucher

- § 315 BGB ist direkt auf Gaspreise anwendbar.
- Das Urteil gilt nur für Tarifikunden.
- Eine Feststellungsklage ist zulässig.
- § 315 BGB wird durch das Kartellrecht nicht verdrängt.
- Auch rückläufige andere Kosten müssen für eine Billigkeitsprüfung berücksichtigt werden.

Negative Punkte für Verbraucher

- Der Anfangspreis bei Versorgungsbeginn gilt als vereinbart. Weil der Verbraucher (fiktiv) zugestimmt hat, scheidet eine Billigkeitskontrolle aus. *
- Wenn der Jahresabrechnung nicht widersprochen wird, gelten deren Preise als akzeptiert und eine nachträgliche Billigkeitskontrolle scheidet aus. *

- Gestiegene Einkaufspreise des Versorgers unterliegen nicht der Billigkeitskontrolle.

Vom BGH Urteil nicht angesprochene Punkte

- Welches Recht gilt für Sondervertragskunden?
- Wird die Billigkeit des Gesamtpreises geprüft, wenn dies beantragt ist, oder bei einer Zahlungsklage des Versorgers? **
- Welcher Beweiswert kommt einem Wirtschaftsprüfergutachten zu, wenn dessen Richtigkeit vom Verbraucher bestritten wird? **
- Gilt das Urteil auch für Strompreise? **

Weitere Informationen
auf Seite 32

* In diesen Punkten ist das Urteil nicht haltbar und wird auch von anderen Gerichten verworfen, weil der BGH sich in Widerspruch zu seiner sonstigen Rechtsprechung setzt.

** Zu diesen Punkten gibt es gleichwohl eine gefestigte Rechtsprechung des BGH.

Von der Mahnung bis zum Vollstreckungsbescheid

Juristisches 1x1 für Protestkunden.
Von Leonora Holling und Aribert Peters

In der Regel sind Verbraucher und Versorger unterschiedlicher Ansicht über die Höhe des zu zahlenden Preises und über die Zulässigkeit einer Zahlungskürzung. Will der Versorger den verlangten Preis vom Verbraucher bekommen, dann muss er dafür ein Gerichtsurteil erwirken. Jeder Protestkunde geht also das Risiko einer gerichtlichen Auseinandersetzung ein. Der Ausgang solcher Verfahren lässt sich nicht vorhersagen. In vielen Fällen unterliegen die Versorger, in anderen die Verbraucher. Sieht man einmal von Musterklagen ab, ist es nicht sinnvoll, dass der Verbraucher den Versorger verklagt. Protestkunden müssen sich dennoch im Klaren darüber sein, dass der Versorger sie auf Zahlung verklagen kann.

Versorgungseinstellung

Wenn der Verbraucher unter Berufung auf die fehlende Billigkeit nicht den verlangten Preis zahlt, dann darf der Versorger deshalb die Versorgung mit Strom

oder Gas nicht einstellen und auch nicht damit drohen. Tut er es dennoch oder droht damit, dann sollte sich der Verbraucher sofort dagegen wehren (<http://versorgungssperre.energieverbraucher.de>).

Mahnbescheid

Einer gerichtlichen Klage kann ein schriftliches Mahnverfahren vorangehen. Die Amtsgerichte übermitteln sie mit Postzustellungsurkunde. Wer einen solchen Mahnbescheid bekommt, der befindet sich deshalb schon im förmlichen Klageverfahren. Er muss daher binnen einer Frist von zwei Wochen ab Zustellung des Mahnbescheides mit dem als Anhang beigefügten Bogen Widerspruch beim Mahngericht (also nicht etwa beim EVU) gegen die Forderung einlegen. Dies kann der Verbraucher selbst und ohne Hilfe eines Rechtsanwaltes tun. Er sollte sich jedoch im Klaren sein, dass nun bereits Kosten anfallen, die er selber tragen muss, falls er unterliegt. Bei einem Streit-

wert von 300 Euro kostet zum Beispiel ein Mahnbescheid einschließlich aller Gebühren 91 Euro.

Legt der Verbraucher Widerspruch ein, reicht das Mahngericht den Fall an das Gericht am Wohnsitz des Verbrauchers weiter. Es fordert den Versorger dazu auf, innerhalb einer Frist seinen Anspruch zu begründen. Viele Mahnbescheide enden an dieser Stelle, weil der Versorger auf eine Klage verzichtet. Verfolgt er die Angelegenheit jedoch weiter, dann erhält der Verbraucher über das Gericht eine Klageschrift, in der der Versorger seinen Anspruch begründet. Der Verbraucher muss jetzt innerhalb von zwei Wochen dem Gericht mitteilen, dass er sich gegen die Klage verteidigt.

Legt der Verbraucher gegen den Mahnbescheid jedoch keinen Widerspruch ein, erhält er später, nach drei bis fünf Wochen, den sogenannten Vollstreckungsbescheid zugestellt. Ein derartiger Vollstreckungsbescheid steht einem Urteil gleich und kann nur binnen einer Frist von zwei Wochen ab Zustellung mit einem „Einspruch“ angefochten werden. Hierzu kann der Vordruck „Widerspruch“ verwendet werden. Ansonsten reicht ein Schreiben, dass man Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid einreicht. Geht dieser fristgerecht beim Mahngericht ein, wird verfahren wie bei rechtzeitigem Widerspruch, das heißt, es geht in das streitige Verfahren über. Hat der Verbraucher weder Widerspruch noch Einspruch rechtzeitig eingelegt, wird die Forderung des EVU rechtskräftig und ist praktisch nicht mehr anfechtbar.

Fristen einhalten

Diese Fristen laufen selbst dann ab, wenn man wegen Urlaub oder Krankheit verhindert war, seine Post zu kontrollieren. Wirft der Briefträger den Benachrichtigungsschein in den Briefkasten, ist die Frist abgelaufen.



Das Energierecht verbietet die Versorgungssperre von Verbrauchern, die ihr Recht auf einen Billigkeitsnachweis wahrnehmen.



Viele Gerichte urteilen im Sinne der Verbraucher und geben sich nicht mit den bloßen Behauptungen der Versorger zufrieden.

tigungsschein über die Hinterlegung des Mahnbescheides beim Postamt in den Hausbriefkasten, gilt der Mahnbescheid mit diesem Tag als zugestellt, und nicht etwa ab Datum der Abholung. Ob und wann man ihn später von der Post abholt, spielt vor Gericht keine Rolle. Man sollte also dafür sorgen, dass bei Abwesenheit eine andere Person die Post entgegen nimmt oder abholt (Vollmacht nicht vergessen).

Spätestens nach Zustellung einer Klage sollte der Verbraucher einen Anwalt einschalten. Hat man eine Rechtsschutzversicherung, so muss dort eine Deckungszusage eingeholt werden. Hat man in den Prozesskostenfonds einbezahlt, so sollte die Klage an den Verein gesendet werden, um die Unterstützung durch den Fonds zu klären.

Verjährung prüfen

Denkbar wäre auch, dass die Forderung des Versorgers vielleicht bereits verjährt ist (siehe Seite 32). Das Gericht prüft eine solche Verjährung nicht automatisch, also muss der Verbraucher dies im Verfahren vorbringen. Eine Forderung verjährt drei Jahre nach Fälligkeit.

Welches Gericht ist zuständig?

Örtlich zuständig ist das Gericht am Wohnort des Verbrauchers, weil dorthin

die Energie geliefert wird. Wenn der Streitwert unter 5.000 Euro liegt, dann ist das jeweilige Amtsgericht zuständig, darüber das Landgericht. Nach dem Energiewirtschaftsgesetz § 102 ist unabhängig vom Streitwert das jeweilige Landgericht zuständig, wenn das Energierecht für die Entscheidung eine Rolle spielt. Ob dies der Fall ist, haben die betroffenen Gerichte bislang nicht einheitlich entschieden.

Anwälte

Vor dem Amtsgericht ist im Unterschied zum Landgericht kein Anwalt vorgeschrieben. Es ist jedoch dringend ratsam, sich von einem Anwalt vertreten zu lassen, der mit der Materie vertraut ist.

**Weitere Informationen
auf Seite 32**

Dazu bietet der Verein eine Anwaltsliste im Internet an (<http://anwaltsliste.energieverbraucher.de>). Weil die Streitwerte oft gering sind (siehe unten) können Anwälte oft nicht so viel Zeit in die Verfahren investieren, wie eigentlich notwendig wäre. Deshalb verlangen viele Anwälte eine Honorarvereinbarung. Dabei wird eine Stundensatz oder – auf jeden Fall vorzuziehen – ein Pauschalhonorar vereinbart. Das Prozesskostenrisiko erhöht sich da-

durch einerseits, andererseits aber auch die Siegeschancen. Auf den höheren Anwaltskosten bleibt der Verbraucher jedoch sitzen, selbst wenn er siegt. Der Versorger muss dafür nicht aufkommen, und auch die Rechtsschutzversicherung deckt sie nicht. Im Rahmen des Prozesskostenfonds kann der Verein jedoch Honorarvereinbarungen abschließen.

Kosten

Wenn der Versorger vor Gericht siegt, dann muss der Verbraucher seine eigenen und die gegnerischen Anwaltskosten zahlen und für die Gerichtskosten aufkommen. Bei einem Streitwert von zum Beispiel 300 Euro summieren sich diese Kosten auf 250 Euro, bei einem Streitwert von 1.300 Euro stehen 1.400 Euro auf dem Spiel. Unterliegt der Versorger, dann muss er die gesamten Kosten tragen. Das finanzielle Risiko des Verbrauchers verringert sich durch eine Rechtsschutzversicherung und durch einen Beitritt zum Prozesskostenfonds des Vereins. Wenn ein Urteil gesprochen ist, kann der Unterlegene je nach Entscheidung in der Regel in Berufung gehen. Die Kosten sind auf der Tabelle im Internet zu sehen (<http://recht.energieverbraucher.de> oder www.rechtsanwaltsgebuehren.de). Auch für den Sieger in einer Instanz steigt das Kostenrisiko, wenn der Unterlegene in die nächste Instanz geht. Wenn das Gericht ein Sachverständigengutachten einholt, dann steigen die Kosten und auch das Risiko ganz beträchtlich. Die Kosten eines solchen Gutachtens muss jeweils der Kläger vorstrecken und am Ende der Unterlegene bezahlen. Der Verbraucher kann jederzeit das Gerichtsverfahren beenden, in dem er die Forderung des Versorgers anerkennt.

Andere Urteile

Die Versorger berufen sich oft auf bereits ergangene Urteile, die angeblich einen weiteren Protest verbieten. Ein Urteil ist aber stets nur für die am Prozess beteiligten Personen verbindlich. Allerdings stehen die Chancen für den Versorger auf einen Sieg vor Gericht höher, wenn in gleicher Sache das Gericht bereits entschieden hat. Allerdings wird das regelmäßig von den Versorgern nur behauptet, ohne dass dies wirklich der Fall ist. ■



Tausche Keller gegen Energie zum Nulltarif

Nie wieder Öl- oder Gasrechnungen im Briefkasten – für viele Menschen ist das ein Traum. Das muss nicht so bleiben: Moderne Energiespar-Technologien sind mittlerweile für jedermann erschwinglich. Das stellte auch eine Familie beim Bau ihres Hauses in Thüringen erfreut fest.

Das Ehepaar Franke aus Ruhla hatte eine Idee: Statt ihr Häuschen so zu bauen, wie der Architekt es vorschlug, wollten sie ein Gebäude, das keine Energiekosten verursacht. Da der Traum vom Eigenheim dennoch bezahlbar bleiben sollte, analysierten das Paar die Kalkulation und beschlossen, auf den Keller zu verzichten. Denn vor allem die unterirdischen Räume verteuern ein Gebäude. Das gesparte Geld wollten sie so anlegen, dass sie möglichst wenig Energie verbrauchen und selbst Strom und Wärme produzieren.

Wie anfangen?

Zunächst machte sich das Ehepaar kundig, mit welchen Maßnahmen sie ihr Ziel erreichen können – und standen vor der Qual der Wahl: Sollten sie in Solarenergieerzeugung investieren oder auf eine wirksame Umwandlung setzen? Wieviel Geld sollten sie für Energiespeicherung und Wärmedämmung ausgeben? In jedem dieser Bereiche kann man beliebig viel Geld einsetzen, um seinem Ziel noch ein Stückchen näher zu kommen. Doch die Frankes gelangten schon bald zu der Erkenntnis: Von allem ein bisschen ist am wirtschaftlichsten.

Strom und Wärme von der Sonne

Gleich zwei Anlagen zur solaren Erzeugung von Strom und Wärme stellen die Energie für das Häuschen der Frankes bereit. Von April bis Ende Oktober erwirtschaften sie einen Überschuss. Das Überangebot an Wärme bleibt im Sommer ungenutzt, den überschüssigen Strom speisen sie ins Netz ein.

Vernünftige Umwandlung

Erfahrungsgemäß sind die Heizkosten der größte Energieposten im Haus. Trotz



Dagmar und Hubert Franke bauten zukunftsicher.

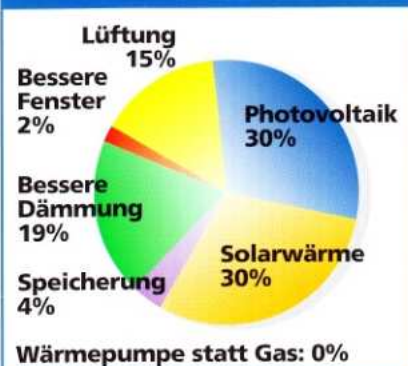
guter Isolierung reicht die Leistung der Solaranlagen an frostigen Wintertagen alleine nicht aus, um für wohlige Wärme zu sorgen. Statt eine Holz- oder Pelletsheizung einzubauen, setzten die Frankes auf eine kleine Wärmepumpe. Zwar gibt es viele gute Argumente gegen diese Form

der Energiegewinnung (siehe Seite 28). Doch an dieser Stelle war diese Lösung angebracht. Denn die Frankes haben dank guter Dämmung auch an kalten Tagen nur einen äußerst geringen Wärmebedarf auf niedrigem Temperaturniveau. Solche Energiemengen können Wärmepumpen rentabel erbringen. Statt der üblichen Versorgungsleitungen oder Brennstofflager reicht eine einfache Stromleitung. Und der Bau eines Schornsteins ist auch überflüssig.

Speicher für zwei Tage

Wer das gesamte Wärmeangebot vom heißen Sommer in den kühlen Winter retten möchte, bräuchte riesige Wärmespeicher. Frankes setzten auf eine andere Erfahrung: Auf mehrere trübe Tage folgt irgendwann Sonnenschein. Die Energie muss also nur ein paar Tage gespeichert werden. Dazu wählten sie einen 1.000-

Kostenanteile der Energieverbesserungen



Das Ruhlaer Solarhaus

Wohnfläche	120 m ²
Dämmung	
- Wand	16 cm 035
- Dach	24 cm 040
- Fußboden	24 cm 040
3-Scheiben-Verglasung	U _w = 0,79 W/m ² K
Energiespeicher	
- Pufferspeicher	1 m ³
- Estrichbeton	10 m ³
Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung	0,36 Wh/m ³
Photovoltaik-Anlage	2 kW
Solarthermische Anlage	16 m ²
Wärmepumpe	2 kW
Baukosten insgesamt (ohne Grundstück)	120.000 Euro
Kosten aller Energie Einzelmaßnahmen	23.000 Euro

Liter-Warmwasserspeicher und einen Betonspeicher. Die dort konservierte Wärmeenergie eines sonnigen Tages reicht für ein bis zwei Tage Heizen. Erst wenn es noch länger bewölkt bleibt, springt die Wärmepumpe mit Strom aus dem Netz an.

Die Solarstromanlage speist überschüssigen Strom vor allem im Sommer ins Netz. Dafür entnehmen die Frankes im Winter Strom für die Wärmepumpe. Das Stromnetz dient in diesem Fall als Energiepuffer. Über das Jahr gesehen, speisen die Frankes ein Viertel mehr Strom ein,

als sie entnehmen. Dabei benötigen sie erstaunlich wenig – das Häuschen kommt mit jährlich etwa 1.100 Kilowattstunden Strom für Heizung, Warmwasser, Lüftungsanlage und Wärmeverteilung in der Fußbodenheizung aus. Das ist so wenig wie für ein Passivhaus und ein Zehntel eines Neubaus heutigen Standards: Neun kWh/qm.

Gut Dämmen

Eine gute Wärmedämmung muss nicht sichtbar sein: Statt dickem Mauerwerk und Wärmedämmputz setzten die Frankes auf dünnere Steine mit dicker Styroporschicht. Im nicht sichtbaren Bereich, also unterm Dach und an der Bodenplatte, verstärkten sie die Isolierung zusätzlich.

Wie extrem gut das Haus isoliert ist, zeigte sich im Winter 2006: Während draußen mit zehn Grad minus klirrende Kälte herrschte, schalteten die Frankes aus Versehen die Wärmepumpe ab. Erst nach zwei Tagen bemerkten sie ihren Fehler – da hatte sich die Raumtemperatur gerade mal um zwei Grad abgekühlt.

Dichte Fenster

Die beste Thermojacke hält nicht warm, wenn sie Löcher hat – so ist es auch mit einer guten Dämmung, wenn die Fenster keinen hohen Dämmwert haben. Dabei kosten Scheiben mit einer Dreifachverglasung nur 25 Euro zusätzlich pro Quadratmeter.

Frische Luft

Will man in so einem Haus frische Luft ohne Energie zu verschwenden, so ist eine Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung (WRG) notwendig. In den Wintermonaten sorgt die Lüftungsanlage für angenehmes Raumklima, im Sommer kippen die Frankes die Fenster.

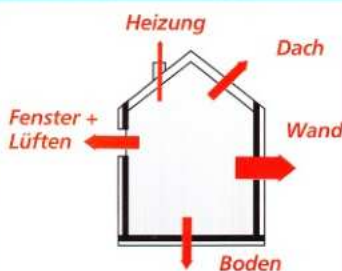
Ursprünglich sollte es mal ein ganz normales Haus werden. Dann kam den Frankes die Idee zum Nullenergieverbrauch. Die Bauleitung stimmte zu, obwohl sie keinerlei Erfahrung im Bau von Niedrigenergiehäusern hatte. Gemessen daran ist hier doch etwas Besonderes entstanden: Der Beweis, dass man Häuser zu erschwinglichen Preisen bauen kann, die fast keine Energie verbrauchen. Dabei reicht die Fläche von Dach und Garten aus, um nahezu den gesamten Energiebedarf über Solaranlagen abzudecken.

Schon seit drei Jahren wohnen die Frankes in ihrem Häuschen und freuen sich über die niedrige Stromrechnung. Würden die beiden etwas anders machen, wenn sie erneut bauen würden? Klar – sie würden das Gebäude so anlegen, dass es ganz ohne öffentliches Netz auskommt. ■

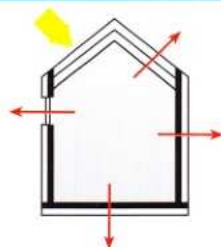
Oliver Stens

Wärmeverluste im normalem Neubau und beim Solarhaus

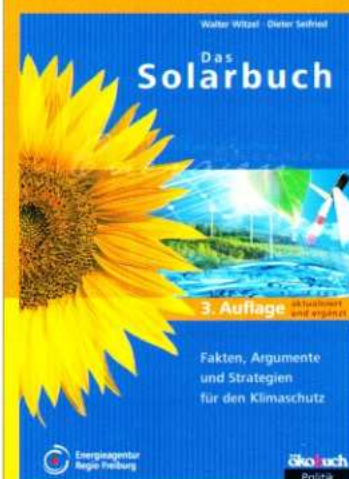
Normaler Neubau



Ruhlaer Solarhaus



Das neue Solarbuch



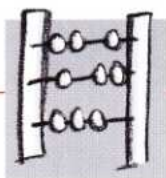
- **Das Erfolgsbuch** – erweitert und komplett aktualisiert.
- **Fakten, Argumente, Strategien** – verständlich erklärt.
- **Das Nachschlagewerk** für alle erneuerbaren Energien.



Energieagentur
Regio Freiburg

**Jetzt
bestellen!**

www.solarbuch.de
Tel. 0761-79 177-0



Energie im Doppelpack

Brötchen oder Kuchen selber backen, Pullover stricken, Glückwunschkarten basteln, wenn eine Ware immer teurer wird, ist es nahe liegend zu überlegen, das gewünschte – falls möglich – künftig selbst herzustellen. Doch beim Strom liegt diese Idee den meisten Menschen fern. Dabei ist es gar nicht so kompliziert. Ein Mini-Blockheizkraftwerk (BHKW) macht's möglich – mit besserem Wirkungsgrad und geringerer Umweltbelastungen, als bei den Großkraftwerken. Und je nach Rahmenbedingungen rechnet es sich sogar, unter die Stromproduzenten zu gehen.

Das Zauberwort heißt Kraft-Wärme-Kopplung, also die kombinierte Strom- und Wärmeerzeugung. Die Abwärme der großen Braunkohle- und Kernkraftwerke verpufft ungenutzt, weil die Wärmeabnehmer fehlen beziehungsweise zu weit entfernt sind. Versetzt man dagegen ein kleineres BHKW dorthin, wo die Wärme gebraucht wird, kann der eingesetzte Brennstoff weit besser genutzt werden – und Strom gibt's obendrein, Energie also im Doppelpack.

Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, die kombinierte Strom- und Wärmeerzeugung im Wohnungsbau zu organisieren (vgl. Energiedepesche 4/2007). An dieser Stelle soll näher auf die wirtschaftlichen Randbedingungen eingegangen werden. Im Einsatz: ein 18.000 Euro teures Mini-BHKW mit 5,5 kW elektrischer und 12,5 kW thermischer Leistung. Die Tabelle zeigt die verschiedenen Annahmen.



Wolfgang Suttor ist anerkannter BHKW-Experte und seit 12 Jahren Vorstand des Bundes der Energieverbraucher

Stromerlös übersteigt Brennstoffmehrkosten

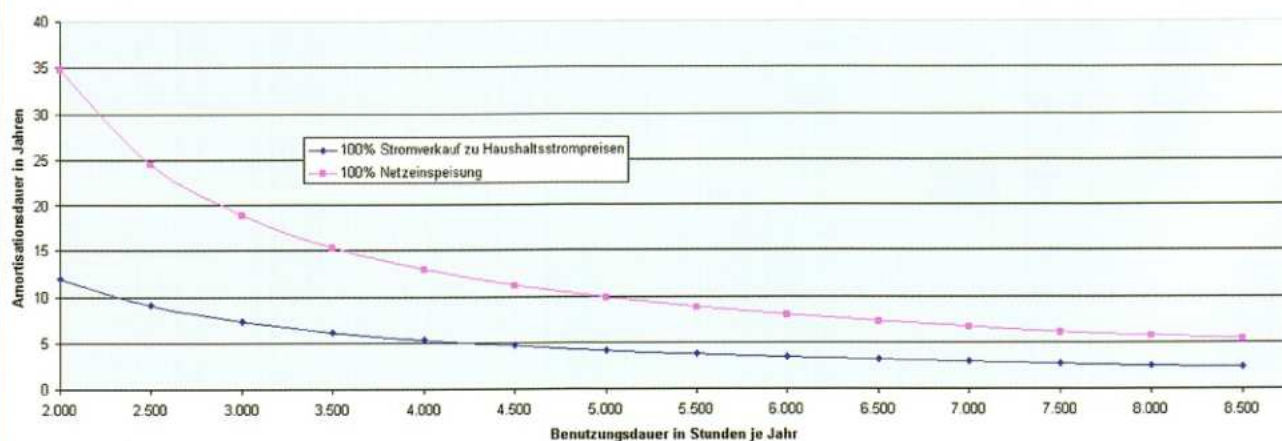
Als Alternative zu einem Heizkessel ergibt sich für das BHKW immer ein finanzieller Vorteil, weil der Erlös aus dem Stromverkauf höher liegt als die Kosten für den Brennstoffmehreinsatz beim BHKW. Ob dieser finanzielle Vorteil groß genug ist, damit sich das BHKW „rechnet“, hängt nicht nur von der Nutzungsdauer ab, sondern auch von der per-

sönlichen Einstellung. Ein Sparmeister wird schon mit wenigen Euro seine Befriedigung finden, während ein Kaufmann aus der Industrie eine Amortisationsdauer von weniger als fünf Jahren fordert. So hohe Renditewünsche können tatsächlich nur bei einer Nutzungsdauer (= Volllaststunden) von über 4.000 Stunden und einem Stromverkauf zu Haushaltstarifen erzielt werden. Ein Heizkessel alleine wird sich dagegen nie amortisieren.

Wie wertvoll ist Strom?

Neben der Nutzungsdauer ist auch die Bewertung des Stromes von Bedeutung. Verkauft der BHKW-Betreiber seinen Strom beispielsweise an Mieter, kann er mit 19 Cent/kWh rechnen. Speist er die Energie hingegen zu 100 Prozent in das Netz, kann er nur etwa zehn Cent/kWh ansetzen. Den dramatischen Unterschied in der Wirtschaftlichkeit veranschaulichen die beiden Kurven in der

Amortisationszeit in Abhängigkeit von der Nutzungsdauer



Kosten und Erträge eines BHKW

Benutzungsdauer	Stunden	2.000	4.000	6.000
Brennstoffpreis	Cent/kWh	7	7	7
Stromerlös durch Stromverkauf an Mieter	Cent/kWh	19	19	19
Wärmeerlös	Cent/kWh	8,8	8,8	8,8
Stromsteuer	Cent/kWh	2	2	2
Energiesteuer	Cent/kWh	0,55	0,55	0,55
Erlös für Strom	Euro	+ 2.090	4.180	6.270
Erlös für die Wärme	Euro	+ 2.188	4.375	6.563
Stromsteuer	Euro	+ 225	449	674
Energiesteuer	Euro	+ 226	451	677
Brennstoffkosten	Euro	- 2.870	5.740	8.610
Wartung + Instandhaltung	Euro	- 350	350	350
Jährlicher Überschuss	Euro	1.508	3.365	5.223
Amortisationsdauer	Jahre	11,9	5,3	3,4
Stromerzeugungskosten	Cent/kWh	25,1	15,7	12,5

Grafik. Kommen beim BHKW Bio-brennstoffe zum Einsatz, beträgt die Einspeisevergütung nach EEG 18,8 Cent/kWh. Dieser Wert unterscheidet sich kaum mehr von den Haushaltsstrompreisen.

Im Einfamilienhaus unwirtschaftlich

Deckt man den normalen Wärmebedarf eines Einfamilienhauses ganz mit einem Mini-BHKW, so kann man nur mit einer Benutzungsdauer von maximal 2.000 Stunden rechnen. Ebenso hätte ein Heizkessel mit 12,5 kW die gleiche Benutzungsdauer. Selbst wenn man gegenüber einer herkömmlichen Heizung ein paar Euro spart, ist die Wirtschaftlichkeit des monovalent – also ohne Heizkessel – betriebenen BHKW kaum gegeben.

Ab sechs Wohneinheiten sinnvoll

Kombiniert man dagegen ein BHKW mit einem Heizkessel und deckt damit einen höheren Wärmebedarf, etwa in einem Mehrfamilienhaus, steigt für das BHKW die Benutzungsdauer und damit die Wirtschaftlichkeit. Das BHKW deckt beispielsweise bei einer Benutzungsdauer von 4.000 Stunden die Wärmegrundlast. Die Spitzenlast übernimmt an kalten Tagen ein zusätzlicher Heizkessel. Je nach Wärmeschutzstandard der Mehrfamilienhäuser kann das schon ab sechs Wohneinheiten wirtschaftlich interessant werden.

BHKW verbilligt Strombezug

Ein weiteres Kriterium, um die Wirtschaftlichkeit des Mini-BHKW zu beurteilen, sind die Stromkosten. Sie ergeben sich aus den Kapital-, Wartungs- und

Brennstoffkosten abzüglich der Einnahmen aus der Wärmeabgabe. Die Tabelle zeigt, dass bereits ab einer Benutzungsdauer von 3.000 Stunden die Stromkosten geringer liegen als die Preise für den Haushaltsstrom. Bei sehr hohen Benutzungsdauern liegen die Stromerzeugungskosten trotz der relativ hohen spezifischen Investitionen für das BHKW unter so manchen Strompreisen in der Industrie.

Höhere Energiepreise verbessern Wirtschaftlichkeit

Bei steigenden Brennstoffpreisen ist das BHKW lange nicht so stark betroffen wie eine Lösung mit einer konventionellen Heizung, weil beim BHKW die Wärmeerlöse im selben Maße steigen wie die Brennstoffpreise. Bei weiter steigenden Strompreisen wird das BHKW immer wirtschaftlicher.

Weiterführende Literatur:

Suttor/Johler/Weisenberger – Das Mini-BHKW, eine Heizung, die Ihr Geld verdient, C.F. Müller Verlag 2005, 3. Auflage

Suttor – BINE Informationsdienst BHKW, ein Leitfaden für den Anwender, 6. aktualisierte Auflage

Loseblattwerk Praxis Kraft-Wärme-Kopplung – Technik, Umfeld, Realisierung – C.F. Müller Verlag, Hrsg. W. Suttor

Was im Großen für zukünftige Kraftwerke gelten sollte und bereits die Ebene eines Parteitagebeschlusses erreicht hat – neue Großkraftwerke nur noch in Kraft-Wärme-Kopplung bauen zu dürfen – sollte im Kleinen also dezentral zur Regel werden: die stromerzeugende Heizung. Der reine Heizkessel ist dann Vergangenheit. *Wolfgang Suttor* ■

Impressum Nr. 1 · 2008

Die **Energiedepesche** erscheint vierteljährlich.

Einzelheft:

5,00 Euro inkl. MwSt.,
Abo für 4 Hefte
inkl. Versandkosten: 22 Euro

Für Mitglieder ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber:

Bund der Energieverbraucher e. V.
Frankfurter Straße 1
53572 Unkel
Tel.: 0 22 24 / 92 27-0
Fax: 0 22 24 / 10 32 1
E-Mail:
redaktion@energiedepesche.de
www.energieverbraucher.de

Post giro Köln
Kto 17573-508
BLZ 370 100 50

Redaktion u.v.i.S.d.P.:

Aribert Peters

Redaktionsschluss:

16. Februar 2008

Mitarbeiter dieses Hefts:

Falk Auer, Gunhild Duske,
Gunnar Harms, Leonora Holling,
Wolfgang Irrek, Aribert Peters,
Dieter Seifried, Oliver Stens,
Wolfgang Suttor.

Die Beiträge liegen in der alleinigen Verantwortung der Autoren.

Layout:

DesignBüro Blümling, Köln
E-Mail: mail@bluemlingdesign.de

Anzeigenleitung:

BigBen Reklamebüro
Tel.: 0 42 93 / 72 72
Fax: 0 42 93 / 72 71
E-Mail: br@bb-rb.de
www.bb-rb.de/depesche

Druck:

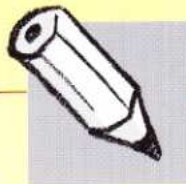
Krahe Druck GmbH, 53572 Unkel
Tel.: 0 22 24 / 7 58 44
E-Mail: krahe@krahe-druck.de

Papier:

100% chlorfrei gebleicht
ISSN 0933-8055
Vertriebskz Z 2045 F



Nachdruck oder Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers.



Computer

Ein Thema, das mich sehr interessiert, sind sparsame Computer. Flachbildschirme benötigen weniger Energie als Röhrenmonitore, Notebooks sind sparsamer als PCs. Das ist im Grunde klar.

Auf diesen Seiten sollen Sie als Leser zu Wort kommen:

Mit Ratschlägen, Anregungen und Meinungen, auch Polemik. Zu kontroversen Themen sollen möglichst beide Seiten zu Wort kommen. Kürzere Zuschriften werden bevorzugt, wir behalten uns Kürzungen vor.

Also schreiben Sie uns doch!

Wie schnell, wieviel Speicherplatz, welche Ausstattung ein PC hat, ist im Grunde keine Schwierigkeit als Auswahlkriterium. Aber einen PC



In der Klimadiskussion wird mehr über das Problem geredet als über die Lösung.


SENERTEC
info@senertec.de
www.senertec.de

nach Energieverbrauch zu kaufen, das geht gar nicht. Unlängst sind wir beim Kauf eines neuen Servers an der Energiefrage gescheitert. Der vorhandene alte Server hatte rund 100 Watt Leistung, nicht wenig für einen Betrieb rund um die Uhr. Der neue Server wird „natürlich“ wesentlich leistungsfähiger sein, benötigt jedoch fast das Doppelte an Energie und im Sommer eine Klimaanlage zur Kühlung im kleinen Serverraum. Das geht doch sicher auch anders?

Andreas Stemberg, Lage

Zu ED 4/2007:
Schnornsteinfeger

Bezirksskaminkehrermeister Ritt meldet sich zu Wort. Um die angeblich nötige neutrale Überwachung zu untermauern, zitiert er aus einer Arbeit des Jülicher Forschungszentrums. Eine Arbeit, die von der Schnornsteinfegerinnung selbst in Auftrag gegeben wurde! Wie praktisch. Die in der Studie gemachte Annahme, dass wenn 14 Millionen Heizungen drei Jahre lang nicht überprüft und damit auch nicht gewartet würden ... ist an Blödsinn wohl schwerlich zu übertreffen. Was das eine mit dem anderen zu tun hat, geht aus der Studie nicht hervor. Eigenverantwortung und ökonomisches Interesse der Heizungsbetreiber gibt

es wohl nicht. Genauso wenig wie Wartungsverträge.

Bei einem Jahreseinkommen von 150.000 bis 180.000 Euro sollte Herr Ritt lieber die Ursache für die monierten Temperaturabweichungen mit seinem örtlichen Handwerker klären und sich mit seinen Kollegen zusammensetzen, um zu klären, wie künftig Dachstuhlbrände beim Ausbrennen von Kaminen vermieden werden können.

Ludwig Rosefeldt, Thalmässing

Uns erscheint es fragwürdig, dass der Bund der Energieverbraucher sich einerseits gegen die Monopolisten der Energiewirtschaft zur Wehr setzt und andererseits das Monopol der Schnornsteinfeger mit der Förderung eines Flyers unterstützt! Anlass unserer Anfrage sind die schlechten Erfahrungen mit unserem Bezirksschnornsteinfegermeister und dessen Mitarbeiter. Der Umstand, dass eine Gesetzgebung aus dem Jahr 1934 uns keine freie Wahl des Schnornsteinfegers ermöglicht, ist unserer Meinung nach ebenso ein Monopol, gegen das man sich als Verbraucher wehren sollte! So sind wir gezwungen, die unfachmännisch ausgeführten Tätigkeiten unseres Bezirksschnornsteinfegermeisters und dessen Mitarbeiter auch in Zukunft über uns ergehen zu lassen. Wir sind heilfroh, wenn

wir seinen jährlichen Besuch schadlos überstehen, und zahlen dafür rund 55 Euro Schutzgeld!

Stefan Schmidt, Overath

Zu ED 4/2007:
Heizungspumpen

Es mag sein, dass es die genannte Grundfos-Pumpe bei einigen Versendern günstiger zu kaufen gibt. Grundfos bietet jedoch auch zusätzlich 5 1/4-Jahre Gewährleistung beim Einbau durch den Fachhandwerker. Gegenüber den üblichen zwei Jahren sicher ein Vorteil den man nicht vernachlässigen sollte.

Andreas Stemberg, Lage

Strompreise

Vor der durch die hohen Energiepreise gebeutelten Öffentlichkeit betont Minister Glos ohne Unterlass die Notwendigkeit des Endes der Selbstbedienungsmentalität der Energiekonzerne, andererseits sagt er den Konzernen jede Unterstützung zu. Glos will an der Politik der rot-grünen Vorgängerregierung festhalten, die führenden Energiekonzerne zu stärken. Und das auf Kosten der Energieverbraucher.

Rückhalt hat er natürlich bei der Kanzlerin. Aus diesem Grund glaube ich auch, dass die Protestresolution des



© 2008 Bender/ Köhler, www.streifenfabrik.de

Was ist – aus Ihrer persönlichen Sicht – die wichtigste Aufgabe für die deutsche Energiewirtschaft?

1. Verbesserung des Image und Wiedergewinnung des Vertrauens von Verbrauchern und Politik

52,5 %

2. Beseitigung der Restriktionen für Ersatz- und Neuinvestitionen

12,9 %

3. Sicherung einer hinreichenden Rentabilität für das eingesetzte Kapital

8,4 %

4. Umfassende Berücksichtigung des Klimaschutzes

3,7 %

5. Steigerung der Energieeffizienz auf allen Stufen der Energieversorgung (Erzeugung, Netze, Zähler, Verbrauch)

22,5 %

Meinung der Top-Manager der Energiewirtschaft auf der Handelsblatt-Tagung in Berlin am 22. Januar 2008: Der selbstverschuldete Vertrauensverlust schmerzt die Branche

Bundes der Energieverbraucher vom 11. September 2007 an die Bundeskanzlerin nicht die geringste Wirkung zeigen wird. Das Desaster der hohen Energiepreise ist politisch gewollt und die Scheinheiligkeit des Ministers soll die Verbraucher beruhigen.

Helfen können wird uns nur die Europäische Union mit Gesetzen, die endlich mit den Monopolen der Energieverbraucher Schluss macht. Auf dem Telekommunikationssektor funktioniert ja der Wettbewerb sehr gut.

Hoffen wir nur, dass die EU sich mit der Eigentumsentflechtung von Produktion und Transport von Strom und Gas bei den Energiekonzernen gegen Mitgliedsstaaten wie Deutschland oder Frankreich durchsetzt. Und zwar möglichst schnell!

Eckard Flemming, Garbsen

Mein Appell an den Verband und ihren Geschäftsführer:

1. Sparen Sie das Geld (Ihrer Mitglieder!) für Prozesse aller Art.
2. Fördern Sie energieschonende Verhaltensweisen Ihrer Mitglieder und Freunde. (Kleines Beispiel: Die Vorstellung ist nicht auszurotten, man könne einen PKW-Motor im Winter im

Leerlauf fünf bis zehn Minuten warm laufen lassen!)

3. Weisen Sie eindringlich auf die Wichtigkeit des hydraulischen Abgleichs von Warmwasser-Heizleitungen hin. Ein normaler Handwerker versteht, wie sie richtig schreiben, nichts von Hydraulik.

4. Setzen Sie Preise aus für gut isolierte Puffer- und Warmwasserspeicher aus. Bei den vielen Anschlüssen ist eine wirksame Isolierung nicht einfach!

Martin Schädler, Mülleheim

Zweifelsohne hilft Öffentlichkeit, um der fast wettbewerbslosen Situation in Deutschland auf dem Gebiet der Energie zu begegnen.

Die Medien haben dafür gegenwärtig den Anbieterwechsel entdeckt und offensichtlich kommt da bei Strom auch etwas in Bewegung, was die großen Energieversorger aber nicht wirklich trifft.

Wir wissen, dass das nicht „des Pudels Kern“ ist, und die Bürger werden eigentlich auf eine falsche Fährte geführt, wenn die Energieversorger wirklich zu Änderungen ihrer Preispolitik gezwungen werden sollen. Meine Bitte an den Verband ist, nun eine solche

Kampagne bei den Medien zu erreichen, die das Problem des Nachweises der Billigkeit der Preise durch die Energieversorger beinhalten und die damit verbundenen Konsequenzen des Widerspruchs sowie der verminderten Gebührenerstattung der Verbraucher gegenüber den Versorgern beinhalten.

Dr. Kunze, Kreische

Ich schätze die Arbeit Ihres Vereins sehr. Und Ihre Analysen sind immer wieder treffend. Aber da liegt auch der „Hase im Pfeffer“. Denn mit reinen Analysen kommt man eben nicht weiter. Und alles bleibt beim Alten. Ihre Initiativen sind bestimmt ehrlich, aber auch rührend. Was wollen sie denn mit einer „Petition“ oder „Protestresolution“ erreichen? Die Energielobby samt Politikerkaste lachen Sie doch aus! Ein zahnloser Tiger.

Man muss nun mal langsam zu Pote kommen, wenn man wirklich etwas verändern will. Sie zitieren ja Mahatma Gandhi.

Nehmen Sie deshalb meine Vorschläge ernst und setzen Sie sie um:

Organisieren Sie Massenproteste in den großen Städten gegen die Politikerkaste und die Energielobby. Regelmä-

ßige Demonstrationen, bei denen auf Plakaten den Politikern angedroht wird, ihnen die Legitimation für ihr Handeln zu entziehen: durch permanente Wahlenthaltung.

Organisieren Sie eine zeitgleiche Massenkündigung bei allen Energieversorgern. Das käme einem „Streik“ der Verbraucher gleich. Zur späteren Weiterversorgung der Protestler sind die Versorger ja verpflichtet. Das könnte als Drohung und Druck enorme Wirkung erzielen.

Sie sehen, ich denke, „Analyse“ allein reicht schon lange nicht mehr. Es ist doch schon längst alles gesagt und gedacht. Was fehlt ist die Umsetzung der Vorstellungen. Da hapert es!

Thomas Oberhäuser, Frankfurt am Main



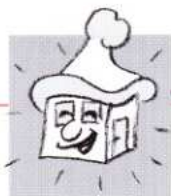
Der Dachs ist die Lösung:

Der Dachs erzeugt Wärme und Strom statt CO₂. Das bringt jeden Monat bares Geld und Bestnoten im Energieausweis. Und diese steigern den Wert Ihres Hauses. Fordern Sie die Dachs Broschüre an:



SENERTEC

Carl-Zeiss-Straße 18
97424 Schweinfurt
Tel.: 09721/651-0
Fax: 09721/651-272



Damit können Sie rechnen

Egal ob Solaranlage, Wärmepumpe, Biomasse-Anlage, Sanierung eines Altbaus oder energetischer Neubau: der Kauf einer umweltfreundlichen Anlage oder eine bewusste Sanierung rentiert sich meistens, insbesondere, wenn die Energiekosten weiter steigen. Zusätzlich locken staatliche Zuschüsse und Darlehen der KfW-Förderbank mit einer Vielzahl von Förderprogrammen mit teilweise beachtlichen Höhen. Nachrechnen lohnt sich!

Es gibt Förderprogramme auf unterschiedlichen Ebenen:

Förderung durch Bundesmittel:

- Kredite und Zuschüsse für energetische Gebäudesanierung und erneuerbare Energien durch die bundeseigene KfW-Förderbank (früher Kreditanstalt für Wiederaufbau), zu beantragen über die Hausbank (Ausnahme: Zuschussvariante) und
- Zuschüsse aus dem Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien (MAP), die das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) verwaltet.
- Zuschüsse zu einer Energieberatung nach dem Vor-Ort-Beratungsprogramm durch das BAFA.

Die Förderung von KfW und BAFA lassen sich kombinieren.

Förderung durch Bundesländer, Kreise, Kommunen und Versorgungsunternehmen:

- Es gibt viele hundert zusätzliche Förderprogramme dieser Art. Nachfragen lohnt sich in jedem Fall.

Achtung: Oft ist es notwendig, den Antrag schon vor Baubeginn zu stellen!

Wo gibt es mehr Infos?

Eine erste Orientierung geben Fördermittelrechner im Internet, etwa www.baufoerderer.de von der KfW und VZBV, www.energiefoerderung.info von BINE-FIZ und DENA, oder eine Übersichtstabelle über Förderprogramme zu Energiethemata durch das Land Hessen (www.hessenenergie.de) und dem Bund, www.foerderdata.de

Ein guter Energieberater weiß auch über Fördermittel Bescheid, zumal sich bestimmte Programme auch an den Kos-

ten für den Berater beteiligen. Infos zu den KfW-Förderprogrammen erhalten Interessierte zum Ortstarif unter 01801-335577 oder unter www.kfw-foerderbank.de.

KfW-Darlehen und -Zuschüsse

Von Bedeutung sind hier folgende KfW Programme:

- **CO₂-Gebäudesanierungsprogramm:** Zinsverbilligte Darlehen und Zuschüsse für die energetische Sanierung von Häusern der Baujahre 1983 beziehungsweise 1994 und früher (s. u.).
- **Wohnraum-Modernisierung:** Zinsgünstige Darlehen zur Finanzierung einzelner Modernisierungsmaßnahmen, die den Gebrauchswert der Wohnung und die allgemeinen Wohnverhältnisse verbessern. Die Basisförderung (Variante STANDARD) bezuschusst Standardmaßnahmen wie Sanitärinstallation, Wohnungszuschnittsänderung, etc. Wer klimaschutzrelevante Maßnahmen durchführt, also zum Beispiel die Dämmung verstärkt oder künftig mit Hilfe erneuerbarer Energien heizen möchte, kann sich über besonders günstige Zinskonditionen freuen (Variante ÖKO-PLUS). Es werden bis zu 100 Prozent der förderfähigen Investitionskosten finanziert. Die Darlehen haben eine Laufzeit von bis zu 30 Jahren. Die Förderung der Einzelmaßnahmen im Programm Wohnraum Modernisieren ist vom Baujahr des Hauses unabhängig, und erfolgt in geringerer Höhe als bei einer umfassenden Sanierung im Rahmen des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms.
- **Solarstrom erzeugen:** Zinsgünstige Darlehen für Solarstrom-Anlagen.

Ökologisch bauen:

Zinsverbilligte Darlehen für den energieeffizienten Neubau von Wohngebäuden. Das Programm dient dazu, den Bau, Umbau oder Ersterwerb von KfW-Energiesparhäusern 40/60 und Passivhäusern zu finanzieren, sowie für den Einbau von Heizungstechnik bei Neubauten auf Basis erneuerbarer Energien, Kraft-Wärme-Kopplung und Nah-/Fernwärme.

Erneuerbare Energien:

Darlehen mit Tilgungszuschuss, zum Beispiel für Biomasse-Anlagen über 100 kW, große Solarkollektoranlagen, Nahwärmenetze und große Wärmespeicher für Wärme aus Erneuerbaren Energien oder Tiefengeothermieanlagen zur thermischen Nutzung. Die neuen Richtlinien des Marktanreizprogramms für erneuerbare Energien (MAP) setzen besondere Akzente auf die besonders innovativen Technologien zur Wärme- und Kälteerzeugung aus erneuerbaren Energien. Für große Solarkollektoranlagen zur Warmwasserbereitung und/oder Raumheizung, zur Nutzung von Prozesswärme oder zur solaren Kälteerzeugung werden langfristige Förderdarlehen bis zu 100 Prozent der förderfähigen Nettoinvestitionskosten mit bis zu 30 Prozent Tilgungszuschuss (aus Bundesmitteln) gewährt. Das Programm startet erst nach der Genehmigung durch die EU. Die konkreten Förder- bzw. Antragsbedingungen sind daher noch nicht in allen Details bekannt.

Wer Interesse an einem KfW-Darlehen hat, muss dieses über seine Hausbank beantragen – und zwar vor Beginn der Maßnahme. Einzige Ausnahme. Zuschüsse des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms müssen direkt bei der KfW beantragt werden.



Eine große Anzeigentafel in Berlin zeigt die Erfolge der Förderung.

CO₂-Gebäudesanierungsprogramm

Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm hilft dabei, einen Altbau in eine Energiespar-Immobilie umzuwandeln. Je höher der Energiespar-Standard nach Energieeinsparverordnung im Anschluss an die Sanierung liegt, umso höher fällt die Förderung aus. Diese erfolgt durch zinsgünstige Darlehen oder Zuschüsse.

- **Kategorie A:** Ein vor 1983 erbautes Haus erfüllt nach der Sanierung mindestens die Anforderung der EnEV für Neubauten.

Darlehensvariante: Erreicht das Haus nach der Sanierung mindestens das Niveau eines Neubaus nach EnEV, dann gibt es zusätzlich zur Zinsverbilligung einen Tilgungszuschuss von fünf Prozent. Unterschreitet das sanierte Haus die EnEV-Werte um mindestens 30 Prozent, erhöht sich der Tilgungszuschuss auf 12,5 Prozent. Einen noch höheren Zuschuss gibt es, wenn das Gebäude die Vorgaben der EnEV sogar um 50 Prozent unterschreitet, vorausgesetzt, es werden einige weitere Anforderungen erfüllt. Ein Sachverständiger muss bei Einreichung des Antrags bestätigen, welches EnEV-Niveau erreicht wird. Der Förderhöchstbetrag beträgt 50.000 Euro je Wohneinheit.

Zuschussvariante: Wird die Sanierung ohne ein KfW-Darlehen finanziert,

dann erhalten Privatpersonen, sofern sie Eigentümer von Ein- oder Zweifamilienhäusern sind, sowie Wohneigentums-gemeinschaften einen Zuschuss. Er beträgt bei Erreichen des EnEV-Niveaus zehn Prozent der förderfähigen Investitionskosten, höchstens jedoch 5.000 Euro je Wohneinheit. Wird das EnEV-Neubauniveau gar um 30 Prozent unterschritten, erhöht sich der Zuschuss auf 17,5 Prozent oder 8.750 Euro je Wohneinheit. Erhält der Eigentümer oder die Eigentümergemeinschaft aus anderen öffentlichen Programmen bereits Zuschüsse, so dürfen diese zehn Prozent der Kosten nicht überschreiten. Andernfalls kürzt die KfW ihren Beitrag.

Baubegleitung: Privatpersonen erhalten für die Baubegleitung bei der Sanierung von Ein- und Zweifamilienhäusern einen besonderen Zuschuss. Er beläuft sich in der Zuschussvariante auf 50 Prozent der Baubegleitungskosten, höchstens jedoch 1.000 Euro je Wohneinheit. Den Zuschuss für die Baubegleitung gibt es sowohl für die Darlehens-, als auch für die Zuschussvariante.

- **Kategorie B:** Die energetische Sanierung von vor 1994 errichteten Wohnhäusern wird gefördert, wenn eines von fünf Maßnahmenpaketen durchgeführt wird. Nur im Maßnahmenpaket 4 ist die Bestätigung durch einen Sachverständigen erforderlich. Es ist möglich, dieses

Förderprogramm mit weiteren öffentlichen Zuschussprogrammen zu kombinieren.

- Maßnahmenpaket 0: Wärmedämmung Dach, Außenwände, Kellerdecke sowie Erneuerung der Fenster
- Maßnahmenpaket 1: Austausch der Heizung sowie Wärmedämmung des Daches und der Außenwände
- Maßnahmenpaket 2: Austausch der Heizung, Wärmedämmung des Daches, Erneuerung der Fenster und Wärmedämmung der Außenwände
- Maßnahmenpaket 3: Austausch der Heizung, Erneuerung der Fenster und Wärmedämmung der Außenwände
- Maßnahmenpaket 4: Ein Sachverständiger wählt mindestens drei aus den folgenden sechs Maßnahmen aus: Wärmedämmung von Dach, Außenwänden, Kellerdecke, Fenstererneuerung, Heizungserneuerung oder Einbau einer Lüftungsanlage.

Darlehensvariante: Diese Variante bietet ein zinsvergünstigtes Darlehen für bis zu 100 Prozent der Investitionskosten einschließlich Nebenkosten, maximal jedoch 50.000 Euro je Wohneinheit.

Zuschussvariante: Statt eines Darlehens kann auch ein Zuschuss in Höhe von fünf Prozent der Investitionskosten gewählt werden, höchstens 2.500 Euro je Wohneinheit.

BAFA-Zuschüsse für erneuerbare Energien

Energiesparer können sich freuen: Das neue Marktanreizprogramm, das seit dem 1. Januar 2008 in Kraft ist, hat die Förderung von Heizungssystemen verbessert, die auf erneuerbaren Energien basieren. Wer seine Investitionen für Solarkollektoren, Biomasse-Anlagen oder Wärmepumpen nachweist, kann mit Zuschüssen rechnen. Dieser muss nachträglich, also nach Abschluss der Maßnahme beantragt werden. Es gilt eine Antragsfrist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt der Betriebsbereitschaft. Der Antrag ist nur zulässig, wenn das aktuelle Antragsformular gemeinsam mit einer Erklärung des Fachunternehmens und die Rechnungen vorliegen. Die entsprechenden Formulare sind im Internet unter www.bafa.de erhältlich.

- **Basisförderung:** Wer sich eine Warmwasser-Kollektoranlage zulegen möchte, kann mit einer Förderung von 60 Euro je Quadratmeter rechnen, mindestens jedoch 410 Euro. Wird eine bestehende Solaranlage erweitert, dann beträgt die Förderung 45 Euro je Quadratmeter. Bei Heizungsunterstützung erhöht sich die Förderung auf 105 Euro je Quadratmeter bis zu 40 Quadratmeter Kollektorfläche. Darüber hinausgehende Flächen werden mit 45 Euro gefördert, vorausgesetzt, der Pufferspeicher erreicht bestimmte Mindestgrößen. Pelletskessel über 5 kW Leistung (für luftgeführte Pelletsöfen gilt eine Grenze von mindestens 8 kW) werden mit 36 Euro je kW gefördert, mindestens mit 1000 Euro für Öfen mit Wassertasche, 2000 Euro für Pelletskessel, 2.500 Euro für Pelletskessel mit Pufferspeicher. Die Betreiber von Holzhackschnitzelheizungen erhalten 1.000 Euro Zuschuss, Scheitholzkessel 1.125 Euro. Für Luft/Wasser-Wärmepumpen im Neubau gibt es fünf Euro je Quadratmeter Wohnfläche Zuschuss, maximal 850 Euro, und bei Sanierung zehn Euro je Quadratmeter und maximal 1.500 Euro. Für Wasser/Wasser oder Sole/Wasser-Wärmepumpen erhält man zehn Euro je Quadratmeter Wohnfläche, maximal 2.000 Euro im Neubau und 20 Euro je Quadratmeter Wohnfläche, maximal 3.000 Euro bei Sanie-



Ein Plakat in Berlin wirbt für bessere Dämmung.

rung. Die Luft-Wasser-Wärmepumpen müssen eine Jahresarbeitszahl von 3,5 im Neubau und von 3,3 im Bestand erreichen, bei den anderen Wärmepumpen ist eine Arbeitszahl von 4,0 im Neubau und von 3,7 im Bestand Vorschrift. Strom- und Wärmemengenzähler sind vorgeschrieben (siehe Seite 28).

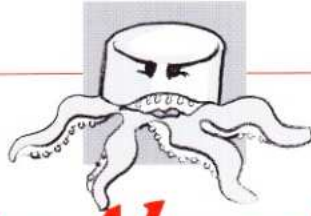
- **Effizienzbonus:** Die Basisförderung erhöht sich für Biomasse- und Solaranlagen um 50 beziehungsweise 100 Prozent, wenn das Gebäude eine gute Wärmedämmung aufweist:
 - 50 Prozent, wenn ein vor 1995 gebautes Haus die damals geltende EnEV-Werte einhält oder bei einem danach gebauten Haus um mindestens 30 Prozent unterschreitet.
 - 100 Prozent, wenn ein vor 1995 gebautes Haus die damals geltende EnEV-Werte um mindestens 30 Prozent unterschreitet oder bei einem danach gebauten Haus um mindestens 45 Prozent unterschreitet.
- **Kombinationsbonus:** Wer zusätzlich zu einer Solaranlage gleichzeitig eine Biomasseanlage oder Wärmepumpe anschafft, erhält zusätzlich zu der Basisförderung für die Solaranlage und für die Biomasseanlage einen Kombinationsbonus von 750 Euro. Kombinations- und Effizienzbonus sind nicht kombinierbar, man muss sich für eine der Förderungen entscheiden.
- **Kesseltauschbonus:** Wird gleichzeitig mit dem Bau einer Solaranlage zur Heizungsunterstützung erstmals ein Brennwärtekessel für Öl oder Gas angeschafft,

dann gibt es einen zusätzlichen Bonus von 750 Euro. Dieser Bonus kann nur bis zum 30. Juni 2008 beantragt werden. Auch diese Förderung kann nicht mit dem Effizienzbonus kombiniert werden.

- **Solarpumpen- und Umwälzpumpenbonus:**

Wer beim Bau einer Solaranlage darauf achtet, eine besonders effiziente Solar Kollektorpumpe einzusetzen, etwa durch eine permanent erregte EC-Bauweise, kann mit einem Zuschuss von 50 Euro rechnen. Wird im Zusammenhang mit der Errichtung einer Solarkollektoranlage oder einer Biomasseanlage eine besonders effiziente Heizungsumwälzpumpe eingebaut (Effizienzklasse A des Herstellers), dann gibt es 200 Euro Zuschuss, wenn zugleich ein hydraulischer Abgleich der Anlage erfolgte.

- **Innovationsbonus:** Besonders effiziente Solaranlagen für Wohnhäuser ab drei Wohneinheiten oder Solaranlagen für Prozesswärme oder Kühlung zwischen 20 und 40 Quadratmetern Größe erhalten 210 Euro Förderung je Quadratmeter.
- Biomasseanlagen mit Brennwertnutzung oder bestimmten Partikelabscheidetechniken erhalten einen Zusatzbonus von 500 Euro.
- Für Wärmepumpen mit einer Arbeitszahl von 4,7 im Neubau und 4,5 im Bestand erhöht sich die Förderobergrenze um 50 Prozent. Die Innovationsförderung ist nicht mit anderen Bonus-Förderungen kombinierbar.



Das dreiste Abzocker-Kartell

Das Bundeskartellamt hat gegen sieben Flüssiggasunternehmen sowie deren Geschäftsführer Bußgelder in Höhe von insgesamt knapp 208 Millionen Euro wegen Kundenschutzabsprachen verhängt. Der Bund der Energieverbraucher prüft nun, ob betroffene Verbraucher einen Anspruch auf Rückzahlungen haben.

Davon konnten die Kunden von Flüssiggasunternehmen jahrelang nur träumen. Schon im Mai 2005 waren bei einer ganzen Reihe Flüssiggasunternehmen belastende Unterlagen sichergestellt worden. Deren Auswertung hat jetzt ergeben, dass sich die führenden Flüssiggasanbieter, insbesondere die Mitglieder des Deutschen Verbandes Flüssiggas e. V. (DVFG), seit mindestens 1997 darauf verständigt hatten, gegenseitig keine Kunden abzuwerben. Mitarbeiter durften Klienten von Wettbewerbern nicht ansprechen. Wer den Anbieter wechseln wollte, erhielt auch auf Nachfrage gar keinen Preis oder nur einen überhöhten „Abschreckungspreis“ genannt.

Diese verbotene Kartellabsprache im Tankgasgeschäft sicherte ein System von „Wettbewerbsmeldungen“: Die Unternehmen informierten sich gegenseitig über Kundenanfragen beziehungsweise

sorgten für eine Kompensation für den Fall, dass sich Kunden partout nicht von einem Lieferantenwechsel abhalten ließen. Als Meldestelle diente das von mehreren Kartellbeteiligten gemeinschaftlich betriebene Transportunternehmen Transgas, bei Flaschengas über sogenannte Flaschenpools. Damit ergab sich bei den an der Absprache beteiligten Unternehmen – diese machen etwa die Hälfte des deutschen Marktes aus – ein Preisniveau, das weit über den Tarifen kleinerer, sogenannter freier Anbieter lag. Obwohl Flüssiggas ein ebenso homogenes Gut ist wie beispielsweise Heizöl, ergaben sich durch die Kartellabsprachen Preisunterschiede von bis zu 100 Prozent.

Großer Schaden für Verbraucher

Kartellamtspräsident Bernhard Heitzer kritisiert: „Durch die Kundenschutzabsprachen wurden die Verbraucher über viele Jahre hinweg in erheblicher Weise geschädigt. Dies gilt gerade für die Kunden, die einen Miettank der etablierten Flüssiggasanbieter nutzen. Sie waren den überhöhten Preisen schutzlos ausgeliefert.“

Bei den betroffenen Unternehmen handelt es sich um die folgenden Unternehmen:

- Drachen-Propangas GmbH, Frankfurt
- Friedrich Scharr KG, Stuttgart
- Progas GmbH & Co KG,
- Dortmund Primagas GmbH, Krefeld
- Sano-Propan GmbH, Nürnberg
- Tyczka Energie KGaA und
- Tyczka Totalgaz GmbH, Geretsried

Gegen vier weitere Unternehmen sind noch Verfahren anhängig. Bei den am Kartell beteiligten Unternehmen handelt es sich zum Teil um deutsche Tochtergesellschaften von europaweit agierenden Flüssiggas- und Mineralölunternehmen. Nach einer Durchsichtung der betroffenen Betriebe hat das Bundeskartellamt keinen

Zweifel mehr daran, dass die beschuldigten Flüssiggashändler vorsätzlich gehandelt haben.

Bußgeldberechnung

Das Bundeskartellamt hat die Bußgelder nach der Mehrerlösberechnung ermittelt. Dabei hat es die Preise der freien Anbieter als Maßstab für die Berechnung der durch das Kartell erzielten erheblichen Mehrerlöse genommen. Mit seinem Bußgeld blieb das Kartellamt deutlich unter dem tatsächlich nachweisbaren Schaden, um vor Gericht keine Niederlage zu riskieren. Der Bund der Energieverbraucher hatte dem Kartellamt seine regelmäßigen Preisnotierungen der freien Anbieter zur Verfügung gestellt und damit wesentlich zum Erfolg des Verfahrens beigetragen.

Die Bußgeldbescheide sind noch nicht rechtskräftig. Es ist mit länger andauernden rechtlichen Auseinandersetzungen zu rechnen, bevor die Bußgeldbescheide Rechtskraft erlangen.

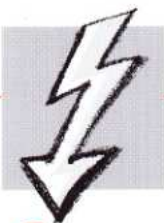
Ansprüche der Verbraucher

Den durch das Kartell geschädigten Verbrauchern steht nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen § 33 Abs. (3) ein Ersatz des Schadens zu. Solche Kartellverfahren sind jedoch sehr teuer und schwierig zu führen. Voraussetzung ist ein konkreter Nachweis des verursachten Schadens. Der einzelne Verbraucher kann dies kaum bewerkstelligen und hat deshalb praktisch keine Chancen, seinen Anspruch durchzusetzen. Der Bund der Energieverbraucher versucht, die Ansprüche betroffener Mitglieder zusammenzufassen und in der Summe durch ein Gerichtsverfahren oder außergerichtlich geltend zu machen.

Betroffene Verbraucher sollten sich im Internet melden und ihre Adresse hinterlegen unter <http://fluessiggasgeldzurueck.energieverbraucher.de>



Jahrelang 100 Prozent zu viel gezahlt



Wechseln oder protestieren?

Die Strom- und Gaspreise steigen stetig. Immer mehr Verbraucher stellen sich die Frage, ob und wie sie durch einen Wechsel des Strom- und Gasanbieters sparen können. Die Energiedepesche erklärt, wann sich Wechseln lohnt, was man dabei beachten muss und welche Alternativen es gibt.

Ein Anbieterwechsel ist einfach und spart Geld. Aber Achtung: Wer bisher seinem Anbieter treu geblieben ist und jetzt kündigt, der gibt mit der Kündigung des bisher geltenden Vertrags unwiderbringlich eine wichtige Rechtsposition auf. Eine Alternative zum Wechsel des Anbieters ist der Preisprotest. Durch den Protest kann man mehr „sparen“ als durch einen Wechsel, geht aber auch ein höheres Risiko ein. Wer sich für den Anbieterwechsel entscheidet, der akzeptiert den Preis des neuen Anbieters und kann dagegen nicht mehr protestieren.

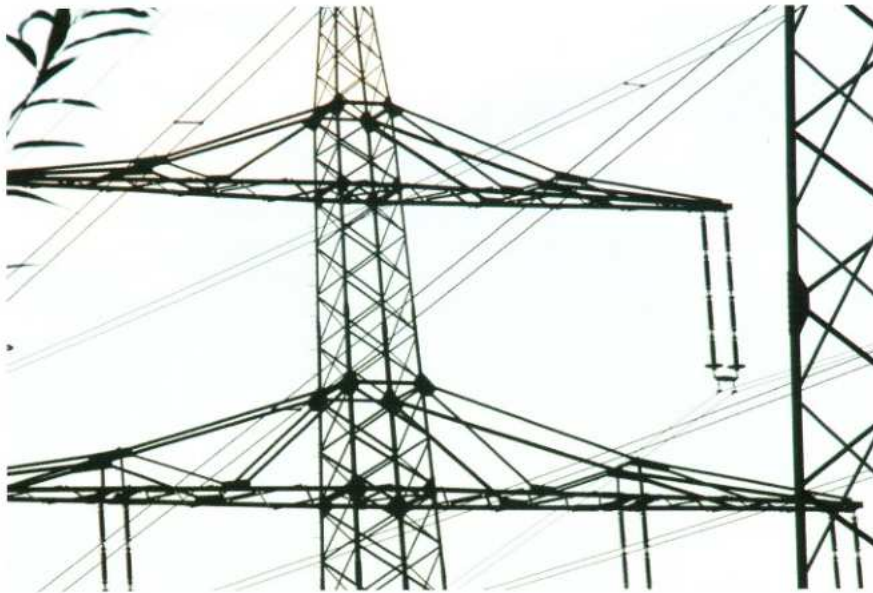
Protest

Beim Preisprotest kürzt man nach vorhergehender Prüfung und Mitteilung an den Versorger dessen Rechnung. Besteht der Versorger auf Zahlung des vollen Betrags, dann muss er vor Gericht gegen den Verbraucher klagen. Das Gesetz verbietet jedoch, dass ein Anbieter solchen Verbrauchern die Strom- oder Gasversorgung sperrt. Es ist eher unwahrscheinlich, dass der Versorger überhaupt eine Klage anstrengt und dabei auch vor Gericht siegt.

Tausende Verbraucher protestieren seit dem Jahr 2004 erfolgreich gegen Preiserhöhungen. Sie bilden eine große Gemeinschaft, die der Bund der Energieverbraucher und viele Verbraucherzentralen unterstützen. Die 2004 gekürzten Beträge sind inzwischen verjährt und können nicht mehr eingeklagt werden (siehe Seite 32). Viele Verbraucher haben sich jedoch einschüchtern lassen und nach anfänglichem Protest später doch den verlangten Betrag bezahlt.

Gesetzliche Grundlage des Protests sind die Paragraphen 307 und 315 des Bürgerlichen Gesetzbuchs:

Wenn der Versorger einseitig die Preise festsetzt, dann sind die neu festgesetzten Preise erst zur Zahlung fällig, wenn der Versorger nachgewiesen hat, dass die neuen Preise der Billigkeit entsprechen.



Durch einen Versorgerwechsel wird dem Preisprotest zunächst die Grundlage entzogen.

Das gilt auch dann, wenn der Verbraucher den Anbieter wechseln kann. Vor einer Billigkeitsprüfung ist zu klären, ob der Versorger überhaupt das Recht zu einer Preisneufestsetzung hatte. Ferner wird geprüft, ob eine eventuell im Vertrag vorhandene Preisklausel überhaupt den gesetzlichen Anforderung entspricht. Tut sie das nicht, dann ist sie ungültig und ebenso die darauf gestützte Preiserhöhung. Die Rechtslage ist wegen des neuen Energiewirtschaftsgesetzes neu, komplex und unübersichtlich. Deshalb entscheiden die Gerichte bis zum Bundesgerichtshof hin derzeit höchst unterschiedlich. Der Ausgang eines Gerichtsverfahrens ist deshalb derzeit kaum vorhersehbar. In vielen Gerichtsverfahren unterlagen die Versorger, in anderen Fällen entschieden die Juristen entgegen der Verbraucherinteressen (siehe Seiten 9 und 32).

Neue Verträge unterschreiben?

Fast alle Versorger wollen ihre Kunden in neue Verträge mit oft kurzer Laufzeit locken und drängen die Verbraucher mit

unterschiedlichsten Argumenten. Unterschreibt der Verbraucher, dann kann er danach weder die Berechtigung zur Preisfestsetzung noch den Preis selbst anzweifeln oder dessen Zahlung verweigern oder hinauszögern. Schließlich hat er Preis und Vertrag freiwillig akzeptiert.

Nähere Informationen gibt es im Internet unter <http://vertragsaenderung.energieverbraucher.de>

Unterschrift geleistet?

Wer aus Unwissenheit oder aus Scheu vor einer rechtlichen Auseinandersetzung einen neuen Vertrag unterschrieben hat, dem bleibt nur noch eine Möglichkeit: konsequent das jeweils beste Angebot zu nutzen.

Vorsicht „Kleingedrucktes“

Das beste Angebot entspricht nicht immer dem günstigsten. Neben dem Preis spielen auch die Vertragslaufzeit und das „Kleingedruckte“ eine wichtige Rolle. Welche Vollmachten gibt man dem Versorger? ■



Wechseln – aber richtig!

Wer den Strom- oder Gasanbieter wechselt, sollte Folgendes berücksichtigen:

Auch durch einen Anbieterwechsel entgeht man den überhöhten Preisen nicht. Denn auch beim neuen Anbieter liegen die Kosten für den Kauf von Strom und Gas zu hoch. Gleiches gilt für die Netzentgelte.

Wann kann ich zu einem neuen Anbieter wechseln? Enthält mein derzeitiger Vertrag möglicherweise eine Kündigungsfrist oder eine Mindestlaufzeit wie beim Handy-Vertrag?

Richtig wechseln

- **Keine Verträge mit Vorauszahlungen oder Kauttionen abschließen.** Anbieter meiden, die solche Verträge anbieten!
- **Paketpreise vermeiden, da ungenutzte Mengen verfallen und zusätzliche Mengen teurer nachgekauft werden müssen.**
- **Gibt es eine Preisgarantie oder einen Festpreis und für welche Preisbestandteile gilt die Preisgarantie? Wie lange gilt der vereinbarte Preis?**
- **Gehört der neue Anbieter zu einem der alten Monopolisten? (Yello gehört zu EnBW, Eprimo zu RWE, E wie einfach zu E.on).** Wer seinen bisherigen Versorger durch einen Wechsel abstrafen will, sollte lieber einen anderen Anbieter wählen.
- **Nach einem Anbieterwechsel ist der BGB § 315 bis zur nächsten Preiserhöhung nicht anwendbar.**
- **Nicht nur auf den Preis achten! Versorger mit guten Ideen, Anbieter aus der Region, Unternehmen, die sich für die Umwelt engagieren, Versorger mit einsparfreundlichen Tarifen und kundenfreundliche Anbieter verdienen Ihr Vertrauen!**

So wird es gemacht:

Im bisherigen Liefervertrag prüfen, ob man den Anbieter wechseln kann. Wer keinen Vertrag hat und noch nie gewechselt hat, der hat das Recht, zum Ende des nächsten Monats den Anbieter zu wechseln. Informationen über alternative Anbieter sammeln und gründlich auswerten.

Sonderfall Fernwärme

Leider können Fernwärmekunden den Anbieter nicht wechseln. Auch ein Preisprotest gestaltet sich schwieriger als bei Strom und Gas, weil die Lieferverträge meist eine Preisklausel enthalten, die den Preis der Billigkeitsprüfung entzieht. Eine genaue Prüfung ist deshalb zu empfehlen. Siehe jedoch Fernwärmeurteil auf Seite 24.

Preisrechner im Internet

Es gibt zahlreiche Preisrechner im Internet, die einen guten Überblick über die Versorger und ihre Angebote liefern. Der populärste und aktuellste davon ist www.verivox.de. Der Bund der Energieverbraucher empfiehlt den Preisrechner www.energieverbraucherportal.de. Dieser Rechner arbeitet unabhängig von Anbieterprovisionen und gibt klare Bewertungen, die nicht nur den Preis berücksichtigen, sondern auch Service, Umweltaspekte und Regionalität. Achtung: Es gibt auch Preisrechner im Internet, bei denen für eine Abfrage 59,95 Euro kassiert wird, so zum Beispiel www.stromverbrauch.de.

Hände weg von Dumpingangeboten!

Es gibt Billigstanbieter von Strom, von denen der Bund der Energieverbraucher ausdrücklich abrät, zum Beispiel Teldafax und Flexstrom. Dank ihrer Tiefpreise erfreuen sich diese Unternehmen eines regen Zulaufs. Sie bieten Strom mit Vorkasse oder Kautions an, dessen Lieferung nicht kostendeckend kalkuliert sein dürfte. Die Lieferung von Strom basiert, so muss vermutet werden, auf der Vorkasse einer großen Menge Neukunden. Versiegt dieser Zustrom, dann steigen die Preise auf das übliche Niveau. Viele Kunden berichten von saftigen Preisanhebungen am Tag nach der Vertragsunterzeichnung – ungeachtet der zugesicherten Preisgarantie. Auch ist die Servicequalität wegen der vielen Neukunden und der dünnen Personaldecke mangelhaft. Zudem häufen sich Klagen über fragwürdige Vertriebs-

methoden. Wen dies noch nicht überzeugt hat, der sollte vor der Unterschrift in zahlreichen Internetforen nachlesen, was ihm als Kunde bevorsteht.

Wer bereits unterschrieben hat, dem bleibt außer einer sofortigen Vertragskündigung nur die Hoffnung auf eine Lieferung des bereits bezahlten Stroms.

Versorgungssicherheit

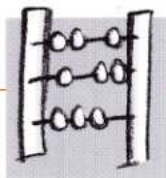
Wer den Versorger wechselt, braucht um Strom- oder Gaslieferungen nicht zu fürchten. Selbst wenn im schlimmsten Fall ein neuer Anbieter vom Markt verschwindet, übernimmt der örtliche Grundversorger die Stromlieferung – allerdings meist zu einem höheren Preis.

Sondertarife: Nachtstrom, Heizstrom, Wärmepumpenstrom

Wer zu Sonderkonditionen versorgt wird, zum Beispiel einen Zweitarifzähler hat, Wärmestrom oder Wärmepumpenstrom bezieht, der verliert diese Sonderkonditionen durch einen Anbieterwechsel. Denn der neue Anbieter bietet nur normalen Haushaltsstrom ohne Sonderkonditionen. Deshalb müssen Betroffene in diesen Fällen genau überlegen, ob sich ein Anbieterwechsel lohnt. Zudem ist ein Preisprotest in diesen Sonderfällen besonders aussichtsreich, weil die fehlende Wechselmöglichkeit die Versorger in besonderer Weise dazu verpflichtet, bei Preiserhöhungen deren Billigkeit nachzuweisen. Eine Reihe von Gerichtsurteilen hat dieser besonderen Situation bereits Rechnung getragen.

Gemeinschaftsbezug

Der gemeinsame Stromeinkauf bringt für Privatkunden keine Preisvorteile. Bestenfalls bieten manche örtliche Versorger Rabatte für Vereine oder Personengruppen an, über die man verhandeln kann. Der gemeinsame Gasbezug in größeren Wohnblocks kann dagegen zu deutlichen Preiseinsparungen in der Größenordnung von 30 Prozent führen. ■



Kunden müssen nicht nachzahlen

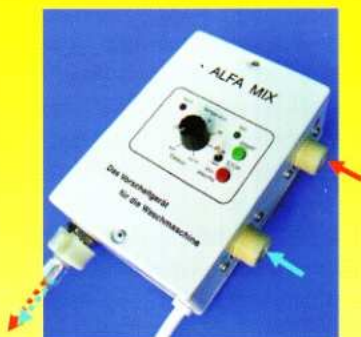
Fernwärmekunden in Lübeck schulden den Stadtwerken kein Geld, wenn sie keinen Liefervertrag geschlossen haben. Das hat das Oberlandesgericht Schleswig in letzter Instanz entschieden.

Die Lübecker Stadtwerke haben in den Jahren 1998 bis 2001 über ein Heizungs-Contracting die Wärmeversorgung von vielen tausend Wohnungen übernommen. Der Versorger hatte einen entsprechenden Vertrag mit den Wohnungsunternehmen abgeschlossen. Die Mieter wurden lediglich darüber schriftlich informiert oder auf Mieterversammlungen beruhigt, dass sie der Wechsel nicht teurer zu stehen käme, als die bisherigen Kosten für Heizung. Doch dann folgte der Lübecker „Fernwärme-Preisschock“: Die Heizkosten stiegen für viele um 100 bis



Moderiert den Protest in Lübeck: Gunhild Duske

ALFA MIX Waschen mit Sonnenwärme



ALFA MIX – Das Vorschaltgerät für die Waschmaschine

ALFA MIX speist die Waschmaschine mit warmem Wasser aus Solaranlagen und anderen umweltfreundlichen Wärmequellen. Ein 4-Personen-Haushalt kann damit mehr als 300kWh Strom im Jahr einsparen. Mit ALFA MIX wird Solarwärme wirtschaftlicher nutzbar. Für Waschmaschinen mit Startzeitvorwahl auch in der Version Autostart.

Umweltschonende Technik
OLFS & RINGEN

Richtweg 4 • 27412 Kirchtimke
Tel. 04289-926692 • Fax 04289- 926693
info@olfs-ringen.de • www.olfs-ringen.de

200 Prozent. Es handelte sich dabei um Gebäudekomplexe aus den 60er- und 70er-Jahren mit äußerst mangelhafter Wärmedämmung. Teilweise waren sie mit Einrohrsystemen an die Fernwärme angeschlossen worden – also wahre Energieschleudern. Außerdem waren die Fernwärmepreise seit der Privatisierung der Stadtwerke erheblich gestiegen. Viele Mieter gerieten durch die hohen Nachzahlungen in die Schuldenfalle. Die Betroffenen gingen deshalb auf die Barrikaden. Ein Schlichtungsversuch des Bundes der Energieverbraucher scheiterte. Es folgte ein jahrelanger Rechtsstreit, vorbereitet vom „Fernwärmestammtisch“ mit Mietern, Anwälten, dem örtlichen Mieterbund und dem Bund der Energieverbraucher. Dieser Streit nahm nun einen für Verbraucher erfreulichen Ausgang.

Sieg vor Gericht

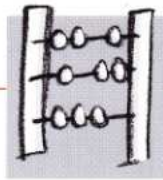
Ausgangspunkt des Gerichtsverfahrens war eine Klage der Stadtwerke gegen einen Mieter auf Zahlung der offenen

Rechnung für Fernwärme, Abwasser und Wasser aus den vergangenen Jahren.

Das Landgericht Lübeck hat entschieden, dass die Stadtwerke keinen Anspruch auf den Rechnungsbetrag haben, weil es zwischen dem Mieter und den Stadtwerken gar kein Vertragsverhältnis gibt (Urteil vom 13. September 07, Az 10 O 381/06). Gegen dieses Urteil gingen die Stadtwerke siegessicher in Berufung. Das OLG Schleswig hat nun dieses Urteil mit einem nicht anfechtbaren Beschluss vom 10. Januar 2008 bestätigt (Az 1 U 126/07). Das Urteil ist damit rechtskräftig.

Konsequenzen

Das Urteil betrifft tausende Fernwärmekunden in Lübeck und anderswo, denn betroffene Mieter haben in der Vergangenheit ohne Rechtsgrund ihr Geld an die Stadtwerke überwiesen. Die Stadtwerke sind in allen gleich gelagerten Fällen nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch § 812 Abs. (1) zur Herausgabe dieses Geldes verpflichtet. *G. Duske/A. Peters* ■



Des Guten zuviel?

Die Energieversorger verdienen deutlich besser als andere Branchen und haben zugleich ein viel geringeres Risiko.

Wie entwickeln sich die Gewinne der Energieversorger im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen? Verdienen die Energieversorgungsunternehmen (nachfolgend EVU genannt) besser oder schlechter als andere Branchen? Diese Frage ist vor allem deshalb interessant, weil Strom- und Gaskonzerne gelegentlich behaupten, dass sie im Vergleich zu anderen Branchen nur unterdurchschnittlich verdienen. Versorger nannten beispielsweise die BASF und die Norddeutsche Affinerie – beide Unternehmen würden deutlich mehr Gewinne einfahren als die Energieriesen.

E.on-Renditen im Vergleich

Zunächst vergleichen wir deshalb das DAX-notierte Unternehmen E.on mit den beiden angeblichen Spitzenverdienern.

Ein aussagekräftiger Vergleich ist anhand von spezifischen Kennzahlen möglich, die sich nicht auf die absolute Höhe der Gewinne beziehen, sondern diese ins Verhältnis setzen. Die Umsatzrendite (UR: Wieviel Gewinn wurde mit jedem Euro Umsatz erzielt) kennzeichnet die Rentabilität eines Unternehmens.

Diese wurde für die letzten beiden verfügbaren Geschäftsjahre aus den jeweiligen Konzern-Geschäftsberichten ermittelt (Angaben vor Steuern, für 2007 liegen noch keine Zahlen vor):

Umsatzrenditen		
	2005	2006
E.on AG	13,00	12,03
BASF	13,60	12,80
N. Affinerie	5,20	5,80

Tatsächlich liegt die UR der BASF geringfügig über der von E.on. Die Erklärung liegt in der Sparte „Öl und Gas“ mit ungewöhnlich hohen UR von 31,5 Prozent für 2005 und 30,4 Prozent für 2006.



Versorger verdienen an jedem Umsatz-Euro rund zehn Cent, in der übrigen Wirtschaft sind zwei bis drei Cent üblich.

Vergleich mit anderen Industriezweigen

Die durchschnittlichen Umsatzrenditen der Industrie liegen zwischen 1,5 und drei Prozent. Nach Angaben des Handelsblatt hatten die deutschen TOP-Konzerne im Jahr 2005/2006 eine UR von durchschnittlich etwa fünf Prozent. Die Umsatzrendite nach Steuern sank im Schnitt von 5,4 auf 4,7 Prozent.

Die BASF liegt mit insgesamt 6,6 Prozent weit hinter E.on mit 8,1 Prozent.

Nur der „Ausreißer“ SAP (Software) mit 19,9 Prozent vermag die UR von E.on zu übertreffen. In 2007 hat sich der E.on-Gewinn nahezu verdoppelt. Auch RWE ist mit sechs Prozent im oberen Bereich dabei. Vattenfall und EnBW gehören nicht zum DAX, weshalb keine Daten vorliegen.

Fazit

Die deutschen EVU wie E.on und RWE verdienen überdurchschnittlich gut. Wegen der marktbeherrschenden Stellung dieser Unternehmen bei der Erzeugung, der Verteilung und dem Vertrieb ist das Geschäft frei von einem ernstzunehmenden unternehmerischen Risiko.

Die Kombination aus geringem Risiko mit überdurchschnittlicher Rendite zeichnet auch viele kleinere Versorgungsunternehmen aus.

Diese Unternehmen verfügen durchweg über ein Monopol bei der Verteilung von Strom oder Gas und als Grundversorger über eine marktbeherrschende Stellung beim Vertrieb.

Diese Kombination ist einzigartig im Wirtschaftsleben. ■

Gunnar Harms



Der grüne Schein

Es grünt so grün in Kassel und in Freiburg: Dort haben Energieversorger angekündigt, künftig nur noch Ökostrom auszuliefern. Wie grün das Versprechen wirklich ist, analysieren Wolfgang Irrek und Dieter Seifried.

Ende Oktober 2007 verkündete die Stadt Kassel, dass sie ab sofort ausschließlich auf erneuerbare Energie setzt. Statt Atomkraft beziehen die Verbraucher seit her ausschließlich Ökostrom aus skandinavischer Wasserkraft. Kassel sei damit die erste deutsche Großstadt, die komplett auf regenerative Energien umstelle, rühmte der Chef der Stadtwerke, Andreas Helbig.

Der Regionalversorger badenova packte kurz vor Weihnachten sein Weihnachtsgeschenk ein und kündigte für 1. Januar 2008 an, für seine Haushaltskunden und Kleinbetriebe ebenfalls nur noch atomstromfreien Ökostrom zu liefern – und dies bei konstanten Preisen. Der Vorstandsvorsitzende von badenova, Thorsten Radensleben, bezeichnete diese Neuerung als „die umfassendste Neuausrichtung unseres Stromangebots, seit es badenova gibt.“ Andere Energieunternehmen haben ähnliche Umstiege verkündet.

Grüner Etikettenschwindel

Trotzdem sind Kassel und Freiburg leider keine Beispiele dafür, wie kostengünstig Klimaschutz sein kann. Stattdessen zeigen werbewirksame Aktionen, wie durch das bloße Umdeklariieren von Strommengen scheinbare Fortschritte für Klima- und Umweltschutz erzielt werden – während die Stromlieferanten in Wirklichkeit das Klima nach wie vor belasten und die vorhandenen Strukturen in der Stromwirtschaft weiter zementieren.

Es besteht sicher kein Zweifel daran, dass der Strom, den die Stadtwerke Kassel nach der neuen vertraglichen Regelung beziehen, aus Wasserkraftwerken stammt. Der Haken liegt auf einer anderen Ebene: Die betreffenden Wasserkraftwerke produzieren schon länger Strom. Nur wurde er bisher an andere Kunden verkauft – als gewöhnlicher „Normal“-Strom. Der vermeintlich glorreiche Vertragsabschluss zwischen den Stadtwerken Kassel und



Wolfgang Irrek



Dieter Seifried

dem Stromkonzern Vattenfall führt nicht dazu, dass seit Vertragsabschluss mehr Strom aus Wasserkraft ins Netz fließt.

Der Verkäufer beziehungsweise Erzeuger speist dieselbe Menge Strom ins Netz ein wie bisher. Es ändert sich lediglich die Zuteilung auf dem Papier.

Durch den Strombezugswechsel der Stadtwerke Kassel ist die Stromerzeugung insgesamt und damit auch der Strom für die Kasseler Tarifkunden (Haushalte und alle sonstigen Kunden außer Industrie) nicht sauberer als vorher, auch wenn die Stadtwerke dies glauben machen wollen.

Diese Tatsache kann auch nicht durch die Zertifizierung des Stroms umgebogen werden. Die Stadtwerke Kassel lassen ihre Wasserkraftstrommengen über „RECS“ vom Öko-Institut zertifizieren. RECS steht für Renewable Energy Certificates System (Zertifikatssystem für regenerative Energien). Diese Zertifizierung stellt europaweit sicher, dass die Firma nicht mehr Wasserkraftstrom verkauft, als sie produ-

ziert, und dient als Herkunftsnachweis. Sie gibt jedoch keine Auskunft über einen etwaigen (zusätzlichen) Umweltnutzen des Stromprodukts.

Grüne Mogelpackung

Leider werden die Zusammenhänge den Kunden nur unvollständig vermittelt – was ja auch verständlich ist, denn warum sollten die Stadtwerke Kassel ihren Kunden erläutern, dass der große Deal eigentlich nur eine Mogelpackung ist, da der Kunde lediglich einen „umverpackten“ Strom erhält.

Wie sieht es im Falle badenova aus? Das Unternehmen hat publikumswirksam einen Teil seines Strombezugs auf Wasserkraft aus der Schweiz und „vom Hochrhein“ umgestellt. Außerdem hat der Versorger einen simplen Rechenrick angewendet: Nach wie vor bezieht es Atomstrom, liefert diesen aber nunmehr ausschließlich an Industriekunden. Die Auswirkungen auf die Umwelt sind gleich Null.

Erschlichene Imagereparatur

Die Stadtwerke Kassel erhoffen sich von der Kooperation mit Vattenfall „eine höhere Kundenbindung“. Der in Deutschland in Umweltbelangen heftig in der Kritik stehende Vattenfall-Konzern bindet mit dem Vertrag langfristig einen Kunden an sich und kann sein angeschlagenes Umweltimage etwas aufpolieren – ohne die Auslastung und den Betrieb seiner umstrittenen Braunkohle- und Atomkraftwerke zu ändern.

Badenova versucht mit seinem „Ökostrom“ die Abwanderung von Kunden an Öko-Stromanbieter zu unterbinden – ganz im Interesse des grünen OB Salomon, der das Weihnachtsgeschenk als „riesigen Schritt für den Klimaschutz“ bezeichnet (Badische Zeitung vom 15. Dezember 2007).

Falscher Ökostrom schadet der Umwelt

Nun könnte man ja geneigt sein zu sagen: Na gut – der Deal hat zwar nichts gebracht, schadet jedoch auch nicht. Das ist leider anders, denn es droht durchaus Schaden auf mehreren Ebenen:

Manch umweltbewusster Kasseler oder Badener Stromkunde könnte der Werbung der Anbieter aufsitzen und weniger auf den sparsamen Umgang mit Strom achten. Warum sollte der Computer nicht bis zum nächsten Morgen im Stand-by-Modus verweilen, schließlich fließt ja grüner Strom durch die Leitung? Doch jede Kilowattstunde, die der Kunde zusätzlich verbraucht, stammt letztlich aus einem Kohle- oder Gaskraftwerk, denn der gesamte Strom aus regenerativen Quellen fließt bereits ins Netz. Die zusätzliche Nachfrage muss durch fossile Kraftwerke abgedeckt werden, auch wenn die Stadtwerke einen Ökostromvertrag haben. Umgekehrt muss jede eingesparte Kilowattstunde auch nicht mehr aus fossilen Energieträgern produziert werden.

Würde man der Darstellung der Stadtwerke folgen, wären Elektroheizungen die saubersten Heizsysteme. Auch wäre jede neue eigene KWK-Anlage schlechter als der bezogene Ökostrom. Dem ist jedoch nicht so: Kraft-Wärme-Kopplung liefert, anders als der Ökostrombezug, in der heutigen Situation der Energiewirtschaft einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion der klimarelevanten Emissionen.

Doch wie sollen die Energieversorger glaubhaft für den Ausbau der KWK werben, wenn man „zertifizierten“, auf dem Papier absolut atomstromfrei und klimaneutralen Ökostrom zum gleichen Preis kaufen kann wie Normalstrom?

Fehlt nur noch, dass in der nächsten städtischen CO₂-Bilanz für Kassel oder Freiburg die Klimaemissionen für den Stromverbrauch der Tarifkunden auf Null gesetzt werden. Die logische Folge: Klimaschutzziel erreicht – ohne dass sich für das Klima was geändert hätte.

Wo steht das Grünstromkonzept heute?

Bundesweit gibt es über 100 Grünstromangebote, die man teilweise nur regional beziehen kann. Trotz des hohen Angebots ist die Bedeutung des grünen



Der große Bluff: Der vermeintliche Bezug von Ökostrom

Stroms bislang relativ gering geblieben. Bislang beziehen weniger als fünf Prozent aller Haushalte grünen Strom.

Neben dem Direktbezug von Ökostrom (Händlermodell; z. B. „regiostrom basis“ von badenova) gibt es Grünstromangebote, die die regenerativen Energiequellen über Förderaufschläge voran bringen (Fondsmodell). Indem diese Fördermittel (im Falle badenova 1,8 Cent/kWh beim Produkt „regiostrom aktiv“) in neue Anlagen investiert werden, wird der Bau von regenerativen Energiequellen beschleunigt. Auch hier wäre zu klären, ob diese Anlagen nicht auch ohne diese zusätzliche Förderung entstanden wären. Das Konzept konnte jedoch im Vergleich zur kostenorientierten Vergütung im Rahmen des Erneuerbaren Energiegesetzes bislang nur eine sehr bescheidene Wirkung erlangen, da nur relativ wenige Kunden bereit sind, für sauberen Strom freiwillig mehr zu bezahlen.

Wer profitiert vom Ökostromkauf?

Der Kauf von grünem Strom ist Vertrauenssache. Bei Ökostrom ist eine Bewertung des Produktes und des Anbieters notwendig, um zu einer guten Entscheidung zu gelangen.

Die Stadtwerke Kassel schlossen einen Stromvertrag mit dem drittgrößten deutschen Stromversorger Vattenfall ab, der in den letzten Jahren in Deutschland durch einen Ausbau der hochgradig klimaschädlichen Braunkohlekraftwerke und durch die Störfälle seiner Atomkraftwerke aufgefallen ist.

Im Fall badenova unterstützt der Kunde ein Unternehmen, das zu 49 Prozent der Thüringer Gasgesellschaft (Thüga) gehört, die wiederum eine 100-prozentige Tochter des E.ON-Konzerns ist (www.eon-energie.com). Von jedem Euro, der als Gewinn in die Kasse von badenova gespielt wird, werden 49 Cent an den größten

Stromkonzern weitergeleitet, der im übrigen offensiv für den Ausbau der Atomenergie wirbt.

Der Wechsel zu einem „echten“ Ökostromanbieter, der ausschließlich oder besonders aktiv für eine Energiewende und umfassende Strategie der Minimierung von Großrisiken (Klimawandel, Kernkraft) eintritt, bildet dagegen ein echtes Gegengewicht in der Strombranche. Das führt langfristig dazu, dass auch die Großen der Branche ihre Geschäftspolitik anpassen müssen. Die Nachfrage nach Ökostrom erzeugt das Bewusstsein, dass Stromverbrauch hohe klimarelevante Emissionen (oder Risiken durch Atomenergie) verursacht und die Kunden durch einen Wechsel zum Ausdruck bringen, dass sie dies ändern wollen. Ob und in welchem Umfang durch den Wechsel zu einem Ökostromanbieter tatsächlich zusätzlicher Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt und Emissionen der konventionellen Stromerzeugung vermindert werden, kann man nur im Einzelfalle durch eine genaue Analyse der getätigten Investitionen der Energieversorger ermitteln.

Neben dem Wechsel zu einem „echten“ Ökostromanbieter gibt es für die Verbraucher auch risikolose Wege, die Stromversorgung sauberer zu machen: sie können im eigenen Haushalt Energie sparen, eine Solaranlage auf dem Dach installieren oder sich an Bürgerprojekten für Energieeinsparung oder für Windkraft- und Solaranlagen beteiligen. Bei diesen Optionen handelt es sich in der Regel um Maßnahmen, die sich langfristig lohnen.

Profitabler Klimaschutz ist möglich – aber nicht über die simple Umverpackung von Strom. ■

Die Autoren freuen sich über Kommentare zum Artikel und bitten um Korrespondenz an die E-Mail-Adressen Seifried@oe2.de und Wolfgang.Irrek@wupperinst.org



Erdreich-Wärmepumpen zahlen sich aus

Wärmepumpen genießen einen guten Ruf. Doch wie alltagstauglich arbeiten sie? Die Lokale Agenda 21-Gruppe Energie im badischen Lahr hat genau nachgemessen und kommt zu dem Schluss, dass die Energieausbeute sehr stark davon abhängt, welche Wärmequelle man anzapft: Ergebnis: Nur die Erdreich-Wärmepumpen sparen wirklich Energie.

„Mit 100 Prozent Sonne heizen“, mit solchen Werbeversprechen locken die Hersteller von Wärmepumpen umwelt- und preisbewusste Kunden. Die Praxis sieht völlig anders aus. Das zeigt die Felduntersuchung in Lahr. Die lokale Agenda 21-Gruppe hat gemeinsam mit der Energieagentur Offenburg die Leistung von Wärmepumpen erfasst. Badenova und das E-Werk Mittelbaden unterstützen das Projekt finanziell.

Die Lahrer Forscher nahmen 33 Ein- und Zweifamilienhäuser mit Wärmepumpenheizung von elf Herstellern und fünf Wärmepumpen für die Warmwasserbereitung unter die Lupe. Schon nach dem

ersten Messjahr kommt das Team zu interessanten Ergebnissen.

Die Jahresarbeitszahl

Wärmepumpen „pumpen“ über einen Kältemittelkreislauf Niedertemperaturwärme aus der Umwelt, also beispielsweise aus der Luft, aus dem Grundwasser oder dem Erdreich, mit Hilfe von Strom auf ein höheres, für die Heizung und für die Bereitstellung von Warmwasser nutzbares Temperaturniveau. Entscheidend für die Effizienz einer Wärmepumpe ist die Arbeitszahl, also das Verhältnis der Wärme am Ausgang der Wärmepumpe zum erforderlichen Strom an deren Eingang.

Dieses Verhältnis muss mindestens drei betragen, damit Elektro-Wärmepumpen überhaupt nennenswert zum Klimaschutz beitragen können, und um die erheblichen Mehrkosten gegenüber einem Brennwertkessel in Höhe von 7.000 bis 16.000 Euro zu rechtfertigen. Ein Beispiel: Wenn die Werbung von einer Jahres-Arbeitszahl (JAZ) von vier spricht, dann sind 25 Prozent Strom erforderlich, um mit 75 Prozent Umweltwärme 100 Prozent Nutzwärme zu erzeugen. Eine so hohe Arbeitszahl erreichen unter realistischen Betriebsbedingungen aber nur wenige Grundwasser- und Erdsonden-Wärmepumpen.

Vergleich der Lokalen Agenda - Jahresarbeitszahlen mit anderen empirischen Untersuchungen

	Lokale Agenda-21-Gruppe Energie Lahr Schwarzw.	Eon	BFE Schweizer Bundesamt für Energie (FAWA)	IZW Info-zentrum Wärmep. & Kältetechnik (Kruse) und Eon	GERTEC Hess. Wirtschaftsministerium, VDEW und MKW	E-Werk Mittelbaden Lahr Schwarzw.	Zum Vergleich:		Gewichtetes Mittel Arbeitszahlen Spalten 2-6	Mittel Primärenergetische Erzeugeraufwandszahl, Spalten 2-6 (PEF = 2,7)
Luft-Wärmepumpen Arbeitszahl (Anzahl) Literatur /n/	2,8 ^a / 2,3 ^b (7) / (5)	2,73 ^c (1) /1/	2,65 (ca. 100) /2/ und /8/	2,98 /9/	2,0 (4) /3/	2,77 (1) /4/	Planung Wirtsch.min. Baden-Württemberg 2,1 - 2,3 /5/	Planung Stiebel-Etron Holzmin-den 2,31 ^d /6/	2,65	1,02
Erd-Wärmepumpen Arbeitszahl (Anzahl) Literatur /n/	3,4 (13)	3,60 ^e (14) /1/	3,50 (ca. 100) /2/ und /8/	3,32 /9/	2,9 (4) /3/	--	2,4 - 2,9 /5/	2,97 ^d /6/	3,50	0,77
Zum Vergleich: Erdgas-Brennwertkessel (Anzahl) Literatur /n/										FhBW 1,04 (59) /7/

Abkürzungen:

FAWA: Feldanalyse von Wärmepumpenanlagen, GERTEC: Ingenieurbüro in Essen, VDEW: Verband Deutscher Elektrizitätswerke, MKW: Main-Kraft-Werke, PEF: Neuer Primärenergiefaktor, FhBW: Fachhochschule Braunschweig/ Wolfenbüttel.

Anmerkungen:

^a Fußbodenheizung, ^b Radiatoren, ^c Literatur /8/: Nur die Besten veröffentlicht, ^d Wärmebedarf 80 kWh/m²a und Fläche 150 m²

Literatur /1/ bis /9/:

www.agenda-energie-lahr.de -> Wärmepumpen -> Vergleich mit anderen Feldtests -> Literatur.

Definitionen:

www.agenda-energie-lahr.de -> Wärmepumpen -> Vergleich mit anderen Feldtests -> Definitionen.

Ergebnisse:

- Die primärenergetischen Erzeugeraufwandszahlen = PEF / AZ (letzte Spalte) der **Luft-Wärmepumpen** sind mit Brennwertkesseln vergleichbar. Sie liegen nicht „nennenswert“ darunter und tragen deshalb nicht zum Klimaschutz bei.
- Anders dagegen die **Erdreich-Wärmepumpen**: Deren Erzeugeraufwandszahlen sind um etwa 25% besser als Brennwertkessel.



Erdwärmepumpen kommen auf eine Arbeitszahl von 3,4 – Luftwärmepumpen heizen zur Hälfte mit Strom.

Je geringer die benötigte Nutztemperatur ist, umso effizienter arbeitet eine Wärmepumpe. Deshalb sind gut gedämmte Häuser mit Fußbodenheizung klar im Vorteil. Denn eine Fußbodenheizung kommt mit wesentlich geringeren Heizwassertemperaturen aus. In schlecht gedämmten Häusern arbeiten die teuren Wärmepumpen deutlich ineffizienter, weil die Heizkörpertemperaturen dort deutlich höher liegen müssen. Die Agenda-Gruppe ermittelte bei Luft-Wärmepumpen mit Radiatorheizkörpern einen Strommehrverbrauch von etwa 25 Prozent gegenüber Fußbodenheizungen.

Wärmequellen

Am besten schneiden die Erdreich-Heiz-Wärmepumpen ab: Ihre mittleren JAZ beträgt in Kombination mit einer Fußbodenheizung 3,4. Zwei Anlagen übertreffen sogar die in der Werbung angegebene JAZ von 4. Grundwasser-Wärmepumpen in Kombination mit einer Fußbodenheizung schneiden mit einer JAZ von 3,0 deutlich schlechter ab. Schlusslicht bilden die Luft-Wärmepumpen mit einer JAZ von 2,8 bei Fußbodenheizungen; bei Radiatorheizkörpern sind es nur 2,3.

Betrachtet man das gesamte Heizsystem einschließlich Heizungspufferspeicher und Warmwasserbereitung, dann liegen die JAZ einer Wärmepumpe sogar noch um etwa 0,3-JAZ-Punkte niedriger. Der Betreiber muss also bei einer Luft-Wärmepumpe in Kombination mit Heizradiatoren – eine typische Situation in einem Altbau – mit einer JAZ von zwei die Hälfte



Kontakt und weitere Infos:
Dr. Falk Auer
Tel: 07821 9916-01
nes-auer@t-online.de

www.agenda-energie-lahr.de

seines gesamten Wärmebedarfes direkt mit teurer elektrischer Energie decken!

Bei diesem Ergebnis wird deutlich, dass sich auch die mit Luft betriebenen Klein-Warmwasser-Wärmepumpen mit einer mittleren Jahresarbeitszahl von lediglich 1,9 ökologisch nicht rechnen. Insgesamt zeigt sich, dass Wärmepumpen die vom neuen BAFA-Förderprogramm geforderten Jahresarbeitszahlen zwar rechnerisch nach VDI 4650 erreichen können. Im praktischen Einsatz wird dieses Ergebnis jedoch meist verfehlt.

Eine von der Heizung getrennte Warmwasserversorgung bringt übrigens keine ökologischen Vorteile gegenüber einer mit der Heizung kombinierten Lösung. Die ineffizienten Elektro-Standspeicher und separaten Wärmepumpen zur Erwärmung des Brauchwassers erhöhen lediglich die Kosten.

Empfehlungen

Erdreich-Wärmepumpen können im Mittel bis zu 25 Prozent Primärenergie und damit das schädliche CO₂ einsparen. Ihr Einsatz trägt damit zum Klimaschutz bei. Bei Luft-Wärmepumpen trifft das dagegen nur bei wenigen Einzelfällen zu. Die mittlere System-Jahresarbeitszahl liegt selbst mit einer Fußbodenheizung mit 2,5 unter dem mindestens erforderlichen Wert von 2,7. Auch wenn das Wärmepumpensystem diesen Grenzwert erreicht, fragt sich ein potentieller Käufer zu Recht, warum er 7.000 Euro mehr im Vergleich zu einem Brennwertkessel ausgeben soll, wenn er mit einer Luft-Wärmepumpe keine Primärenergie einspart. ■

Die ideale Ergänzung für Ihre Solaranlage

hilft Energie und Chemie auf intelligente Weise zu sparen.

Bei der MS1002 führen Sie über die **SOLARANLAGE** ökologisch erwärmtes Wasser zu und minimieren so den Energieverbrauch jeder Waschmaschine.

Martin TECHNIK für den Hausgebrauch
ELEKTROTECHNIK
Dr.-Gartenhof-Str. 4 · D-97769 Bad Brückenau
sparsteuerung@ms1002.de · www.ms1002.de
Tel. 09741-2555
Fax 09741-5343



Schummel beim Stromhandel

*Die Energieriesen missbrauchen die Strombörse: Durch strategische Käufe treiben sie den Börsenpreis nach oben. Anschließend verkaufen sie den weit überwiegenden Teil ihres Stroms zu den so überhöhten Preisen am freien Markt.
Zusatzgewinne jährlich: mindestens zwölf Milliarden Euro.*

Zu welchem Anbieter man als Verbraucher auch wechselt: Den Börsenpreis für die Strombeschaffung muss man auf jeden Fall berappen, weil sich alle Versorger zu diesem Preis mit Strom eindecken müssen. Dieser Preis ist damit dem Endkunden-Wettbewerb entzogen.

Der Strommarkt in Deutschland

Angesichts der gewaltigen Übermacht der Energieriesen in der Stromerzeugung, Transport und Vertrieb wundert es nicht, dass diese Firmen auch die Strombörse unterwandert haben und mit ihrem strategischen Verhalten die Börsenpreise beeinflussen.

Der Stromhandel in Deutschland vollzieht sich auf drei Märkten:

An der Strombörse gibt es **Termingeschäfte**, die für Stromlieferungen in der Zukunft abgeschlossen werden, in der Regel für ein oder zwei Jahre im Voraus. Das Volumen der Termingeschäfte an der Strombörse übersteigt das des gesamten Stromverbrauchs Deutschlands, denn oft wird der gleiche Strom gleich mehrfach gehandelt.

Der sogenannte **Spotmarkt** umfasst zwischen 15 und 20 Prozent des Stromverbrauchs. Angebot und Nachfrage legen die Strompreise für jede Stunde des nächsten Tags fest.

Darüber hinaus gibt es einen **außerbörslichen Stromhandel**, den sogenannten OTC-Markt (Over the counter). Dort wird noch einmal fast die dreifache Menge des physikalischen Stromverbrauchs Deutschlands gehandelt.

Anspruch und Wirklichkeit der Strombörse

Die Neutralität und Anonymität der Strombörse und die staatliche Aufsicht über die Börse verleihen den Börsenpreisen den Anschein der Überparteilichkeit. Die Theorie, dass der Börsenpreis die Grenz-

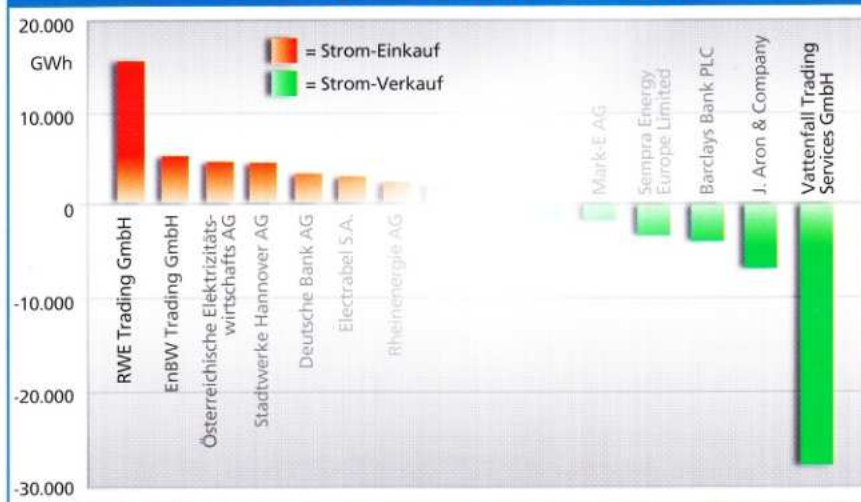
kosten der Erzeugung wieder spiegelt („merit order“), untermauert diesen Anspruch. Doch dieses hehre Bild hat mit der Wirklichkeit der Leipziger Strombörse und des deutschen Stromhandels wenig zu tun:

- Strom ist vom Grundsatz her überhaupt nicht börsenfähig, weil die physikalischen Prinzipien des Stroms mit den ökonomischen Prinzipien der Börse unvereinbar sind. Die Ware Strom kann man nicht „besitzen“ wie eine andere Ware. An der Börse lässt sich bestenfalls die Berechtigung erwerben, den Strom eines Kraftwerks nutzen zu dürfen. Allerdings ist die Zuordnung eines Kraftwerks zu einer Stromlieferung physikalisch gar nicht möglich. Die Kraftwerkseinsatzplanung und die Stabilisierung des Stromnetzes folgen elektrotechnischen Notwendigkeiten. Mit dem Börsengeschehen hat dies nicht das Geringste zu tun. Voraussetzung für eine Preisfindung an der Börse ist auch, dass die Nachfrage vom Preis abhängt. Das ist beim Strom jedoch kaum der Fall, denn der Strombedarf lässt sich nur bedingt steuern. Der wett-

bewerbliche Charakter der Börse kann das Oligopol der Stromerzeuger nicht aufwiegen. Im Gegenteil verstärkt die Börse sogar bestehende Marktungleichgewichte (siehe unten). Das Bundeskartellamt und das Oberlandesgericht Düsseldorf drücken das so aus: „Der Strombörse kommt keine eigenständige wettbewerbliche Funktion zu“. Es ist nur bedingt möglich, Strom zu speichern. Deshalb müssen sich Angebot und Erzeugung stets die Waage halten. Andernfalls würde die gesamte Stromversorgung zusammenbrechen. Aus diesem Grund können die Kraftwerksbesitzer den Strompreis einseitig festlegen.

- Die Strompreise im außerbörslichen Stromhandel basieren faktisch auf den an der Börse festgelegten Preisen. Der Börsenpreis hat sogar eine Leitfunktion für den Stromhandel in anderen europäischen Ländern. Dadurch ist es den großen Playern möglich, mit gezielten Käufen an der Börse die Preise nach oben zu treiben und ihren Strom außerbörslich zu diesen überhöhten Preisen zu verkaufen.

Größte Strom-Einkäufer und -Verkäufer am EEX-Spotmarkt im Jahr 2006



Nur wenn der gesamte Strom über die Börse gehandelt würde, würden die mikroökonomischen Theorien optimaler Wettbewerbspreise auch gelten. In Skandinavien beispielsweise erfolgt der Stromhandel zu rund 75 Prozent über die Börse. In Deutschland läßt der relative kleine Anteil des an der Börse gehandelte Stroms geradezu dazu ein, die Preise durch gezielte Käufe zu beeinflussen. Die Kraftwerksbetreiber haben ein Interesse an möglichst hohen Börsenpreisen – was gezielte Käufe nahelegt.

Die Stromriesen zeigen an der Strombörse tatsächlich ein solches strategisches Verhalten: RWE und EnBW verfügen gemeinsam über rund 40 Prozent der deutschen Kraftwerkskapazitäten. Sie treten aber an der Börse im großen Umfang als Käufer auf und treiben so den Börsenpreis nach oben. Da RWE und EnBW auch in großem Umfang im außerbörslichen Stromhandel aktiv sind und dort ihren Strom verkaufen, profitieren sie besonders stark von den hohen Börsenpreisen, die sie selbst durch gezielte Käufe an der Börse nach oben getrieben haben. Die Börsenpreise wären deutlich niedriger, wenn die großen Stromerzeuger an der Börse die Position einnehmen würden, die sie auch im Gesamtmarkt haben.

Dies führt dazu, dass die Börsenpreise um zwei bis vier Cent je Kilowattstunde über den Stromerzeugungskosten liegen. Dies bringt den Kraftwerksbetreibern einen zusätzlichen Ertrag und beschert den Stromverbrauchern zusätzliche Kosten. Die Größenordnung ist beachtlich: Zwei Cent x 600 TWh = Zwölf Milliarden Euro jährlich und liegt damit höher, als die jährlichen Investitionen der gesamten Branche.

Börse kein Abbild des Strommarkts

Der Handel an der Strombörse ist also kein verkleinertes Abbild des gesamten Strommarkts. Wäre das der Fall, dann würden die Kraftwerksbetreiber an der Börse ihren Strom verkaufen. Faktisch ist es aber so, dass zumindest RWE und EnBW im großen Ausmaß als Käufer auftreten. Das Marktverhalten an der EEX weicht also zum Vorteil der Stromkonzerne von deren Marktverhalten außerhalb der Börse signifikant und dauerhaft ab.



In einem solchen Geschäftshaus in Leipzig arbeitet die Strombörse EEX. Der Handel mit geringen Strommengen bestimmt europaweit den Strompreis.

Der Börsenpreis kann aus diesem Grund nicht repräsentativ für den deutschen Strommarkt sein. Er ist als Referenzpreis ungeeignet.

Die vier größten Netto-Stromverkäufer an der Strombörse kommen oft aus dem Ausland. Ausländischen Firmen fehlt die Vertriebsstruktur in Deutschland, deshalb treten sie an der Börse als Verkäufer auf. Ohne die ausländischen Stromverkäufer gäbe es an der Börse keine Referenzpreise.

Zwar gibt es an der Börse über 190 zugelassene Marktteilnehmer. Tatsächlich dominieren jedoch wenige Firmen das Börsengeschehen. RWE tätigte 2006 28 Prozent des gesamten Netto-Stromeinkaufs an der Börse. Auf Vattenfall entfielen 51 Prozent aller Netto-Stromverkäufe. Das belegen Auswertungen der Handelsdaten der EEX, deren Verlässlichkeit verbürgt sind.

RWE und die Strombörse sind eng verflochten

- Der Börsengeschäftsführer und ehemalige Leiter der Marktsteuerung der EEX, Oliver Maibaum sowie der derzeitige Leiter der Marktsteuerung Toralf Michaelsen waren früher bei RWE und haben dorthin noch beste Kontakte.
- Der Preis- und Gebührenkatalog der Börse gilt zwar für alle Börsenteilnehmer. Er begünstigt jedoch traditionell RWE in besonderer Weise. RWE zahlt aufgrund verschiedener Regelungen praktisch kaum Gebühren an der EEX (Befreiung von Handelsgebühren für Market Maker sowie geminderte Gebühren für die physische Erfüllung von Terminkontrakten am Spotmarkt).
- RWE und EEX entwickeln und betreiben gemeinsam verschiedene Märkte,

wie zum Beispiel den Intraday-Markt für Strom.

- Die EEX-Mitarbeiter genießen seit mehreren Jahren die besonderen Konditionen der RWE-Pensionskasse.

Der Stromhandel muss umstrukturiert werden

Die aufgeführten Kritikpunkte richten sich nicht gegen die Strombörse als Institution. Es wird nicht unterstellt, dass die Regeln der Strombörse falsch sind oder nicht eingehalten werden. Die Kritik richtet sich vielmehr gegen das gesamte System des Stromhandels, das deshalb zu überhöhten Preisen führt,

- weil die vier großen Kraftwerksbetreiber rund 90 Prozent der Erzeugung kontrollieren und gleichzeitig 70 Prozent des Absatzmarkts dominieren,
- weil nur ein geringer Teil des Stroms über die Börse gehandelt wird,
- weil anonyme Börsengeschäfte preistreibende Strategien verbergen und
- weil die Börsenpreise auch die Preise für den außerbörslichen Handel bestimmen.

Zudem ist die Strombörse viel zu eng mit der Stromwirtschaft, insbesondere RWE, verflochten.

Das verschärfte Kartellrecht (GWB § 29) bietet den Kartellbehörden zwar zusätzliche Möglichkeiten, gegen missbräuchlich überhöhte Preise vorzugehen. Im Stromhandel greift dieses Gesetz jedoch kaum.

Es gilt, den Stromhandel durch gesetzliche Vorgaben grundlegend umzugestalten, um einen Missbrauch der Marktmacht der Stromkonzerne nachhaltig zu unterbinden. Dabei handelt es sich um eine Aufgabe bundesstaatlicher Ordnungspolitik. Zu diskutieren sind:

- Offenlegungspflicht der Handelsdaten von Börsenteilnehmern
- Eindämmung des Stromhandels außerhalb der Börse
- Verbot von Insidergeschäften

Konkrete Vorschläge werden in einem Bericht der Wirtschaftsministerkonferenz entwickelt und diskutiert (<http://eexmanipulation.energieverbraucher.de>).

Die verantwortlichen Politiker und Beamte könnten durch entschiedenes Handeln den Strompreis dauerhaft um zwei bis vier Cent je Kilowattstunde senken. ■



Neues von Justitia

Interessante Urteile und Rechtsinformationen

BGH

Unzulässige Klauseln

Der Bundesgerichtshof hat mit Urteil vom 19. Dezember 2007 festgestellt, dass Mieter und Käufer sogenannter Verbrauchserfassungsgeräte eines bundesweit tätigen Anbieters unangemessen benachteiligt wurden. Die Richter gaben der Unterlassungsklage von Verbraucherschützern statt, die die Unwirksamkeit zweier AGB-Klauseln der Beklagten gerügt hatten. Neben einer zu langen Mindestvertragslaufzeit beanstandete der Zwölfte Zivilsenat zudem die Unzulässigkeit einer sogenannten Rücknahme Klausel beim Verkauf von Waren unter Eigentumsvorbehalt (Az.: XII ZR 61/05).

Stadtwerke Ratingen

Sieg für Gaspreisrebellen

Die Stadtwerke Ratingen haben eine Zahlungsklage gegen einen Gaskunden zurückgenommen und vor Gericht auf ihre Forderung verzichtet. Die 12. Zivilkammer des Landgerichtes Düsseldorf (Az. 12 O 542/06) hatte den Stadtwerken zuvor mit erfreulicher Offenheit mitgeteilt, dass sie die Vorlage der Kalkulationsgrundlagen der Stadtwerke zur eigenen Überprüfung der Angemessenheit des Gesamtpreises – und damit der geltend gemachten Forderung – ab 1. Januar 2005 erwarte. Es war klar, so Rechtsanwältin Leonora Holling, dass die Stadt-

werke in Zugzwang gerieten, Einsicht in ihre Lieferverträge, Kostenstrukturen und Gewinnmargen gewähren zu müssen, um den Klageanspruch durch zu setzen.

Der verklagte Kunde kann sich freuen: Mit dem zu erwartenden Verzichtsurteil wird er die für 2005 vorläufig einbehaltenen Beträge endgültig behalten können.

Preisprotest

Zusätzlicher Gewinn unzulässig

Der Preisprotest von Strom- und Gaskunden stellt in Zweifel, ob der Versorger überhaupt zu einer Preiserhöhung berechtigt ist und ob diese Preiserhöhung, sofern sie überhaupt zulässig war, der Billigkeit entspricht. Für Tarifkunden, neuerdings auch grundversorgte Kunden genannt, ergibt sich die Berechtigung zur Preiserhöhung aus dem Gesetz.

Außerhalb der Grundversorgung erweisen sich die Preisanpassungsklauseln der Lieferverträge zumeist als unwirksam, weil die Anforderungen des BGB § 307 verletzt werden. Dadurch fehlt es an einem Rechtsgrund für einseitige Preiserhöhungen.

Der BGH hat in zwei Urteilen (Urt. v. 11. Oktober 2007 - III ZR 63/07; Urt. v. 15. November 2007 - III ZR 247/06) entschieden:

„Die Schranke des § 307 BGB wird nicht eingehalten, wenn die Preisanpassungsklausel es dem Verwender ermöglicht, über die Abwälzung kon-

Verjährungsfrist beachten



Entspricht eine Preisforderung der Billigkeit, so ist sie von Anfang an verbindlich und fällig. Sie unterliegt der regelmäßigen Verjährung nach §§ 194 ff. BGB.

Bei einer Rechnung, die 2004 fällig war, beginnt die Verjährung zum 31. Dezember 2004. Eine berechtigte Restforderung des Versorgers aus einer 2004er-Rechnung ist also mit Ablauf des 31. Dezember 2007 verjährt.

Rechtsverfolgung, eine Klage oder ein gerichtliches Mahnverfahren können den Ablauf einer Verjährung hemmen (vgl. §§ 203, 204 BGB). Das gilt jedoch nicht für Mahnungen alleine. Aber Achtung: Die Forderung bleibt auch nach Ablauf der Verjährungszeit bestehen und kann sogar eingeklagt werden. Der Verbraucher kann jedoch in diesem Fall die Einrede der Verjährung vorbringen und sich damit erfolgreich wehren.

Der Kunde kann sich aber nicht zugleich auf die Unbilligkeit und die Verjährung berufen, weil das eine das andere logisch ausschließt. Denn wenn die Forderung des Versorgers nicht fällig war, kann sie auch nicht verjähren.

Er muss sich deshalb auf die Unbilligkeit und hilfsweise auf die Verjährung berufen (Stufenverhältnis).

kreter Kostensteigerungen hinaus den zunächst vereinbarten Preis ohne Begrenzung anzuheben und so nicht nur eine Gewinnschmälerung zu vermeiden, sondern einen zusätzlichen Gewinn zu erzielen (...). Dementsprechend sind Preisanpassungsklauseln nur zulässig, wenn dem Versorger zuvor gestattet wurde, die Preise anzuheben, wenn die Kosten

steigen, und er die einzelnen Kostenelemente sowie deren Gewichtung bei der Kalkulation des Gesamtpreises offen legt (vgl. BGH Urteil vom 21. September 2005 und Urteil vom 13. Dezember 2006).“

Fazit: Unberechtigt sind nicht nur unbillige Tarifneufestsetzungen, sondern auch rechtsgrundlose Preiserhöhungen in Sonderabkommen.



Steinkohle

Kraftwerke unrentabel

Eine aktuelle Studie des Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu) und des arrhenius Instituts für Energie- und Klimapolitik, Hamburg zeigt, dass Steinkohlekraftwerke wie das geplante Kraftwerk in Hamburg-Moorburg nicht wirtschaftlich sind, wenn die CO₂-Emissionsrechte ab 2013 vollständig versteigert werden.

Stromtarife

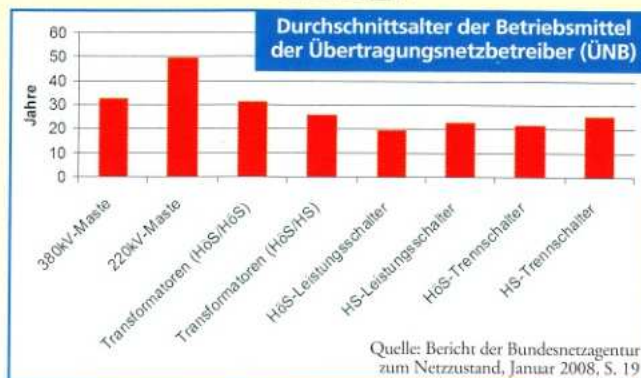
7,2 Prozent teurer

430 von rund 900 deutschen Stromversorgern – 49 Prozent – haben in diesem Jahr ihre Tarife erhöht. Die durchschnittliche Erhöhung bei den Grundversorgungstarifen seit Jahresbeginn liegt bei 7,2 Prozent. Bei einem Jahresverbrauch von 4.000 kWh entspricht das einer Mehrbelastung von 63 Euro pro Haushalt und Jahr. Wie man den Stromanbieter wechselt, lesen Sie auf Seite 23.

Stromnetz

Morsche Masten

Das deutsche Stromleitungsnetz ist überaltert: Die 220-kV-Leitungsmasten sind im bundesweiten Mittelwert am Ende ihrer Nutzungsdauer angelangt, ebenso die Transformatoren. Das zeigt ein Bericht der Bundesnetzagentur, der den Bund der Energieverbraucher außerordentlich beunruhigt. Laut Bericht sind 220-kV-Masten im bundesweiten Durchschnitt knapp



220-kV-Maste sind im Schnitt 50 Jahre alt.

50 Jahre alt, die 380-kV-Masten und Transformatoren bringen es auf durchschnittlich drei Jahrzehnte.

Die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern betragen aber für Freileitungen 110 bis 380 kV 40 bis 50 Jahre, die von Trafos und Schaltern 35 bis 45 Jahre. Das schreibt Anlage 1 zur Stromnetzentgeltverordnung. Der Bericht belegt, dass die Unternehmen zu wenig in die Übertragungsnetze investieren.

Der Bund der Energieverbraucher warnt vor der Schlussfolgerung, die Netzentgelte wären zu niedrig, um das Netz sachgerecht Instand zu halten. Vielmehr liegen die Netzentgelte deutlich zu hoch. Trotzdem investieren die Stromriesen nur einen geringen Anteil in Erneuerungen und Instandhaltung. Die jährlich deutlich steigenden Gewinne der Übertragungsnetzbetreiber bestätigen dies.

Nach Ansicht des Bundes der Energieverbraucher verletzen die Netzbetreiber damit ihre Verpflichtungen zur Sicherung eines zuverlässigen Übertragungsnetzes nach § 12 Abs. (1) EnWG. Der Verein hat die Bundesnetzagentur um die Einleitung eines Verfahrens gebeten, um die Übertragungsnetzbetreiber zu gesetzeskonformen Verhalten zu veranlassen. Die Netzagentur belässt es jedoch pflichtwidrig

bei freundlichen Aufforderungen an die Adresse der Netzbetreiber.

Nach einem Bericht des Handelsblatts erreichen die Stromnetze immer häufiger ihre Belastungsgrenze: Zählte Vattenfall Europe im Jahr 2006 lediglich 80 Tage mit kritischen Situationen, schnellte die Zahl 2007 auf 155 Tage hoch. Während der ersten 29 Tage in 2008 habe es bereits an 28 Tagen brenzlige Situationen gegeben.

Privatkunden

Mangelhafte Rechnungen

Private Stromkunden sind in Deutschland nicht hinreichend über ihren Stromverbrauch und die Zusammenhänge zwischen Verbrauch und eigenem Handeln infor-

miert. Die Art und Häufigkeit der Rechnungsstellung durch die Stromversorger hilft wenig, das Informationsdefizit zu beheben. Das Heidelberger Institut für Energie- und Umweltforschung (ifeu) hat das in einer Studie den aktuellen Stand bei der Einführung informativer Stromrechnungen untersucht.

Studienergebnisse aus dem Ausland, insbesondere aus den skandinavischen Ländern, zeigen, dass ein regelmäßiges und gut aufbereitetes Feedback zum Stromverbrauch dazu führt, dass Verbraucher fünf bis zwölf Prozent weniger Strom verbrauchen.

Neben der häufigeren Rechnungsfrequenz sind auch Zusatzinformationen zur Stromverbrauchsentwicklung und Durchschnittswerte von Haushalten ähnlicher Größe sinnvoll.

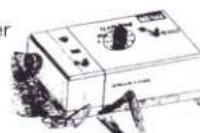
Die im Mai 2006 in Kraft getretene EU-Richtlinie zu Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen schreibt in § 13 vor, dass die Kunden verständliche Rechnungen erhalten müssen, die die Endverbraucher in die Lage versetzen, ihren eigenen Verbrauch zu steuern. Derzeit bereiten die zuständigen Ministerien die Umsetzung dieser Richtlinie in nationales Recht vor.

Energiesparen leicht gemacht

mit dem Einsatz eines

Waschmaschinen-Warmwasser-Steuergerätes WWS 300

- erlaubt den Anschluss von Warmwasser an jede Haushaltsmaschine
- einfache Nutzung von Solarenergie
- mit Temperatur- und Zeitprogramm
- spart bis zu 300 kWh Strom pro Jahr
- 3 Jahre Garantie



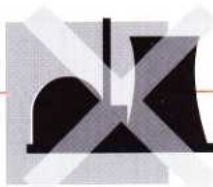
266,92 €
inkl. Porto & Verpackung

A. Stemberg

Solar- und Gebäudetechnik

Im Seelenkamp 7 · T 05232-7027-0 · F 7027-29

D-32791 Lage · info@stemberg-solar.de · www.stemberg-solar.de



Riskante Strahlen

Im Dezember 2007 machte eine Studie im Auftrag des Bundesamts für Strahlenschutz Schlagzeilen: Kinder erkrankten in der Nähe von Atomkraftwerken nachweislich häufiger an Blutkrebs und Tumoren.

Forscher unter der Leitung der Mainzer Epidemiologin Maria Blettner hatten die Daten des Deutschen Kinderkrebsregisters analysiert und dabei festgestellt, dass zwischen 1980 und 2003 im Umkreis von fünf Kilometern um die Reaktoren 77 Kinder an Krebs erkrankt waren. 37 davon hatten Leukämie. Im statistischen Durchschnitt wären nur 48 Krebsfälle (17 Leukämiefälle) zu erwarten gewesen, schreiben die Forscher im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dem Bundesamt für Strahlenschutz. Die Analyse umfasste alle 16 Standorte deutscher Atomkraftwerke während eines Zeitraums von 23 Jahren. Experten haben mehrfach betont, dass die Studie methodisch sauber ist.

Verharmloste Ergebnisse?

Dennoch kritisieren Wissenschaftler die Studie und ihre Auswertungsmethoden. Der Bremer Epidemiologe Eberhard Greiser beispielsweise hält die Ergebnisse der Kinderkrebsstudie für deutlich brisanter als zunächst dargestellt. Die Studie zeige nicht nur ein erhöhtes Leukämie-

risiko für Kinder in einem Umkreis von fünf Kilometern um ein AKW. Auch in weiter entfernten Bereichen sei das Risiko erhöht – und zwar in einem Umkreis von bis zu 50 Kilometern um ein Kernkraftwerk.

Strahlenexperten wie der Mediziner Edmund Lengfelder von der Ludwig-Maximilians-Universität München erinnern daran, dass es ähnliche Studien bereits vor 15 Jahren gegeben habe. Auch damals hätten Statistiker „die Daten so verwässert, dass kein Effekt mehr zu beobachten war“. Doch eine genauere Analyse der Daten habe schon damals ergeben, dass sich die Gefahr innerhalb eines Radius von fünf Kilometern erhöhe. Allerdings zog man – vermutlich aus politischen Gründen – den Kreis einfach weiter. Mit dem Ergebnis, dass in einem Radius von 15 Kilometern kein erhöhtes Risiko mehr auftrat. Laut Lengfelder wurde auch nach dem Super-Gau von Tschernobyl kräftig getäuscht und verharmlost.

Rätselraten um Ursache

Ein weiterer Punkt, der Atomgegner stutzig macht, ist die Tatsache, dass die

Forscher um Maria Blettner angeben, dass ihre Analyse keine Rückschlüsse darauf erlaube, warum das Krebsrisiko erhöht ist: „Diese Studie kann keine Aussage darüber machen, durch welche biologischen Risikofaktoren diese Beziehung zu erklären ist.“ Radioaktive Strahlung schließen sie jedoch als Ursache aus. Die Strahlung sei viel zu gering, um das Krebsrisiko messbar zu erhöhen. Experten schätzen, dass eine Person, die maximal fünf Kilometer von einem Atommeiler entfernt wohnt, durch Strahlung aus der Luft mit 0,3 bis 0,002 Mikrosievert belastet wird. Zum Vergleich: Die jährliche natürliche Strahlenexposition in Deutschland beträgt im Mittel etwa 1.400 Mikrosievert.

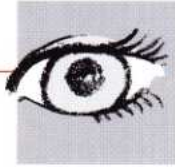
Fragwürdige Grenzwerte

Zwar gibt es Grenzwerte, die die Bevölkerung vor Gesundheitsrisiken durch radioaktive Strahlen schützen sollen. In der Diskussion um die Ergebnisse der Kinderkrebsstudie haben Wissenschaftler und Politiker immer wieder betont, dass von Atommeilern gar keine Gefahr ausgehen könne, weil die Kraftwerke entsprechende Grenzwerte stets eingehalten hätten. Diese Werte – je 0,3 Millisievert für Abwasser und Abgase – beruhen jedoch nicht auf medizinischen Daten, die beweisen, dass diese Strahlung für den Menschen ungefährlich ist. Vielmehr stammen sie von mehr oder weniger willkürlichen Berechnungen aus den 50er-Jahren. Seither haben die zuständigen Gremien die Werte zwar mehrfach modifiziert. Dennoch bezweifeln Strahlenbiologen, dass die Einhaltung dieser Grenzwerte einen wirksamen Schutz vor einer Krebserkrankung bieten, denn für ionisierende Strahlen gibt es keine Dosis-Wirkungs-Beziehung.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat das Gutachten zur Prüfung an die Strahlenschutzkommission des Bundes überwiesen. Diese Auswertung wird vermutlich noch einige Monate auf sich warten lassen.



29 Kinder erkrankten durch die Nähe eines Atomkraftwerks an Krebs: Die erhöhte Strahlenbelastung bietet keine plausible Erklärung dafür.



Das Ende des großen Schweigens?

Die gute Nachricht zuerst: Die Politik hat ihr Schweigen zum Thema Energiesperren und Armut gebrochen. Der Arbeitskreis „Energie“ der SPD-Bundestagsfraktion diskutiert über die Einführung sogenannter Sozialtarife. Dabei schlagen die Sozialdemokraten vor, eine Grundmenge an Strom und Gas besonders günstig anzubieten. Wer mehr verbraucht, wird dagegen mit etwas höheren Preisen belastet. Das schafft zugleich Anreize für einen sparsameren Umgang mit Energie.

Der Bund der Energieverbraucher hat diesen Beschluss begrüßt. Der Verein hatte bereits im vergangenen Jahr vorgeschlagen, 1.000 Kilowattstunden Strom jedem Haushalt kostenlos zur Verfügung zu stellen, um so einen Anreiz zum Energiesparen zu geben (Siehe Energiedepesche 02/07). Bei gravierenden Zahlungsrückständen wird die Versorgung nicht völlig unterbrochen. Stattdessen bleibt eine Minimalversorgung erhalten, die dieser jährlichen Freimenge entspricht. Entspre-

chende Zähler könnte man ohne großen Aufwand installieren. Da nur wenige Haushalte so geringe Strom- und Gas-mengen verbrauchen, könnten die Energieversorger die Kosten für den Grundbedarf auf alle übrigen Verbraucher umlegen.

Freimengen für alle Versorger gesetzlich vorschreiben

Die Politik kann auf die Preisgestaltung der Versorger zwar keinen direkten

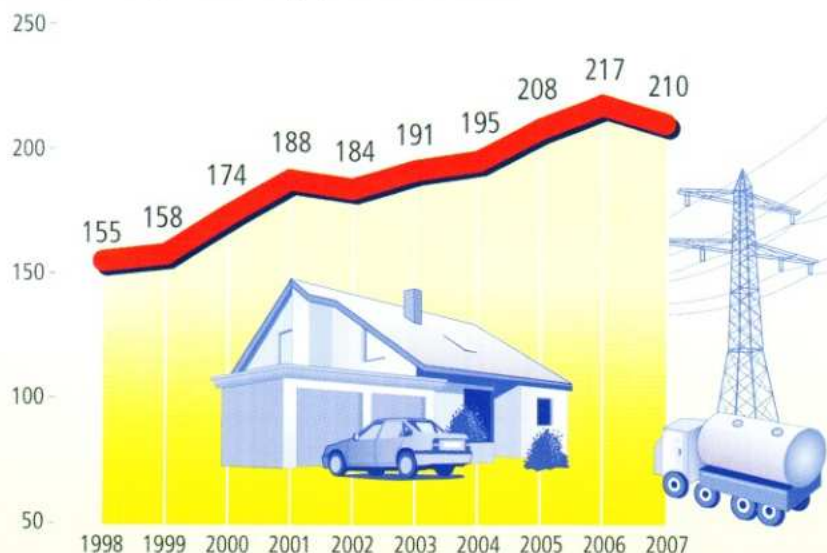
Einfluss nehmen. Jedoch könnte eine bestimmte Freimenge als gemeinsame Verpflichtung allen Versorgern auferlegt werden. Das EU-Recht schreibt sogar ausdrücklich vor, dass die Mitgliedsstaaten schutzbedürftige Verbraucher vor dem Ausschluss der Stromversorgung angemessen schützen (Richtlinie 2003/54/EG, Art. 3, Abs. (5)). Die sei in Deutschland bisher unterblieben, so der Verbraucher-verein. Die Energiepolitik ist offensichtlich unfähig, den Energiepreisanstieg zu bremsen. Und auch die Sozialpolitik ist nicht in der Lage, die große Zahl von Strom- und Gassperren zu verhindern. Dieses doppelte Versagen dürfe man nicht die Betroffenen ausbaden lassen. Denn eine minimale Versorgung mit Licht und Wärme ist Teil des von der Verfassung garantierten menschenwürdigen Lebens. Dem können sich weder die Politik noch die Energiewirtschaft entziehen. Bisher habe man das Problem ignoriert und verschwiegen. Diese Zeit sei nun endlich vorbei.

Glos blockiert

Der Bundeswirtschaftsminister hat Sozialtarife kategorisch abgelehnt. Es müsste Preissenkungen für alle Verbraucher geben. Wenn die Versorger Geld zu verschenken hätten, dann stünde ihnen auch zu, über die Verwendung zu entscheiden. ■

Energiekosten belasten private Haushalte

Monatliche Ausgaben für Energie pro Haushalt in Euro



Quelle: Stat. Bundesamt, eigene Berechnungen Postbank



Bis 2016 100% Ökostrom?

Was zunächst wie ein Scherz klingt, ist tatsächlich wahr: Schon in acht Jahren könnten wir bei der Stromerzeugung völlig auf alle Atom-, Kohle- und auch Gaskraftwerke verzichten und sämtlichen Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen. Wenn nur das Wachstumstempo der vergangenen Jahre anhält. Wir berichten über Szenarien von Andreas Henze.

Bereits im Jahr 2016 könnte sämtlicher Strom aus erneuerbaren Energien kommen, wenn man nur das Wachstumstempo der vergangenen Jahre beibehält. Das bezeichnen Solarkritiker als Schwindel und selbst Solarfanatiker können fast nicht glauben, was bereits heute Tatsache ist: Die Erneuerbaren wachsen bereits über Jahre mit atemberaubendem Tempo.

Rechenmethode

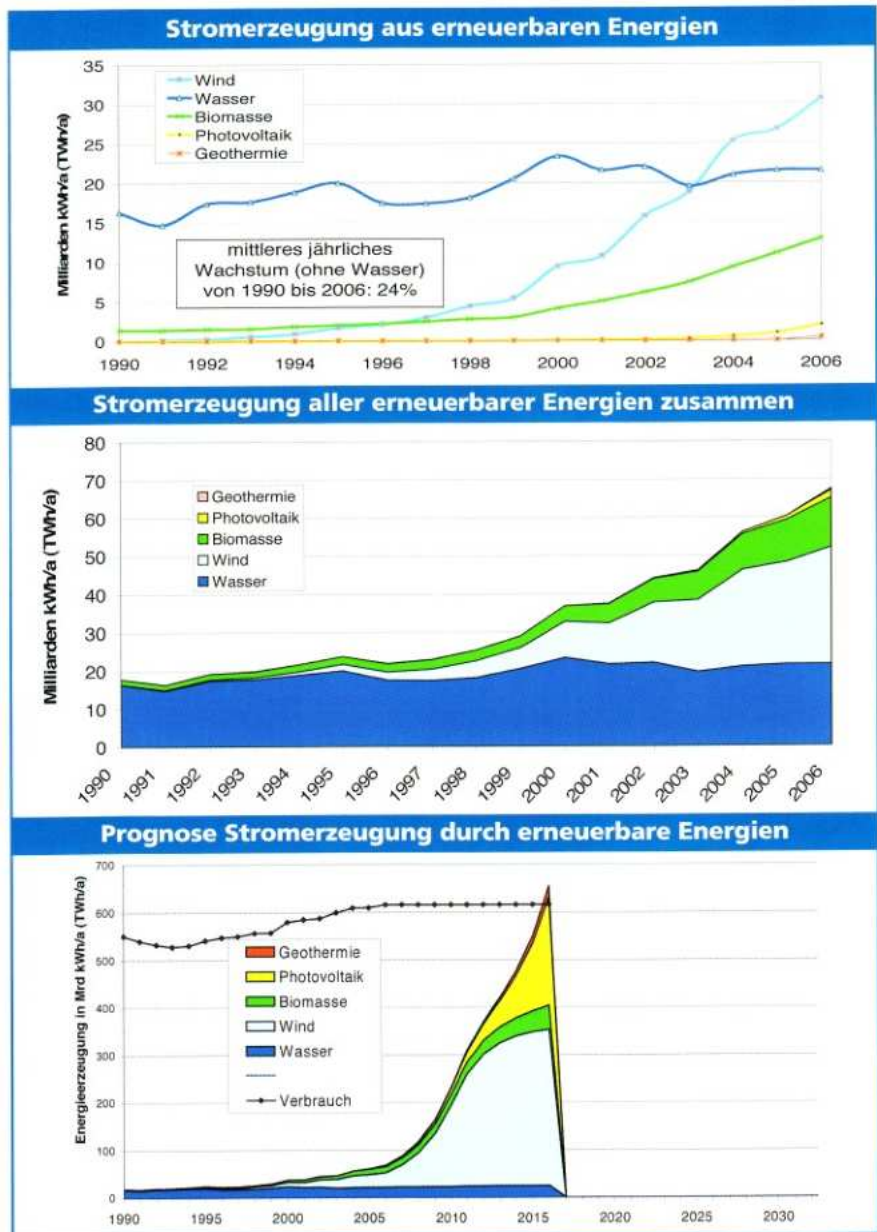
Ein Beispiel verdeutlicht die Rechnung: Wenn eine Größe von zehn auf 15 Einheiten wächst, hat sie um 50 Prozent zugenommen. Wächst sie noch einmal um 50 Prozent, dann ist man bei 22,5 Einheiten. Um das mittlere Wachstum zu errechnen, bestimmt man das Gesamtwachstum: $10/22,5 = 2,25$. Daraus die Quadratwurzel sind 1,5: ein Wachstum von 50 Prozent. Denn $10 \times 1,5 = 15$ und $10 \times 1,5 \times 1,5 = 10 \times (1,5)^2 = 22,5$.

Rasante Zuwächse

Die Stromerzeugung aus Biomasse ist in den vergangenen 16 Jahren (1990 bis 2006) um jährlich durchschnittlich 15 Prozent gewachsen (1990 = 1,42, 2006 = 12,9, $12,9/1,42 = 9,1$, daraus die sechzehnte Wurzel ergibt 1,15 oder 15 Prozent). Allein in den Jahren zwischen 2000 und 2006 jährlich um 21 Prozent auf jährlich 13 TWh.

Ähnlich stürmisch ist die Windkraft gewachsen: zwischen 1990 und 2007 um jährlich 50 Prozent, selbst in den Jahren zwischen 2000 und 2007 noch um 23 Prozent jährlich auf 40 TWh jährlich.

Nicht zuletzt gab es auch bei der Photovoltaik dramatische Zuwächse: Zwischen 1990 und 2006 um jährlich 63 Prozent, zwischen 2000 und 2006 um jährlich 88 Prozent auf zwei TWh. Diese Zahl sieht klein aus im Vergleich zum jährlichen Stromverbrauch in Deutschland von etwa



600 TWh. Ein weiteres Wachstum in diesem Tempo würde aber bereits im Jahr 2016 zu einer Stromerzeugung aus PV in Höhe von 1.100 TWh führen.

Alle Erneuerbaren zusammen haben zwischen 1990 und 2006 pro Jahr im Schnitt um 24 Prozent zugelegt, Wasser-

kraft nicht mitgerechnet. Es gab in dieser Zeit auch einen enormen technischen Fortschritt. Windräder der heutigen Größen galten 1990 als nicht beherrschbar, Geothermie war nicht erschließbar und die Wirkungsgrade bei PV haben sich gegenüber damals deutlich erhöht.

Das neue Denken Ein Kommentar von Aribert Peters

Stromversorgung ohne neue Kohlekraftwerke und ohne Kernenergie, ist das überhaupt möglich? Tatsächlich ist das nur möglich, wenn sich die Energiepolitik wirklich ändert.

Allein die Kraft-Wärme-Kopplung könnte ohne Mehrkosten 50 Prozent des Stroms erzeugen und gleichzeitig wesentlich die Umwelt entlasten, so das Ergebnis einer Studie im Auftrag der Bundesregierung.

Wenn erneuerbare Energie so weiterwächst, wie in den vergangenen 16 Jahren, dann ist die gesamte Stromerzeugung Deutschlands bereits im Jahr 2016 vollständig regenerativ.

Die Kosten der Erneuerbaren sinken, die der Fossilen steigen. Windkraft wird heute nur noch so hoch vergütet, wie der Strom aus einem neuen Kohlekraftwerk kostet. Strom aus Kohle wird künftig auch mit den Kosten der CO₂-Emissionen belastet und damit teurer. Wer über Kosten redet, sollte nicht vergessen, dass die Strompreise derzeit um jährlich etwa 20 Milliarden Euro überteuert sind. Das ist etwa der Betrag, den der Ausbau erneuerbarer Stromerzeugung kostet.

Die Energieeinsparung kann den Stromverbrauch drastisch mindern. Wer heute neue Kraftwerke baut, muss deren Kosten mit den Kosten der Stromeinsparung vergleichen.

Die Positionen Kraft-Wärme-Kopplung, erneuerbare Energien, Stromeinsparungen und Überteuierung gegenwärtiger Strompreise machen eine Stromversorgung auch ohne Kernkraft und neue Kohlekraftwerke möglich.

Das setzt politisches Umdenken voraus. Das setzt einen Abschied von der Stromkonzernen voraus. Neue Regierungen in Bund und Ländern sollten daran gemessen werden, ob sie zu diesem Schritt in der Lage sind.

Die Szenarien

Andreas Henze von der Solarwerkstatt Freising hat nun spitz in die Zukunft gerechnet. Dabei hat er einerseits die Wachstumsraten der Vergangenheit berücksichtigt, andererseits aber auch die verfügbaren Potenziale. Bis 2016 könnte, so Henze, Wind etwa 200 TWh jährlich erbringen, PV 200 TWh (das ist bei derzeitigem Wachstumstempo in sieben Jahren erreicht) und Biomasse etwa 50 TWh (bei derzeitigem Tempo in sieben Jahren erreichbar).

Selbst wenn Wind „nur“ mit 22 Prozent jährlich wächst – das ist das Wachstumstempo zwischen 2000 und 2006 –

wird die Vollversorgung aus Erneuerbaren lediglich ein Jahr später erreicht. Flächenprobleme sieht Henze nicht, weil selbst die zwei Millionen Hektar derzeitiger landwirtschaftlicher Stilllegungsfläche ausreichen würden, um den gesamten Strombedarf der Republik zweifach zu decken. In einer weiteren Rechnung wird das PV-Wachstum auf 40 Prozent jährlich begrenzt (jährliche Wachstumsrate 2000 bis 2006: 88 Prozent), das Windwachstum von 50 Prozent auf 22 Prozent gebremst und auch das Biomassepotenzial auf 66 Prozent begrenzt. Selbst dann erreicht man das Ziel bis 2020 bei Ausbau der Geothermie auf fast 100 TWh.

Die Kostenfrage

Die Mehrkosten für Erneuerbare schätzt Henze mit 20 Milliarden Euro jährlich zwischen 2014 und 2027 ab. Ab 2027 sind die Erneuerbaren dann günstiger, als es Kraftwerke auf der Basis nuklearer oder fossiler Brennstoffe wären. Die Kosten der Erneuerbaren sinken dann Jahr für Jahr, weil es keine Brennstoffverknappung gibt. Im Gegensatz dazu würden die Kosten atom-fossiler Kraftwerke Jahr für Jahr ansteigen. Dabei wurden den Erneuerbaren die vermiedenen externen Kosten in Höhe von vier Cent je Kilowattstunde gutgeschrieben.

Bereits heute wird mehr Geld in erneuerbare Erzeugungsanlagen investiert, als in fossile Kraftwerke: Jährlich 12 Milliarden Euro 2007 mit steigender Tendenz. Die gesamte Stromwirtschaft investiert jährlich etwa fünf Milliarden Euro in Netze und Kraftwerke. Derzeit reduziert die Stromwirtschaft ihr Investitionsprogramm: Von den neuen bis 2016 geplanten Kraftwerken mit einer Kapazität von 27 GW sind bislang firmenintern erst 7,7 GW intern genehmigt. Die geplanten Emissionsbesteuerung verteuern die fossilen Kraftwerke und verschaffen den Erneuerbaren einen zusätzlichen Vorsprung.

Die Angst, ohne Atom und Kohle würden in Deutschland die Lichter ausgehen, ist verständlich, aber unbegründet. Das neue Ziel wird jedoch nicht von allein erreicht und erfordert ein Umdenken und auch ein Umstrukturieren erheblichen Ausmaßes. Jeder Euro für neue Atom- oder Kohlekraftwerke ist vergeudet. ■

Email: henze@solAH-freising.de

Atomkraft weg – Klimaschutz her!

Ganz einfach: Wechseln Sie zu den EWS

Unser Strom stammt aus umweltfreundlicher Wasserkraft und Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und ausschließlich von Produzenten, die nicht mit Atomkraftwerksbetreibern verflochten sind. Durch unser Förderprogramm entstanden bis Ende 2007 über 1100 neue ökologische Stromerzeugungsanlagen in Bürgerhand. Beim Vergleich bundesweiter Ökostromanbieter durch den „Bund der Energieverbraucher e.V.“ im März 2004 wurden die Elektrizitätswerke Schönaue als einziger Anbieter mit der Gesamtnote „sehr gut“ ausgezeichnet.



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

EWS Vertriebs GmbH . Fon 07673 / 88850 . Fax - 888519 . www.ews-schoenau.de . info@ews-schoenau.de



Stromspar-Meisterschaft 2008: Auf die Plätze – fertig – sparen!

Der Bund der Energieverbraucher sucht Haushalte, die in den nächsten Monaten alles geben, um möglichst viel Strom zu sparen.

Erste Etappe: Monatssieger

Die erste Disziplin unseres Wettbewerbs ist die Monats-Meisterschaft. Dabei suchen wir nach Teilnehmern, denen es gelingt, innerhalb von vier Wochen ihren Stromverbrauch drastisch zu reduzieren. Geräte ausschalten, um Strom zu sparen, können wir alle – vorausgesetzt, wir wollen! Und um Sie richtig zu motivieren, belohnen wir jede eingesparte Kilowattstunde doppelt. Wie das geht? Zunächst einmal sparen Sie bares Geld, denn Strom, den Sie nicht verbrauchen, müssen Sie auch nicht bezahlen. Zusätzlich legt der Bund der Energieverbraucher die eingesparte Summe in Euro obendrauf. Für jede gesparte Kilowattstunde gibt es zwei Euro Preisgeld.

Zweite Etappe: Jahressieger

In der zweiten Disziplin suchen wir Jahresgewinner, also Energiesparer, denen es gelingt, über das ganze Jahr hinweg ihren Verbrauch zu reduzieren. Dabei kommt es nicht darauf an, dass Sie den Strom rund um die Uhr abschalten. Vielmehr geht es darum, Energie effizient zu nutzen. Das ist oft eine echte Herausforderung. Planen Sie die Anschaffung von Energiespargeräten für Küche, Bad, Büro, Wohnzimmer & Co.? Oder haben Sie andere Energiespartricks und -kniffe auf Lager, die helfen können, den Energieverbrauch ohne Einschränkung des Lebensstandards dauerhaft zu senken? Dann registrieren Sie sich auch für unseren Jahres-Wettbewerb! Der Bund der Energieverbraucher prämiiert dabei ebenfalls die Haushalte, die die meisten Kilowattstunden im Vergleich zum Vorjahr eingespart haben. Die Gewinner bekommen als Belohnung die gesamte Jahresstromrechnung bezahlt.

Uns interessieren dabei natürlich auch die Ideen und Methoden, wie Sie Ihrem Energieverbrauch einen Riegel vorschie-



ben. Wir freuen uns auf Ihre Energiespargeschichten und -ergebnisse.

Unter allen Teilnehmern verlosen wir zusätzlich zehn Energiemessgeräte. Ein solches Gerät zeigt, wie sich der Stromverbrauch auf Ihren „Gerätepark“ verteilt.

Wie schon bei der letzten Aktion vom Bund der Energieverbraucher treten jeweils nur Haushalte mit vergleichbarer Wohnsituation gegeneinander an. Es gibt drei Kategorien: allein Wohnende, Paare und Familien. In jeder Kategorie werden Monats- und Jahressieger gekürt.

Mitmachen und Strom sparen

Was müssen Sie tun? Nehmen Sie Ihre letzte Stromrechnung zur Hand. Tragen Sie den Jahresverbrauch in den Coupon gegenüber ein. Jetzt noch schnell die Größe Ihres Haushalts angekreuzt. Fertig!

Am 16. März 2008 fällt der Startschuss. Dann heißt es für alle Familien, den Stromverbrauch und den Stromzähler im Auge zu behalten. Auf unserem Teilnahme-coupon können Sie Tag für Tag den Stand Ihres Stromzählers notieren. So bekommen Sie nicht nur ein Gefühl für Ihren täglichen Strombedarf, sondern können Ihre Familie auch auf spielerische Art und Weise zum Stromsparen animieren. Ziellinie der Monatsmeisterschaft ist Sonntag, der 13. April 2008.

Bitte schicken Sie uns den vollständig ausgefüllten Coupon zu. Teilnahme-schluss ist der 20. April 2008.

Die Gewinner der Monatsmeister werden vom Bund der Energieverbraucher ermittelt und in der nächsten Ausgabe veröffentlicht. Natürlich behalten wir uns das Recht vor, alle Angaben zu prüfen.

Die Jahresmeisterschaft endet am 16. März 2009. Die Teilnehmer sollten bis dann noch mal ihren Zählerstand mitteilen.

Unsere Partner

Zwei vorbildliche Unternehmen der Energiebranche unterstützten den Bund der Energieverbraucher bei diesem Wettbewerb: die Elektrizitätswerke Schönau (www.ews-schoenau.de), die konsequent atomstromlos Versorgung über ihr eigenes Stromnetz den großen Stromversorgern die Stirn bieten, und die Trianel Energie GmbH, die für ihre günstigen Tarife und fairen Konditionen bekannt ist und Kunden mit attraktiven Prämien fürs Stromsparen belohnt (www.trianel-energie.de).

Ziel: Den Energieverbrauch senken

Während die Energiedepesche in ihrem letzten Wettbewerb die Teilnehmer mit dem geringsten Stromverbrauch zu den Siegern kürte, setzen wir diesmal auf die stärkste Senkung des Verbrauchs. So hat jeder eine Chance auf den Gewinn.

Wir wollen nicht, dass Sie das Licht aus und die Kerzen anschalten – außer vielleicht in der Weihnachtszeit. Wir wollen, dass Sie Ihren Lebensstandard beibehalten und trotzdem Energie sparen. Nehmen Sie unser Gewinnspiel zum Anlass, Ihren Stromverbrauch genauer zu untersuchen und gegebenenfalls umzukrempeln. Der kostenlose „Strom-Check“ hilft Ihnen dabei. Sie finden das Programm sowohl auf <http://stromcheck.energieverbraucher.de> als auch unter www.trianel-energie.de. ■

Oliver Stens

Teilnahme-Coupon Stromspar-Meisterschaft

In unserem Haushalt wohnen ständig:

- ☐ 1 Person
- ☐ 2 Personen
- ☐ 3 Personen oder mehr und zwar _____ Personen

Unser Jahresstrombezug betrug: _____ kWh
(laut letzter Stromabrechnung)

Name: _____

Straße, Hausnr.:

PLZ, Ort:

Tel-Nr: _____

Email-Adresse:

- ☐ Wir möchten auch an der Jahresmeisterschaft teilnehmen

Mit folgenden Maßnahmen versuchten wir, den Verbrauch zu senken:

[illegible]

Bitte ausreichend frankieren oder Daten mailen oder per Fax

Bund der Energieverbraucher

Frankfurter Str. 1, 53572 Unkel

redaktion@energiedepesche.de

Fax: 02224-10321



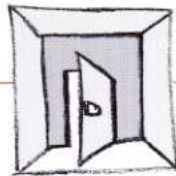
Teilnahme-Bedingungen

1. Der teilnehmende Haushalt muss dort mit Hauptwohnsitz gemeldet sein.
2. Die Angaben müssen dem im Haushalt tatsächlich verbrauchten Strom entsprechen. Es zählen Personen, die ständig im Haushalt leben. Gegebenenfalls müssen mehrere Verbrauchszähler zum Gesamtverbrauch addiert werden. Als Vergleichsgrundlage gilt die letzte aktuelle Stromrechnung (maximal ein Jahr alt).
3. Auch wenn einzelne Tageseintragungen fehlen, bleibt die Teilnahme gültig. Erst wenn mehr als die Hälfte der Eintragungen fehlt, wird die Teilnahme ungültig.
4. Teilnehmer erklären sich im Gewinnfall bereit, ihre Angaben überprüfen zu lassen, in Form eines Gesprächs, einer Wohnungsbegehung und der Rechnungskontrolle. Die Gewinner müssen damit einverstanden sein, dass ihre Angaben veröffentlicht werden. Gewinner werden vom Bund der Energieverbraucher ermittelt, benannt und schriftlich oder telefonisch benachrichtigt. Über den Stand der Aktion informiert auch das Internet unter <http://stromsparmeisterschaft.energieverbraucher.de>
5. Auch Haushalte, die mit Strom heizen, dürfen teilnehmen. Wir behalten uns dort aber vor, den Verbrauch um den Einfluss der Witterung zu korrigieren.
6. Teilnahmeschluss ist der 20. April 2008 (Datum des Poststempels). Teilnehmer der Jahresmeisterschaft müssen den Zählerstand am 16 März 2009 ablesen und dem Bund der Energieverbraucher bis zum 31. März 2009 per Brief, Fax oder mail mitteilen.
7. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Ablesedatum (und Uhrzeit)		Zählerstand (mit einer Nachkommastelle)	Unterschied zum Vortag (Verbrauch in kWh)
16. März	Sonntag Uhr :		
17. März	Montag Uhr :		
18. März	Dienstag Uhr :		
19. März	Mittwoch Uhr :		
20. März	Donnerstag Uhr :		
21. März	Freitag Uhr :		
22. März	Samstag Uhr :		
23. März	Sonntag Uhr :		
24. März	Montag Uhr :		
25. März	Dienstag Uhr :		
26. März	Mittwoch Uhr :		
27. März	Donnerstag Uhr :		
28. März	Freitag Uhr :		
29. März	Samstag Uhr :		
30. März	Sonntag Uhr :		
31. März	Montag Uhr :		
1. April	Dienstag Uhr :		
2. April	Mittwoch Uhr :		
3. April	Donnerstag Uhr :		
4. April	Freitag Uhr :		
5. April	Samstag Uhr :		
6. April	Sonntag Uhr :		
7. April	Montag Uhr :		
8. April	Dienstag Uhr :		
9. April	Mittwoch Uhr :		
10. April	Donnerstag Uhr :		
11. April	Freitag Uhr :		
12. April	Samstag Uhr :		
13. April	Sonntag Uhr :		

Gesamtverbrauch: in 4 Wochen: kWh





Nicht ohne meine Nummer!

Bitte geben Sie bei Anfragen und bei Änderungen Ihrer Adresse oder Kontoverbindung immer ihre Mitgliedsnummer an.

Das erleichtert dem Verein die Arbeit deutlich und beschleunigt und verbessert den Service.

Neu: Rechtsberatung

Für die Rechtsberatung von Mitgliedern des Bundes der Energieverbraucher stehen zu bestimmten Zeiten zwei erfahrene Rechtsanwälte unter der Telefonnummer 0800-2333-800 zur Verfügung.



RA Thorsten Meinicke
Montags zwischen 16.00 und 19.00 Uhr



RA Leonora Holling
Donnerstags zwischen 18.00 und 21.00 Uhr



Zum Auftakt des Umweltaktionsjahres 2008 ist die Verbandsgemeinde Linz/Rhein am 11. Januar 2008 Mitglied im Bund der Energieverbraucher e. V. geworden. Unser Bild zeigt Bürgermeister Hans-Günter Fischer mit dem Vereinsvorsitzenden Dr. Aribert Peters.

Kostenloses Energiespar-Konto

Das Energiesparkonto macht Ihren Energie- und Wasserverbrauch sichtbar und hilft, Ihre Kosten für Heizung, Strom und Wasser zu senken. Welche Ausgaben kommen in den nächsten Monaten und Jahren auf mich zu? Welche Einsparmaßnahmen lohnt sich? Wie lassen sich Energieveränderungen aus? Diese und andere Fragen beantwortet das Energiesparkonto. Melden Sie sich jetzt an!

Bitte E-Mail-Adresse:

Passwort:

Passwort bestätigen:

Neuanmeldung mit dem Zugangscode aus der Energiedepesche: Hier legen Sie Ihr persönliches Energiesparkonto an. Das Energiesparkonto ist im Profil des Bundes der Energieverbraucher und sichtbar. Für Mitglieder des Bundes der Energieverbraucher ist die Nutzung ein Jahr lang kostenlos.

Quelle: T&E

Mitglieder des Bundes der Energieverbraucher können für sich im Internet ein kostenloses Energiesparkonto einrichten:

Auf der Internet-Adresse <http://energiespar-konto.energieverbraucher.de> können sich Mitglieder über den dortigen Link mit dem Passwort AR8Z-HGPL anmelden. Dort erhalten Sie auch Vergleichsdaten, anhand derer Sie Ihren Energieverbrauch bewerten können.

Mit Hilfe von Ihren alten Strom- und Gasrechnungen können Sie Ihr Energiesparkonto mit persönlichen Daten füttern.

Internet: Wichtige Adressen auf einen Blick

Das Online-Angebot des Bundes der Energieverbraucher wächst stetig. Damit Sie schneller und leichter zugreifen können, gibt es vereinfachte Internet-Adressen für wichtige Seiten:

- Preisprotest – Startseite: www.gaspreise-runter.de
- Preisprotest Oft gestellte Fragen: <http://faq.energieverbraucher.de>
- Anwaltsliste: <http://anwaltsliste.energieverbraucher.de>
- Urteilssammlung: <http://urteile.energieverbraucher.de>
- Protestgruppenliste: <http://protestgruppen.energieverbraucher.de>
- Energieschutzbrief: <http://schutzbrief.energieverbraucher.de>
- Prozesskostenfonds: <http://prozesskostenfonds.energieverbraucher.de>
- Musterbrief Preisprotest: <http://musterbrief.energieverbraucher.de>
- Wechsel des Stromanbieters: <http://stromwechsel.energieverbraucher.de>
- Beitritt zum Verein: <http://beitritt.energieverbraucher.de>
- Energiedepesche: <http://energiedepesche.de>
- Mitgliederverzeichnis: <http://mitgliederverzeichnis.energieverbraucher.de>
- Flüssiggas: <http://fluessiggas.energieverbraucher.de>
- Fernwärme: <http://fernwaerme.energieverbraucher.de>
- Vor-Ort-Beratung: <http://vorortberatung.energieverbraucher.de>
- Rechenprogramm: <http://energiepasskostenlos.energieverbraucher.de>
- Flüssiggas- Geld zurück: <http://fluessiggasgeldzurueck.energieverbraucher.de>
- Vertragsänderung: <http://vertragsaenderung.energieverbraucher.de>



Energietelefon

Alle Mitglieder können sich in Energiefragen telefonisch von Experten beraten lassen:

Allgemeine Energiefragen, Heizung, Dämmung

Mo. 20.00 - 21.00 040 / 39 02 93 9 Michael Hell

Hausgeräte, Energiesparlampen, Passivhäuser

Mo. 19.00 - 21.00 052 31 / 39 07 47 Klaus Michael

Hausgeräte – Probleme und Reparatur

Mo. 19.00 - 21.00 0800 / 2333 800 Oliver Stens
(nur für Mitglieder – keine TV-/Hifi-Geräte)

Flüssiggas – Technische Fragen

Do. 20.00 - 21.00 026 44 / 808 174 (nur für Mitglieder)

Rechtsberatung

Mo. 16.00 - 19.00 0800 / 2333 800 Thorsten Meinicke

Do. 18.00 - 21.00 0800 / 2333 800 Leonora Holling
(nur für Mitglieder)

Flüssiggas-Anwaltshotline

Mo. 10.00 - 12.00 0900 / 123 33 80 1,86 Euro/Min.

Di. - Fr. 16.00 - 18.00

Umzug: meine neue Adresse

Zeitschriftensendungen werden selbst bei Nachsendeantrag von der Post nicht weitergeschickt!

Mitgliedsnummer _____

Name _____

Straße _____

Plz, Ort _____

Telefon _____

Email _____

Meine neue Bankverbindung lautet:

Konto _____

BLZ _____

Kreditinstitut _____

Bitte schicken Sie mir Informationen über:

(Bitte 2,90 Euro Rückporto beilegen, bei Mehrfachnennung fünf Euro)

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Bund der Energieverbraucher e.V. | <input type="checkbox"/> Fördermittelübersicht |
| <input type="checkbox"/> Preis-Protest | <input type="checkbox"/> Schönaauer Energiespartipps |
| <input type="checkbox"/> Flüssiggas | <input type="checkbox"/> Liste sparsamer Hausgeräte |
| <input type="checkbox"/> Vor-Ort-Beratung | <input type="checkbox"/> Liste sparsamer Büro- und Fernsehgeräte |
| <input type="checkbox"/> BHKW-Infos | |



Von Stiftung Warentest empfohlen

Abenteuer Energieeinsparen

DVD oder VHS

19,90 Euro (für Vereinsmitglieder 15 Euro)
zuzüglich drei Euro Versandkosten

So helfen wir Ihnen

Strom

Prüfung Ihrer Jahresabrechnung

Ist Ihre Jahresabrechnung rechnerisch korrekt? Wir rechnen genau nach. Zählerstände und Höhe der Preise werden nicht geprüft. Senden Sie uns Ihre Jahresabrechnung und teilen Sie uns mit, welche Abschlagszahlungen Sie geleistet haben. Nur für Mitglieder 20 Euro.

Wer kann Sie günstig mit Strom versorgen?

Wir sagen Ihnen, welcher Anbieter für Sie in Frage kommt. Senden Sie uns Ihre letzte Stromrechnung oder sagen Sie uns, wie viel Strom (Kilowattstunden) Sie im letzten Jahr verbraucht haben. Für Mitglieder einmal jährlich kostenlos, für Nichtmitglieder 10 Euro.

Erdgas

Verbrauchsdiagramm

Wollen Sie wissen, ob Sie am Ende nachzahlen müssen oder etwas zurück bekommen? Dann senden Sie uns Ihre letzte Gasrechnung. Wir berechnen Ihnen daraus den voraussichtlichen Gasverbrauch für jeden Zeitpunkt des laufenden Jahres. Für Mitglieder 10 Euro, für Nichtmitglieder 20 Euro.

Prüfung Ihrer Jahresabrechnung

Ist Ihre Jahresabrechnung rechnerisch korrekt? Wir rechnen genau nach. Zählerstände und Höhe der Preise werden nicht geprüft. Senden Sie uns Ihre aktuelle Abrechnung, die vorletzte Abrechnung (bei Abschlagsberechnungen) und die Abrechnung aus der die akzeptierten Preise hervorgehen. Nur für Mitglieder 20 Euro.

Flüssiggas

Wollen Sie aus Ihrem Flüssiggasvertrag heraus?

Unser Rechtsanwalt prüft Ihren Vertrag. Schicken Sie uns eine Kopie Ihres Liefervertrags und eine eidesstattliche Versicherung, dass die lange Laufzeit nicht auf Ihren Wunsch zustande gekommen ist – Muster im Infopaket Flüssiggas, bei uns anfordern oder unter energieverbraucher.de, Seite 333. Für Mitglieder 25 Euro, für Nichtmitglieder 50 Euro.

Preisklausel ungültig?

Unser Rechtsanwalt prüft Ihre Preisgleitklausel. Schicken Sie uns eine Kopie Ihres Liefervertrags. Für Mitglieder 50 Euro, für Nichtmitglieder 100 Euro.

Heizkostenabrechnung

Ist Ihre Abrechnung richtig?

Unser Gutachten sagt es Ihnen. Schicken Sie uns die Heizkostenabrechnung Ihres Vermieters, Größe der Wohnung/Haus in Quadratmetern, möglichst Tarifinformationen Ihres Gas-/Fernwärmeversorgers, Baujahr des Gebäudes. Für Mitglieder kostenfrei, für Nichtmitglieder 50 Euro.

Solarstrom-Einspeiseverträge

Werden Ihre Interessen als Solarstrom-Erzeuger im Einspeisevertrag fair berücksichtigt? Wir lassen Ihren Vertrag von einer Rechtsanwältin überprüfen. Schicken Sie uns den Einspeisevertrag. Nur für Mitglieder – eine Prüfung jährlich kostenfrei.

Einsenden an: Bund der Energieverbraucher e.V., Frankfurter Str. 1, 53572 Unkel, Fax 02 22 4 - 10 32 1

service@energieverbraucher.de · www.energieverbraucher.de



Vor-Ort-Beratung

Die Bundesregierung fördert seit Juli 1998 die ausführliche Energiediagnose von Wohngebäuden, die vor 1984 gebaut wurden. Der Förderzuschuss beträgt für Ein- und Zweifamilienhäuser 175 Euro, für Drei- und Mehrfamilienhäuser 250 Euro. Darüber hinausgehende Kosten trägt der Eigentümer. Die Diagnose deckt erfahrungsgemäß Einsparmöglichkeiten von mehreren hundert Euro auf, die bisher ungenutzt blieben.

Die folgende Liste führt Berater auf, die eine Vor-Ort-Beratung durchführen.

Nähere Informationen erhalten Sie gegen Einsendung von 2,50 Euro in Briefmarken.

- Die Liste soll Rat suchenden Verbrauchern bei der Suche nach geeigneten Energie-Beratungsingenieuren helfen.
- Ohne Anspruch auf Vollständigkeit.
- Ohne Gewährleistung durch den Bund der Energieverbraucher.
- Wird vierteljährlich aktualisiert.
- Alle Berater der Liste sind Mitglied im Bund der Energieverbraucher.
- Probleme bitte dem Bund der Energieverbraucher mitteilen.
- Vergleichen Sie die Beratungskosten verschiedener Berater, da es große Unterschiede gibt.
- Alle Berater beantworten einfache Fragen von Mitgliedern kostenlos.
- Das RKW, Düsseldorf Str. 40, 65760 Eschborn, Tel. 06196 - 495 28 10, e-mail: tech@rkw.de, versendet kostenlos regionale Beraterlisten.
- Eine bundesweite Liste mit Beratern gibt es im Internet unter www.rkw.de/eb1-vorw.htm oder unter www.bafa.de

Leitzone 00000 • **09456 Annaberg-Buchholz** Ingenieurbüro Hanspeter Weber, Geyersdorfer Hauptstr. 23, Tel.: 03733/542832

Leitzone 10000 • **10178 Berlin** SDU Architekten, Franco Dubbers, Planung, Bauleitung, Gebäude-Energieberatung, Rosenthaler Str. 51, Tel.: 030/28099390 • **10829 Berlin (Schöneberg)** AZIMUT, Andreas Heinrichs, Hohenfriedbergstr. 27, Tel.: 030/7877460

Leitzone 20000 • **20259 Hamburg** Thomas Nickel, Energieberatung, Fachingenieure Hochbau, Architektur, Bausanierung, Planckstr. 7a, Tel.: 040/497645 • **21035 Hamburg** Friedrichsen Architekten, Dipl.-Ing. Mike Friedrichsen, Fanny-Lewald-Ring 53A, Tel.: 040/28784044 • **22147 Hamburg** sparWatt, Nienhagener Str. 168, 040/6047877 • **22339 Hamburg** Ökoplan, B. Schwarzfeld, Hummelsbütteler Weg 36, Tel.: 040/5394143 • **22765 Hamburg** H.-M. Hell, Behring Str. 23, Tel.: 040/3902939 • **24306 Plön** Architekt Rainer Marcus Birkner, Knivsberggring 49, Tel.: 04522/593722 • **24629 Kisdorf/ Kisdorfer Wohld** Dipl.-Ing. Carsten Heidrich, EnergieSystem, Ing.-Büro für Gebäudetechnik, Segeberger Str. 71a, Tel.: 04194/9881883 • **25337 Elmshorn** Dipl.-Ing. Max-Peter Hell, Effiziente Energie, Hans-Böckler-Str. 13, Tel.: 04121/450852 • **265524 Itzehoe** Ingenieurbüro, Dipl.-Bauing. Claudia von Valtier, Adolf-Rohde-Str. 46, Tel.: 04821/406240 • **26316 Varel** TARA Ing.-Büro, Susanne Korhammer, Lange Str. 6, Tel.: 04451/81331 • **26382 Wilhelmshaven** IBP Bauplan Ing. ges. mbH, André Mantay, Ebertstr. 110, Tel.: 04421/926411 • **27283 Verden/Aller** Dipl.-Ing. Ralf Spleet, Ing.-Büro für Haustechnik, Rosenweg 19, Tel.: 04231/930301

Leitzone 30000 • **30161 Hannover** Eva Ibrügger, Büro Planen mit Energie, Gretchenstr. 31, Tel.: 0511/1623175 • **30952 Ronnenberg** Energieberatung Lau & Partner, Andreas Lau, Schiffweg 24, Tel.: 0511/435350 • **31061 Alfeld** Dipl.-Ing. Hans-Dieter Efkes (VDI), Eimser Weg 7, Tel.: 05181/25848 • **31863 Coppenbrügge** Dipl.-Ing. Architekt Boris Schwitalski, Steinweg 8, Tel.: 05156/ 785252 • **33613 Bielefeld** Sachverständigenbüro Hans Westfeld, Niederbrodhagen 12, Tel.: 0521/7808833 • **34128 Kassel** Energieberatung Dipl.-Ing. Eva Koch, Lambertweg 24, Tel.: 0561/7667626 • **35614 Asslar** Matthias Muchel, Löher Str. 6, Tel.: 06441/679030 • **35686 Dillenburg** Dietermann Energieberatung, Ing.-Büro f. Gebäudeanalyse u. Thermografie, Kellersgraben 2, Tel.: 02771/850486 • **38104 Braunschweig** Friese & Röver, Ökologische Haustechnik, Thomas Röver, Alte Dorfstr. 15, Tel.: 0531/7012480 • **38518 Gifhorn** Hartwig Höfers, Ringstr. 31, Tel.: 05371/53440

Leitzone 40000 • **46244 Kirchhellen** Emschermann's Doppel-Ö-Haus GmbH, Auf der Kämpe 8, Tel.: 0178/3086906 • **47877 Willich** Dipl.-Ing. Rainer Schneider, Jupiterstr. 36, Tel.: 02154/205203 • **49124 Georgsmarienhütte** Energieberatung Seeber, Dipl.-Ing. Dietmar Seeber, Falkenstr. 6, Tel.: 05401/363637 • **49143 Bissendorf** Dipl.-Ing. Chr. Seebold, Architektur + Umwelt, Neue Str. 6, Tel.: 05402/984185

Leitzone 50000 • **51069 Köln** Ing.-Büro Wagner, Dipl.-Ing. Lothar Wagner, Schiffweg 2a, Tel.: 0221/6809774 • **51702 Bergneustadt** NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Kölner Str. 178, Tel.: 02261/949464 • **52134 Herzogenrath** Dipl.-Bio. Jürgen Dreschers, Haus-Heyden-Str. 83, Tel.: 02407/550593 • **53225 Bonn** Pro Tellus, Hans-Jürgen Kalb, Neustr.116, Tel.: 0228/464219 • **53489 Sinzig-Westum** Ingenieurbüro für Energie/Wärme/ Bauphysik, Dipl.-Ing. (FH) Holger Schomer, unabhängiger Energieberater, Krehelheimer Str. 16, Tel.: 02642/9046-60 • **53567 Asbach** Ingenieurbüro Jüngling, Müllerstr. 10, Tel.: 02683/949232 • **53721 Siegburg** Dipl.-Ing. Thomas Zwingmann, Gartenstr. 27, Tel.: 02241/258420 • **54516 Wittlich** ANDRE Konzepte, Büro für Energieberatung, Dipl.-Ing. Bernhard Andre, Eifelstr. 23, Tel.: 06571/954622 • **55545 Bad Kreuznach** Ing.-Büro Rainer Winkels, Bretzenheimer Str. 19, Tel.: 0671/44002 • **56070 Koblenz** Dipl.-Ing. Christfried Hausdorf, Kaiser-Otto-Str. 13, Tel.: 0261/9835998 • **56477 Rennerod** NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Alter Bahnhof, Tel.: 02664/99789-10 • **57537 Mittelhof** Hermann-Josef Schmidt, Kirchweg 1, Tel.: 02742/4788 • **59073 Hamm** Dipl.-Ing. R. + D. Sarkander, An der Heckenrose 7, Tel.: 02381/61821 • **59457 Werl** Marc Fliesenberger, Energieberatung – Modernisierungsplanung, Walburgisstr. 11, Tel.: 0172/2316671

Leitzone 60000 • **63897 Miltenberg** Dipl.-Ing. Architektur Karlheinz Paulus, Mainbullau 124, Tel.: 09371/80710 • **63924 Kleinherbach** ADS-Architekturbüro, Dipl.-Ing. Jürgen Kubitz, Im Schloßpark 6, Tel.: 09371/97950 • **65375 Oestrich-Winkel** Dipl.-Ing. Adolf Schreiner, Hauptstr. 2, Tel.: 06723/9175-0 • **65510 Idstein** NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Black & Decker Str. 28, Tel.: 06126/9577-60 • **65527 Niedernhausen** Dipl.-Ing. Uwe Kaska, Bertholt-Brecht-Str. 7, Tel.: 06127/993870 • **66280 Sulzbach** Dipl.-Ing. P. Wünsch, Ingenieurbüro EzET, Schlachthofstr. 11a, Tel.: 06897/7789312 • **67146 Deidesheim** Dipl.-Ing. Wolfgang Müller (TH), Ingenieurbüro Solartechnik und Energieberatung, Kirschgartenstr. 13, Tel.: 06326/962996

Leitzone 70000 • **72074 Tübingen** SDU Architekten, Sigel Dubbers Unger, Planung, Bauleitung, Gebäude-Energieberatung, Eichhaldenstr. 33, Tel.: 07071/8884118 • **74523 Schwäbisch-Hall** Dipl.-Ing. Gerhard Wiederholl, Bretzinger Steige 11, Tel.: 0791/41240 • **74589 Satteldorf** ebp-postner, Dipl.-Ing. Manfred Postner, Hackwiesenweg 28, Tel.: 07951/961539 • **76189 Karlsruhe** Martin Lazar, freier Architekt-Energieberatung, Salmerstr. 22, Tel.: 0721/377896 • **76227 Karlsruhe** Hinrich Reyelts, Dipl.-Ing. Architekt, Strahlenweg 117, Tel.: 0721/9415868 • **78120 Furtwangen** Ingenieurbüro A. Schwarz, Vogt-Düfner-Str. 29, Tel.: 07723/7040 • **78224 Singen** Ing.-Büro Rainer Behn, Görresstr. 20, Tel.: 07731/94033 • **79541 Lörrach** Delzer-Kybernetik GmbH, Tüllinger Str. 90, Tel.: 07621/95770

Leitzone 80000 • **80639 München** Dipl.-Ing. M. Eng. Hans Jürgen Ulrich, Bauingenieur- und Sachverständigenbüro, Kriemhildenstr. 38, Tel.: 089/17117426 • **81375 München** Ingenieurbüro Wolfgang Bauer, Energieberatung, Batzerstr. 8, Tel.: 089/74009977 • **82229 Seefeld** Dipl.-Ing. W. Klöckner, Ing.-Büro, An den Meisterwiesen 3, Tel.: 08152/7113 • **85598 Baldham** INVESTIMO GmbH, Bauing. Wolfgang Huber, Heubergstr. 3, Tel.: 08106/997444 • **86152 Augsburg** Planungsbüro Strobel VDI für Haustechnik + Bauphysik, Klinkertorplatz 1, Tel.: 0821/452312 • **86159 Augsburg** H.D. Pluszynski, Reisinger Str. 23, Tel.: 0821/576177 • **89520 Heidenheim** Karl Reyher, Knapfental 36, Tel.: 07321/64569

Leitzone 90000 • **91504 Ansbach** IGA, Ing. Gesellschaft Ansbach, Rothenburger Str. 48, Tel.: 0981/4880060 • **95447 Bayreuth** Dr. Michael Schmitt, Energient AG, Ludwig-Thoma-Str. 36a, Tel.: 0921/ 50708450 • **96450 Coburg** GEKO Gebäude- und Energiekonzepte, Dipl.-Ing. Jörg Wicklein, Am Schießstand 42 B, Tel.: 09561/90290 • **96479 Weiramsdorf** GEKO Energieberatung, Dipl.-Ing. (FH) Martin Pfäringer, Gersbach 3, Tel.: 09561/ 420644 • **97225 Zelligen** H. Endrich, Billinghamer Str. 51, Tel.: 09364/9319 • **97877 Wertheim** Pro Therm, Dipl.-Phys. Dr. Armin Schwab, Bildweg 9, Tel.: 09342/23469



Energiesparen fürs Bücherregal

Energierecht

Kommentierte Sammlung aller energiewirtschaftlichen Gesetze
Hrsg. Wolfgang Danner, Verlag C.H.Beck
6.370 Seiten, ISBN 078-3-406-36464-8
dreibändige Loseblattsammlung, 198 Euro

Franz Alt: Sonnige Aussichten

Wie Klimaschutz zum Gewinn für alle wird
Gütersloher Verlagshaus 2008
ISBN 978-3-579-06966-1, 19,95 Euro

Ressourceneffizienz

– Der neue Reichtum der Städte

Impulse für eine zukunftsfähige Kommune
Oscar Reutter (Hrs.), Oekom, 2007, 270 Seiten
ISBN 978-3-86581-085-4, 24,90 Euro

Die deutsche Stromwirtschaft und der Emissionshandel

Matthias Corbach, ISBN 978-389821-816-0
ibidem Verlag Stuttgart 2007, 34,90 Euro

The world's most fuel efficient vehicle

5.385 km mit einem Liter Sprit.
Das Buch erklärt die technischen Details des Autos.
ISBN 978-3-7281-3134-8,
vdf Hochschulverlag Zürich, 29,90 Euro

Keller& Rutz: Pinpoint Fakten der Bauphysik zu nachhaltigem Bauen

vdf Hochschulverlag Zürich
ISBN 978-3-7281-3117-1, 49,90 Euro

Eike Arnold: Der deutsche Elektrizitätssektor im Liberalisierungsprozess

Magisterarbeit an der Universität Potsdam
Download unter www.eike-arnold.de, 22 Euro

Veranstaltungen

Clean energy power, internationale Fachmesse für erneuerbare Energien, Bauen und Sanieren

7. - 9. März, Stuttgart

Weltverbrauchertag

15. März 2008

Light & Building 2008

Messe, 6. - 11. April, Messe Frankfurt

13. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten

7. und 8. April 2008, Kaiserslautern

MEGAMAN® Die EnergieSparLampe



Natürlich auch dimmbar!

MEGAMAN EnergieSparLampen
mit dem größten dimmbaren
ESL Angebot Europas!

MEGAMAN - IDV GmbH
Birkenweiherstr. 2 • D-63505 Langenselbold
Tel.: 06184/9319-0 • Fax: 931919
info@megaman.de

www.megaman.de

ENERGY TECH

Die Energiesparmesse in Norddeutschland

23.-25.05.2008

HANNOVER

Langenhagen

Trademart-Messeforum



Auftaktveranstaltung zur Initiative



Niedersachsen spart Energie

unter Schirmherrschaft von Niedersachsens Umweltminister Hans-Heinrich Sander

inter solar 2008



Europas größte Fachmesse für Solartechnik

12.-14. Juni 2008

Neue Messe München

Photovoltaik | Solarthermie | Solares Bauen
800 Aussteller | 62.000 m² Ausstellungsfläche
PV Industry Forum | Neuheitenbörse
Solar Thermal Industry Forum | Jobbörse



www.intersolar.de